

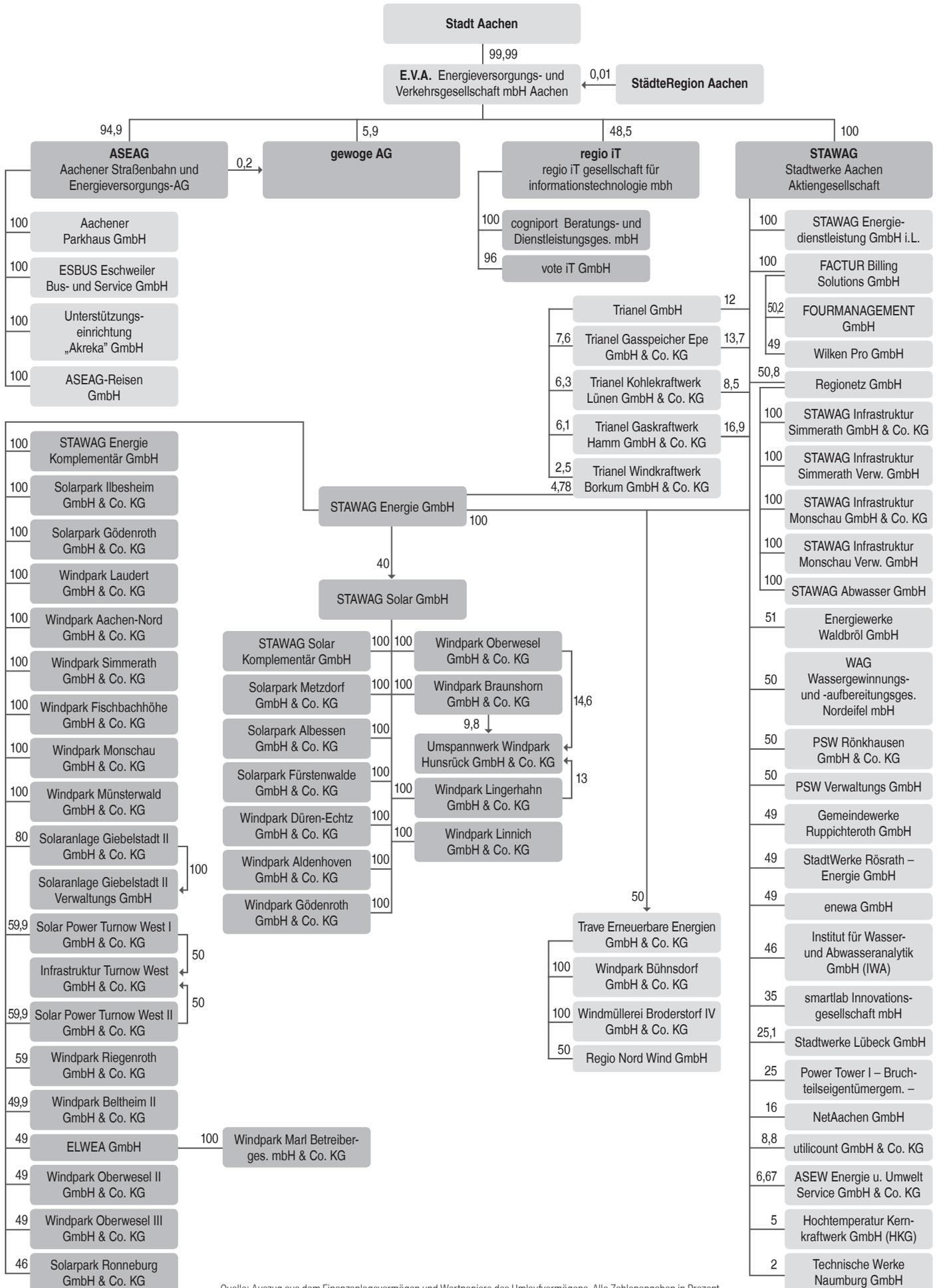
Stark verbunden, eng vernetzt.



Geschäftsbericht 2018

eva...

Beteiligungsstruktur der E.V.A. Stand 31.12.2018



Quelle: Auszug aus dem Finanzanlagevermögen und Wertpapiere des Umlaufvermögens. Alle Zahlenangaben in Prozent.

Stark verbunden, eng vernetzt.

2018
Geschäftsbericht >>

46. Geschäftsjahr

eva...

Inhalt

Inhalt >>

Berichterstattung über die E.V.A.

6	Aufsichtsrat und Geschäftsführung
8	Lagebericht
35	Jahresabschluss
36	Bilanz
38	Gewinn- und Verlustrechnung
39	Anhang
51	Bestätigungsvermerk
54	Bericht des Aufsichtsrats

Berichterstattung über den Konzern

56	Konzernlagebericht
89	Konzernabschluss
90	Konzernbilanz
92	Konzern – Gewinn- und Verlustrechnung
93	Konzernanhang
118	Bestätigungsvermerk
121	Bericht des Aufsichtsrats

Aufsichtsrat

Marcel Philipp Vorsitzender	Oberbürgermeister, Stadt Aachen
Helmut Etschenberg 1. stellv. Vorsitzender	StädteRegionsrat, StädteRegion Aachen
Leo Buse 2. stellv. Vorsitzender (bis 29.06.2018)	kfm. Angestellter, E.V.A.
Manfred Wiemers 2. stellv. Vorsitzender (ab 29.06.2018)	kfm. Angestellter, E.V.A.
Gaby Breuer Dieter Claßen Leo Deumens Guido Finke (ab 29.06.2018)	Ratsmitglied, Stadt Aachen geschäftsführender Gesellschafter, selbständig Arbeiter, Deutsche Post freigestellter stellv. Betriebsratsvorsitzender Regionetz GmbH
Karl-Heinz Goldin (bis 29.06.2018) Kurt Lennartz (bis 29.06.2018) Iris Lürken Michael Rau Frank Reichmann Karl Schultheis Michael Servos Marc Teuku Wilfried Warmbrunn (ab 29.06.2018) Bernhard Wilhelm (bis 29.06.2018)	Busfahrer, ASEAG techn. Angestellter, regio iT Rechtsanwältin, selbständig Architekt, selbständig kfm. Angestellter, FACTUR Ratsmitglied, Stadt Aachen, MdL Mathematiker, FVP e.V. Marketingexperte, selbständig Referent Innovationsmanagement, Regionetz GmbH Rohrnetzbauer, STAWAG

Geschäftsführung

Dr. Christian Becker	STAWAG-Vorstand Bonn/Bad Godesberg, Diplom-Ingenieur
Michael Carmincke	ASEAG-Vorstand Aachen, Diplom-Kaufmann

Bericht

Berichterstattung
über die E.V.A. >>

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen, Aachen, (E.V.A.) ist in ihrer Doppelfunktion als geschäftsführende Holding und als Dienstleistungsgesellschaft für sämtliche Konzern- und Beteiligungsgesellschaften tätig.

Die Geschäftsgrundlage für ihre Stellung als Holding bilden die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit den Gesellschaften Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG, Aachen, (ASEAG) und Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen, (STAWAG), die als zentrale Säulen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzusehen sind und für den kommunalen und steuerlichen Querverbund stehen.

Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG bis zum Jahr 2027, die durch ihre Aufgabenträger Stadt Aachen und StädteRegion Aachen im April 2017 erfolgt ist, ist eine gute Basis geschaffen worden, um den neuen Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW gerecht zu werden.

Das Geschäftsjahr 2018 der STAWAG war von umfangreichen strukturellen und rechtlich organisatorischen Veränderungen geprägt. So haben die STAWAG und die EWW Energie- und Wasserversorgung GmbH, Stolberg, (EWW) ihre jeweiligen Netzbetriebe in einer großen Netzgesellschaft, der Regionetz GmbH, Aachen, (Regionetz) zum 1. Januar 2018 aufgenommen. Die STAWAG hält dabei einen Gesellschafteranteil an der Regionetz von 50,8 Prozent, die EWW entsprechend einen von 49,2 Prozent.

Ebenso erfolgte im Geschäftsjahr 2018 die Neuordnung des Wassergewinnungsbereichs der STAWAG. Dabei haben die STAWAG und die enwor – energie und wasser vor ort GmbH, Herzogenrath, (enwor) ihre jeweils eigenen Wassergewinnungs- und Aufbereitungsanlagen in der gemeinsamen Tochtergesellschaft WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH, Roetgen, (WAG) zusammengeführt. Die WAG hält damit das Eigentum an sämtlichen Wasserproduktionskapazitäten und übernimmt insofern die gebündelte und effiziente Steuerung der Wassergewinnungsressourcen in der StädteRegion Aachen.

Gemäß Gesellschaftsvertrag der E.V.A. besteht für die Stadt Aachen eine Ausgleichspflicht, um eine bilanzielle Überschuldung der Gesellschaft zu vermeiden und den wirtschaftlichen Fortbestand der Gesellschaft zu sichern. Die Stadt Aachen verpflichtet sich, einen Verlustausgleich zu leisten, wenn das handelsbilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft gemäß § 266 Abs. 3 A HGB die Hälfte des Stammkapitals unterschreitet. Die Summe der jährlich auszugleichenden Beträge soll 70 Mio. Euro nicht überschreiten. Zur Stärkung des Eigenkapitals hat die Stadt Aachen für 2018 7,8 Mio. Euro den Kapitalrücklagen zugeführt.

Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2017 hat die E.V.A. Geschäftsanteile der regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbH, Aachen, (regio iT) im Umfang von 10,77 Prozent an die Stadt Aachen veräußert. Damit ist die E.V.A. nun mit 48,5 Prozent an der regio iT beteiligt.

Die E.V.A. hält 5,9 Prozent der Geschäftsanteile an der gewoge AG, Aachen, (gewoge).

Das Dienstleistungsgeschäft basiert auf den mit den Konzerngesellschaften abgeschlossenen Dienstleistungsverträgen für kaufmännisch-administrative Tätigkeiten sowie für Gebäudedienstleistungen.

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2018 gekennzeichnet durch ein moderates Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) im Jahr 2018 um 1,5 Prozent höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit das neunte Jahr in Folge gewachsen.

Die positiven Impulse für das Wirtschaftswachstum in 2018 kamen aus dem Inland: Die privaten Konsumausgaben waren preisbereinigt um 1 Prozent höher als ein Jahr zuvor, die staatlichen Konsumausgaben stiegen mit +1,1 Prozent unterdurchschnittlich. Insbesondere die Bruttoinvestitionen waren preisbereinigt um 4,8 Prozent höher als 2017.

Die deutschen Ausfuhren konnten im Jahresdurchschnitt 2018 weiter zulegen: Die preisbereinigten Exporte von Waren und Dienstleistungen waren um 2,4 Prozent höher als im Vorjahr. Die Importe legten im gleichen Zeitraum stärker zu (+3,4 Prozent). Der resultierende Außenbeitrag, also die Differenz zwischen Exporten und Importen, trug rein rechnerisch -0,2 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum bei.

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt 2018 von knapp 44,8 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das ist der höchste Stand seit der deutschen Wiedervereinigung. Nach ersten Berechnungen waren im Jahr 2018 rund 562.000 Personen oder 1,3 Prozent mehr erwerbstätig als ein Jahr zuvor. Das entspricht der höchsten Zunahme seit dem Jahr 2007. Während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weiter anstieg, war die Summe der marginal Beschäftigten (darunter gering-

fügige Beschäftigung) weiter rückläufig. Eine höhere Erwerbsbeteiligung sowie die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland glichen altersbedingte demografische Effekte aus.

Der Staat erzielte im Jahr 2018 einen Überschuss in Höhe von 58 Milliarden Euro und beendete das Jahr nach vorläufigen Berechnungen zum fünften Mal in Folge mit einem Überschuss. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen errechnet sich für den Staat im Jahr 2018 eine Überschussquote von 1,7 Prozent.

(Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 018 vom 15. Januar 2019, Nr. 001 vom 2. Januar 2019)

Der Energieverbrauch in Deutschland ist 2018 deutlich zurückgegangen. Nach Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen sank der Verbrauch gegenüber dem Vorjahr um 5 Prozent auf 12.900 Petajoule beziehungsweise 440,2 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten. Damit liegt der Energieverbrauch in Deutschland auf dem niedrigsten Niveau seit Anfang der 1970er Jahre.

Für den geringen Energieverbrauch in Deutschland macht die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen vor allem die gestiegenen Preise, die milde Witterung sowie die Verbesserungen bei der Energieeffizienz verantwortlich. Die verbrauchssteigernde Wirkung der Faktoren Konjunktur und Bevölkerungszuwachs traten 2018 dagegen in den Hintergrund. Die Durchschnittstemperaturen in Deutschland lagen 2018 oberhalb der Werte des Vorjahres und deutlich oberhalb des langjährigen Mittels. Das Windaufkommen befand sich 2018 unter dem Vorjahreswert, jedoch über dem langjährigen Mittel. Demgegenüber lag die solare Einstrahlung im Jahresverlauf sowohl oberhalb des Vorjahres als auch oberhalb der Einstrahlung des langfristigen Mittels.

Die deutsche Gasnachfrage verminderte sich 2018 um insgesamt 7,3 Prozent. Ursächlich für diesen Rückgang waren neben der milden Witterung auch der weitere Anstieg der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien sowie die Preisentwicklung. Die erneuerbaren Energien steigerten ihren Beitrag zum gesamten Energieverbrauch 2018 insgesamt um 2,1 Prozent. Bei der Windkraft gab es einen Zuwachs von 7 Prozent, bei der Solarenergie sogar einen um 16 Prozent. Die Biomasse verharrte dagegen auf dem Vorjahresniveau und bei der Wasserkraft war sogar ein Rückgang von rund 16 Prozent zu verzeichnen.

(Quelle: AG Energiebilanzen e.V., Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2018, Stand: Dezember 2018)

Geschäftsverlauf

Die E.V.A. erzielte für das Geschäftsjahr 2018 ein ausgeglichenes **Betriebsergebnis** (19,6 TEuro). Das operative Dienstleistungsgeschäft der E.V.A. liegt damit deutlich über dem Planwert von -0,7 Mio. Euro. Die Gesamtleistung übertrifft mit 15,0 Mio. Euro den Planansatz von 14,6 Mio. Euro um 0,4 Mio. Euro. Dies resultiert aus höheren Umsatzerlösen für Weiterberechnungen und Dienstleistungen. Der Gesamtaufwand fällt in 2018 mit -15,0 Mio. Euro um 0,3 Mio. Euro geringer aus als geplant. Insofern führen geringere Aufwendungen und höhere Umsatzerlöse zu dem nahezu ausgeglichenen Betriebsergebnis.

Das Betriebsergebnis unterschritt das Vorjahresergebnis deutlich um 4,4 Mio. Euro. Die Abweichung resultierte im Wesentlichen aus dem Verkaufserlös von Geschäftsanteilen der regio iT in Höhe von 3,6 Mio. Euro an die Stadt Aachen im Jahr 2017.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Umsatzerlöse
- Betriebsergebnis
- Beteiligungsergebnis
- Anzahl Mitarbeiter

E.V.A. Leistungsindikatoren

		Wirtschaftsplan	Jahresabschluss
Umsatzerlöse	TEuro	14.571	14.839
EBIT	TEuro	-686	20
Beteiligungsergebnis:	TEuro	-10.534	-6.062
davon ASEAG	TEuro	-30.826	-31.176
davon STAWAG	TEuro	18.983	23.805
davon regio iT	TEuro	1.143	1.143
davon gewoge	TEuro	166	166
Anzahl Mitarbeiter	MAÄ ¹⁾	115,2	110,8

1) MAÄ = Mitarbeiteräquivalent, entspricht einem Vollzeitmitarbeiter/-in

Die **Umsatzerlöse** aus dem operativen Geschäft der E.V.A. überstiegen mit 14,8 Mio. Euro den Planwert um rund 0,3 Mio. Euro. Sie bestanden aus Erlösen für kaufmännische Dienstleistungen und für Gebäudedienstleistungen in Höhe von 11,8 Mio. Euro (Plan: 11,7 Mio. Euro) und aus Weiterberechnungen an Konzerngesellschaften in Höhe von 3,01 Mio. Euro (Plan: 2,9 Mio. Euro), insbesondere aus weiterberechneten EDV-Kosten von 2,1 Mio. Euro sowie Beratungsaufwendungen.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** betragen 137 TEuro (Plan: 0 Mio. Euro). Diese beinhalten Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (106,1 TEuro), Erträge aus Anlagenabgängen (10,6 TEuro) sowie Erstattungen von Lohnfortzahlungen durch die Krankenkassen.

Die **Gesamtaufwendungen** unterschritten mit 15,0 Mio. Euro den Ansatz aus der Wirtschaftsplanung (15,3 Mio. Euro) um 0,3 Mio. Euro. Einsparungen konnten in folgenden Aufwandspositionen realisiert werden:

- Der Materialaufwand lag um 0,1 Mio. Euro niedriger als geplant (Plan 3,4 Mio. Euro). Geplante, aber nicht in Anspruch genommene Fremdleistungen im Center Recht und Versicherungen sowie geringere Fremdleistungen der regio iT im Verwaltungsbereich der E.V.A. konnten den höheren Materialaufwand im Center Gebäudemanagement überkompensieren.
- Der Personalaufwand lag mit 9 Mio. Euro um 0,3 Mio. Euro unter Plan. Ursächlich hierfür war insbesondere ein niedrigerer Personalbestand gegenüber dem Plan im Center Gebäudemanagement, da Personalabgänge nicht nachbesetzt wurden und die Personalkosten gegenüber dem Planansatz in diesem Bereich um 0,2 Mio. Euro niedriger ausfielen. Des Weiteren wurden in der Planung unter den Personalaufwendungen auch die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von 0,3 Mio. Euro berücksichtigt. Der darin enthaltene Zinsanteil in Höhe von 0,1 Mio. Euro wurde im Zuge der Jahresabschlussarbeiten nun unterhalb des Betriebsergebnisses im Zinsaufwand ausgewiesen.

- Die Abschreibungen lagen mit 0,4 Mio. Euro auf Planniveau.
- Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen fielen mit 2,3 Mio. Euro um 0,2 Mio. Euro höher aus als angenommen. Während in den Dienstleistungszentren geringere Aufwendungen von über 0,1 Mio. Euro erzielt wurden, fielen im Verwaltungsbereich der E.V.A. deutlich höhere Aufwendungen an, die sich vor allem aus höheren Beratungs- und Rechtskosten mit 0,6 Mio. Euro (Plan -0,3 Mio. Euro) ergaben. Die Überschreitung von 0,3 Mio. Euro wirkte sich jedoch mit 0,2 Mio. Euro ergebnisneutral aus, da diese Beratungs- und Rechtskosten an Konzerngesellschaften weiterberechnet wurden und durch entsprechende Umsatzerlöse kompensiert wurden.

Nach wie vor bestanden in den Dienstleistungszentren Konzernfinanz- und -rechnungswesen und -controlling und im Personalwesen durch die Netzkooperation bewertete freie Mitarbeiterkapazitäten, denen keine entsprechenden Dienstleistungsumsätze gegenüberstanden. Während in der Planung die bewerteten freien Kapazitäten das Ergebnis mit 0,4 Mio. Euro durch nicht erzielbare Umsatzerlöse belasteten, wurde das Betriebsergebnis 2018 infolge der Überkapazitäten nur noch um 0,2 Mio. Euro negativ beeinflusst, da eine Mitarbeiterin das Unternehmen verlassen hat und bei einer weiteren Mitarbeiterin die Elternzeit verlängert wurde.

Insgesamt erzielte die E.V.A. für das Geschäftsjahr 2018 ein ausgeglichenes Betriebsergebnis. Das operative Dienstleistungsgeschäft der E.V.A. lag damit deutlich über dem Planwert von -0,7 Mio. Euro.

Das Gesamtergebnis der E.V.A. wurde wesentlich geprägt durch die Gewinnabführung bzw. die Verlustübernahme von der STAWAG und von der ASEAG sowie durch die Beteiligungsergebnisse von der regio iT und von der gewoge.

Die E.V.A. weist für 2018 ein **Beteiligungsergebnis** von -6,1 Mio. Euro (Plan: -10,5 Mio. Euro) aus. Ursächlich für die positive Planabweichung war der Ergebnisbeitrag der STAWAG, der mit 23,8 Mio. Euro den Plan um 4,8 Mio. Euro überschreitet. Der Ergebnisbeitrag der gewoge lag mit 0,2 Mio. Euro auf Planniveau.

Das Ergebnis der **ASEAG** für das Geschäftsjahr 2018 hat mit -31,2 Mio. Euro das Planergebnis um 0,4 Mio. Euro verfehlt. Die Abweichungen ergaben sich im Wesentlichen aus folgenden Effekten:

Die Umsatzerlöse fielen um 0,7 Mio. Euro höher aus als der Plan. Neben einer Steigerung der Verkehrserlöse um 0,2 Mio. Euro lag dies vor allem an höheren Nebenerlösen wie zum Beispiel Fahrzeugvermietungen, Sonderverkehre und Leistungen für andere Verkehrsunternehmen.

Aus sonstigen Erträgen ergaben sich positive Ergebniseffekte in Höhe von 1,2 Mio. Euro. Davon betrafen 0,2 Mio. Euro Zuschüsse für die Umrüstung der Busse mit SCRT-Abgasfiltern, 0,4 Mio. Euro weitergeleitete Zuschüsse der Stadt Aachen aus der ÖPNV-Pauschale, 0,2 Mio. Euro für Schadenersatzleistungen aufgrund verspäteter Buslieferungen sowie 0,3 Mio. Euro aus der Auflösung von Rückstellungen.

Die Aufwendungen für Fahrzeuganmietungen lagen im Wesentlichen aufgrund höherer Preisanpassungen mit -1,6 Mio. Euro über dem Planansatz. Auch bei den Subunternehmern machten sich sowohl die schlechte Arbeitsmarktsituation sowie höhere Fahrzeugqualitätsansprüche bemerkbar. Der Umfang der geplanten Fahrleistungen wurde darüber hinaus um 2 Prozent überschritten. Die Aufwendungen für Gebäudeinstandsetzungen reduzierten sich dagegen aufgrund von Terminverzögerungen um 0,7 Mio. Euro.

Die Kosten für den Personaleinsatz lagen bei der ASEAG mit -29,3 Mio. Euro auf Planniveau. Die Kosten der Fahreranmietung von ESBUS fielen ggü. dem Plan um ca. 0,3 Mio. Euro geringer aus. Hierin spiegelte sich u.a. auch die schwierige Arbeitsmarktsituation wider, die dazu führte, dass ausgeschiedenes Fahrpersonal trotz intensiver Bemühungen nur verzögert nachbesetzt werden konnte.

Im Geschäftsjahr 2018 wurde zudem die Betriebsvereinbarung „Stuttgarter Urteil“ abgeschlossen. Demzufolge mussten Wegezeiten in Dienstkleidung als Arbeitszeit vergütet werden. Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter stiegen dadurch um -0,4 Mio. Euro, wobei die höheren Aufwendungen durch eine geringere Mitarbeiteranzahl kompensiert werden konnten.

Die Aufwendungen für Altersversorgungen lagen inklusive Zinsanteil um -2,4 Mio. Euro über dem Planansatz. Dadurch, dass der Tarifabschluss gleich drei Lohnsteigerungen für die nächsten Jahre beinhaltet (3,19 Prozent, 3,09 Prozent, 1,06 Prozent), war dies bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2018 in voller Höhe zu berücksichtigen. Dies hatte deutliche Auswirkungen, da in der Planung lediglich von einer zweiprozentigen Lohnsteigerung p. a. ausgegangen wurde. Darüber hinaus wurden neue Sterbetafeln veröffentlicht, die die Bewertung der Pensionsrückstellungen ebenfalls negativ beeinflussten.

Aufgrund von Investitionsverschiebungen lagen die Abschreibungen um 0,5 Mio. Euro unterhalb der Planannahme.

Die ursprünglich geplanten a. o. Aufwendungen bezüglich Pensionsrückstellungen infolge der BilMoG-Einführung konnten bereits im Jahresabschluss 2017 vorgezogen werden. Daher verbesserte sich das Ergebnis um 0,8 Mio. Euro.

Das negative Ergebnis der ASEAG in Höhe von -31,2 Mio. Euro enthielt auch die Gewinnabführung der APAG für 2018 in Höhe von 2,1 Mio. Euro. Damit lag die Gewinnabführung auf Planniveau.

Insgesamt trugen die Parkobjekte, die seit 2011 gewonnen werden konnten, einen wesentlichen Bestandteil zum guten Ergebnis bei und konnten ihren Umsatz nochmals um etwa 3 Prozent gegenüber 2017 steigern. Es wurde inzwischen ein Niveau von knapp 3,3 Mio. Euro oder ca. 28 Prozent des Gesamtumsatzes erreicht.

Im Herbst des Geschäftsjahres wurde ein überregionales Parkobjekt in Berlin mit über 750 Stellplätzen in Betrieb genommen. Darüber hinaus konnten weitere kleinere Parkobjekte generiert werden. Hierzu zählte beispielsweise die Erweiterung der Parkfläche an der Eissporthalle Tivoli sowie die Tiefgarage Dülmen.

Die niedrigen Strombörsenpreise belasten auch im Geschäftsjahr 2018 die operative Ergebnissituation im konventionellen Kraftwerksbereich der **STAWAG**. Das Trianel Steinkohlekraftwerk Lünen (TKL), an dem 28 Stadtwerke und regionale Energieversorger beteiligt sind, erreichte unter Berücksichtigung der geplanten Sommerrevision von vier Wochen eine gute Jahresauslastung von knapp 90 Prozent. Ebenso hat sich auch der Erzeugungskostenspread angesichts der erwarteten Ergebnisse aus der „Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (kurz: Kohlekommission) in der 2. Jahreshälfte 2018 kurzfristig erholt, wodurch positive Vermarktungserlöse erzielt werden konnten. Die erzielbaren Spreadniveaus reichen aber weiterhin nicht aus, um die Betriebs- und Finanzierungskosten des Steinkohlekraftwerks zu decken.

Neben der Beteiligung am TG ist die STAWAG mit einem Gesellschaftsanteil von 13,9 Prozent ebenso am Trianel Gasspeicher Epe beteiligt. Aufgrund von witterungsbedingt geringen

Preisvolatilitäten und einer hohen Verfügbarkeit durch steigende LNG-Importe haben sich im Geschäftsjahr 2018 ebenso Verluste im Speicherbetrieb ergeben. Aufgrund des derzeitigen schwierigen Marktumfeldes mit einem zu erwartenden längerfristigen Überangebot an Speicherkapazitäten hat die STAWAG zum 31. Dezember 2018 erstmalig Drohverlustrückstellungen in Höhe von rund 7,4 Mio. Euro gebildet.

Im Dezember 2018 hat die STAWAG das Blockheizkraftwerk (BHKW) Campus Melaten in Betrieb genommen, das mit je 10 Megawatt (MW) elektrischer und thermischer Leistung die größte erdgasbetriebene Anlage in Aachen darstellt. Die Anlage mit einem Gesamtwirkungsgrad von 89 Prozent wird jährlich rund 40 Mio. Kilowattstunden (kWh) Strom und rund 40 Mio. kWh Wärme erzeugen und damit rund 11.500 Haushalte versorgen können. Die erzeugte Wärme wird dabei hälftig in das Wärmenetz der RWTH Aachen eingespeist. Die andere Hälfte nutzt die STAWAG für den Aachener Westen, insbesondere für den Campus Melaten.

Im Vertriebsbereich konnten 2018 die Verkaufsmengen in der Stromsparte gegenüber dem Vorjahr um rund 25 Gigawattstunde (GWh) auf rund 910 GWh gesteigert werden. Dabei wurde der leicht rückläufige Absatz im Tarifkundensegment durch erzielte Mehrabsätze im Sonderkundensegment überkompensiert. In der vertrieblichen Gassparte war neben einer geringeren Anzahl an Tarifkunden insbesondere die gegenüber dem Vorjahr mildere Witterung für den Absatzrückgang in Höhe von 42 GWh auf insgesamt rund 1.311 GWh verantwortlich.

Im Zuge der Netzkooperation mit der EWW hat die STAWAG den Abgang ihres ausgegliederten Netzvermögens inklusive entsprechend zurechenbarer Verbindlichkeiten verbucht und im Gegenzug die Anteile an der Regionetz als Beteiligungsbuchwert bei der STAWAG bilanziert. Bei der Bewertung des zu übertragenden Vermögenssaldos hat die STAWAG das Bewer-

tungswahlrecht ausgeübt und stille Reserven in Höhe von 54,9 Mio. Euro handelsrechtlich aufgedeckt. Die Höhe der stillen Reserven für den ausgegliederten Netzbereich basiert dabei auf einem Bewertungsgutachten für die Ermittlung der Anteilsquoten an der neuen Netzgesellschaft sowie einer risikoadäquaten Bewertung des mit der Netzkooperation erzielbaren (anteiligen) Synergiepotentials.

In der Regionetz erfolgt mit der Zusammenführung der beiden Netzbetreiber ab dem Geschäftsjahr 2018 eine Übertragung der Erlösobergrenze der ehemaligen regionetz auf die heutige Regionetz, d. h., die Netzbetreibertätigkeit der ehemaligen INFRAWEST wird – formell ergänzt um die neuen Netzgebiete – fortgeführt.

Für das Stromnetz umfasste die zweite Regulierungsperiode der Anreizregulierung die Geschäftsjahre 2014 bis 2018. Die zulässige Erlösobergrenze der Regionetz für den Strombereich liegt für das Jahr 2018 mit 104,6 Mio. Euro etwa 48,1 Mio. Euro über dem Niveau des Vorjahrs. Die Steigerung der Erlösobergrenze vom Jahr 2017 auf das Jahr 2018 resultiert dabei hauptsächlich aus der Verschmelzung der ehemaligen Netzbetreibergesellschaft regionetz auf die Regionetz und der damit verbundenen Übernahme des Stromnetzbetriebs im Netzgebiet der ehemaligen regionetz. Für das Gasnetz hat die dritte Regulierungsperiode bereits am 1. Januar 2018 begonnen. Der abschließende Bescheid zur Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen für die Jahre 2018 bis 2022 liegt der ehemaligen INFRAWEST sowie der ehemaligen regionetz aktuell – nach mehr als einem Jahr nach Beginn der entsprechenden Regulierungsperiode – nicht vor. Im Gasbereich liegt die zulässige Erlösobergrenze der Regionetz – unter Berücksichtigung der bislang vorläufig mitgeteilten Effizienzwerte für das Jahr 2018 – mit etwa 65,4 Mio. Euro grundsätzlich etwa 39,4 Mio. Euro über dem Niveau der für das Jahr 2017 genehmigten Erlösobergrenze.

Die Regionetz hat im Geschäftsjahr 2018 insgesamt 39,7 Mio. Euro investiert, wobei auf das Stromnetz 13,7 Mio. Euro, auf das Gasnetz 15,2 Mio. Euro und auf das Wassernetz 4,3 Mio. Euro entfielen.

Das Ergebnis vor Steuern der Regionetz beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr 30,4 Mio. Euro und wird über den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag (EAV) nach Abzug der Ausgleichszahlung an den außenstehenden Gesellschafter EWW in Höhe von 8,9 Mio. Euro und der darauf entfallenden Steuern von 1,7 Mio. Euro mit einem verbleibenden Betrag von 19,8 Mio. Euro an die STAWAG abgeführt.

Die STAWAG Energie hat ihr Anlagenportfolio im Windbereich im Geschäftsjahr 2018 insbesondere im regionalen Umfeld weiter ausgebaut. So konnte das bereits im Jahr 2009 begonnene Windparkprojekt Aachen-Münsterwald im Geschäftsjahr 2018 mit einem Investitionsvolumen von rund 30 Mio. Euro erfolgreich umgesetzt werden. Die fünf Windenergieanlagen mit einer Nabenhöhe von 140 Metern und einem Rotordurchmesser von 112 Metern erzeugen nun jährlich rund 40 GWh Strom, womit rund 12.500 Haushalte mit Strom versorgt werden können. Der Windpark Monschau GmbH & Co. KG, Aachen, wurde in den Monaten Februar bis Mai 2018 um vier weitere Anlagen erweitert, nachdem die erste Anlage bereits im Dezember 2017 errichtet worden war. Letztlich verfügt der Windpark nun über eine Gesamtleistung von 15 MW.

Des Weiteren wurden im Verlauf des Geschäftsjahres 2018 drei Windenergieanlagen im Windpark Fischbachhöhe GmbH & Co. KG, Aachen, mit einer Gesamtleistung von 9 MW in Betrieb genommen. Der Windpark Linnich GmbH & Co. KG, Aachen, an dem die STAWAG Energie über ihre Tochtergesellschaft STAWAG Solar GmbH, Aachen, beteiligt ist, wurde um eine weitere Windkraftanlage mit einer Leistung von

3,2 MW erweitert. Neben den vorgenommenen Investitionen im Windbereich hat die STAWAG Energie zu Beginn des Jahres 2018 zudem eine PV-Anlage mit einer Leistung von 0,7 MWp auf dem Dach der e.GO Mobile AG, einem Aachener Start-Up-Unternehmen im Bereich der Elektromobilität, in Betrieb genommen.

Im Geschäftsjahr 2018 hat die STAWAG Energie ein Ergebnis vor Steuern von rund 8,5 Mio. Euro erzielt, das insbesondere durch zusätzlich realisierte Projektentwicklungserträge noch einmal rund 2,2 Mio. Euro über dem bereits guten Vorjahresergebnis liegt. Der erzielte Gewinn der STAWAG Energie wird über den bestehenden EAV an die STAWAG abgeführt.

Das Geschäft der FACTUR ist im Geschäftsjahr 2018 weiterhin von der Entwicklung sinkender Margen bei Energieprodukten, von steigenden Großhandelspreisen sowie von einer erhöhten Wechselbereitschaft der Endkunden beeinflusst. Entsprechend versuchen die Kunden, den Marktdruck auf den vereinbarten Zählpunktpreis an die FACTUR weiterzugeben, was sich negativ auf die erzielbaren Margen der FACTUR auswirkt. Nachdem die FACTUR im Jahr 2017 den Zuschlag als Full-Service-Dienstleister für die MONTANA Energie GmbH & Co. KG, Grunwald, (MONTANA) erhalten hat, ist der Bau der Plattform Mitte des Jahres erfolgreich zur Abnahme gebracht worden. Die FACTUR befindet sich seit Ende Juli 2018 im Livebetrieb der Plattform und hat insofern für weitere rund 206.000 Strom- und Gaszählpunkte die Kundenservice- und Abrechnungsdienstleistung übernommen. Hierfür mussten jedoch zunächst vielfältige Schwierigkeiten bewältigt und etliche Beratertage geleistet werden, die aufgrund des vereinbarten Festpreiskontingents nicht durch entsprechende Umsätze gedeckt werden konnten. Aufgrund einer bestehenden Zurückhaltung bei der Projektbeauftragung gerade im externen Kundensegment, die aus den Neuregelungen zum Messstellenbetrieb sowie der Diskussion

rund um die Einführung von SAP S4 HANA resultiert, lagen die Umsatzerlöse mit rund 20,5 Mio. Euro spürbar unter den Erwartungen. Demgegenüber konnte aus dem Verkauf der Beteiligung an der FOURMANAGEMENT GmbH, Düsseldorf, ein ungeplanter Ertrag von rund 0,7 Mio. Euro erzielt werden. Insgesamt hat die FACTUR im Geschäftsjahr 2018 ein Ergebnis vor Steuern (EBT) von rund 2 Mio. Euro erzielt, das an die STAWAG abgeführt wird.

Bei der Neuordnung des Wassergewinnungsbereichs hat die STAWAG im Wege der Ausgliederung ihre Grundwassergewinnungs- und -aufbereitungsanlagen sowie die dazugehörigen Grundstücke und Gebäude zum 1. Januar 2018 auf die WAG übertragen.

Auf Basis eines Bewertungsgutachtens zur Bestimmung der Ertragswerte der übertragenen Vermögenswerte hat die STAWAG stille Reserven in Höhe von rund 6 Mio. Euro handelsrechtlich aufgedeckt, wobei steuerlich die Buchwerte gemäß § 20 Abs. 2 Satz 2 fortgeführt werden.

Die WAG, an der die STAWAG zu 50 Prozent beteiligt ist, wird für 2018 ein Ergebnis nach Steuern von rund 1,6 Mio. Euro erzielen. Im Geschäftsjahr 2018 vereinnahmt die STAWAG ein anteiliges Beteiligungsergebnis von rund 3,4 Mio. Euro, das sich aus dem im Geschäftsjahr 2017 erzielten Jahresergebnis von insgesamt 2,7 Mio. Euro und einer Ausschüttung von 4 Mio. Euro aus dem Gewinnvortrag ergibt.

Die STAWAG ist mit einem Anteil von 25,1 Prozent an der SW Lübeck beteiligt. Für das Geschäftsjahr 2018 erwartet die SW Lübeck ein Ergebnis vor Steuern und Ausgleichszahlung an die STAWAG (EBT) von 23,6 Mio. Euro. Die SW Lübeck plant, 2 Mio. Euro den Gewinnrücklagen zuzuführen. Im Geschäftsjahr 2018 hat die STAWAG die Ausgleichszahlung aus dem Geschäftsjahr 2017 in Höhe von rund 3,75 Mio. Euro phasenverschoben vereinnahmt.

Insgesamt hat die STAWAG aus der Beteiligung an der SW Lübeck bislang etwa 20 Mio. Euro an Ausgleichszahlungen erhalten.

Die STAWAG hält seit 2013 als strategischer Partner der StadtWerke Rösrath – Energie GmbH einen Gesellschafteranteil von 49 Prozent. Geprägt ist das Jahresergebnis der Gesellschaft durch die Geschäftsfelder Energieversorgung und Bäderbetrieb. Zum 1. Januar 2017 hat die SWR-E das Stromnetz in Rösrath übernommen und gleichzeitig einen Pacht- und Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. In der für die STAWAG im Rahmen eines bestehenden Tracking-Stock-Modells relevanten Versorgungssparte wird für das Geschäftsjahr 2018 ein positives Ergebnis von rund 0,4 Mio. Euro erwartet. Insgesamt wird der erwirtschaftete Gewinn der SWR-E voraussichtlich rund 62 TEuro betragen.

Darüber hinaus ist die STAWAG seit 2013 an der enewa mit einem Gesellschafteranteil von 49 Prozent beteiligt. Die Gesellschaft ist in den Geschäftsfeldern Wasserversorgung, Energieversorgung und im Bäderbetrieb aktiv. Darüber hinaus hat die enewa zum 1. Januar 2018 das Eigentum des Stromnetzes in Wachtberg erworben und gleichzeitig einen Pacht-/ Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2018 ein Ergebnis von insgesamt rund 162 TEuro. Das für die STAWAG im Rahmen des Tracking-Stock-Modells relevante Ergebnis des Versorgungsbereichs beläuft sich dabei auf rund 433 TEuro.

Ebenso hat sich die STAWAG bereits im Geschäftsjahr 2015 mit 49 Prozent an der GW Ruppichteroth beteiligt. Die GW Ruppichteroth ist in den Geschäftsfeldern Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und im Energievertrieb Strom und Gas tätig. Zum 1. Januar 2017 hat die GW Ruppichteroth das Stromnetz eigen-tumsrechtlich übernommen, das aktuell an die

Westnetz GmbH verpachtet ist. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2018 ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis.

Eine weitere strategische Partnerschaft ist die STAWAG im Geschäftsjahr 2014 mit der Eww eingegangen. Im Geschäftsjahr 2017 hat die STAWAG ihren Gesellschaftsanteil im Zuge einer Neuordnung der Eww in eine Vertriebsgesellschaft Strom und Gas von ursprünglich 49 Prozent auf 51 Prozent erhöht. Zwischen der Eww und der STAWAG wurde aufgrund dessen ein Ergebnisabführungs- und Beherrschungsvertrag abgeschlossen. Im Geschäftsjahr 2018 hat die Eww ein negatives Ergebnis in Höhe von rund -147 TEuro erzielt, das von der STAWAG ausgeglichen wird.

Der Anteil der STAWAG am Telekommunikationsanbieter NetAachen liegt bei 16 Prozent. Für das Geschäftsjahr 2018 wird die NetAachen nach vorläufigen Angaben ein Ergebnis vor Steuern von 3,3 Mio. Euro erwirtschaften. Die STAWAG vereinnahmte im Geschäftsjahr 2018 ein anteiliges Beteiligungsergebnis aus dem Jahr 2017 in Höhe von rund 0,3 Mio. Euro. Die smartlab, an der die STAWAG Anteile von 35 Prozent hält, wird im abgelaufenen Geschäftsjahr 2018 einen voraussichtlichen Verlust von rund 280 TEuro erzielen. Der Verlust wird durch eine anteilige Einzahlung aller Gesellschafter in die Kapitalrücklage der smartlab entsprechend ausgeglichen.

Anfang 2018 hat sich die STAWAG zusammen mit der Mark-E Aktiengesellschaft, Hagen, (Mark-E) mit jeweils 50 Prozent an der neu gegründeten PSW Rönkhausen beteiligt. Die Gesellschaft ist Eigentümerin des Pumpspeicherkraftwerks (PSW) mit einer installierten Leistung von 140 MW, das zunächst für rund 25 Mio. Euro umfangreich saniert werden musste, um den Weiterbetrieb der Anlage sicherzustellen. Seitens der Bezirksregierung Arnsberg wurde die Betriebsgenehmigung zwischenzeitlich bis ins Jahr 2045 verlängert. Mark-E hat

das Kraftwerk von der Gesellschaft gepachtet und verantwortet weiterhin den kommerziellen Betrieb der Anlage. Aus der Pachtgesellschaft vereinnahmte die STAWAG 2018 eine vertraglich fixierte Garantiedividende von jährlich 375 TEuro.

Unter Berücksichtigung der vereinnahmten Beteiligungserträge erzielte die STAWAG im Geschäftsjahr 2018 ein außerordentlich hohes handelsrechtliches Ergebnis von rund 75,5 Mio. Euro, was maßgeblich durch die Aufdeckung der stillen (Netz-)Reserven in Höhe von 54,9 Mio. Euro begründet ist. Gegenläufig wirkten sich insbesondere die Bildung der Drohverlustrückstellung für den Gasspeicherbetrieb Epe von rund 7,4 Mio. Euro sowie die hohen Aufwendungen für die Altersversorgung in Höhe von rund 14 Mio. Euro auf das Jahresergebnis 2018 der STAWAG aus. Die hohen Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen sind dabei maßgeblich durch die anhaltende Niedrigzinsphase begründet. Zur Verbesserung der Bilanz- und Kapitalstruktur wird die STAWAG für das Geschäftsjahr 2018 rund 51,7 Mio. Euro des erzielten handelsrechtlichen Ergebnisses ihren Gewinnrücklagen zuführen, womit die Eigenkapitalquote der STAWAG gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert wird. Die STAWAG wird insofern rund 23,8 Mio. Euro an die E.V.A. abführen.

Die **regio iT** hat aus dem Jahresüberschuss 2017 ein Beteiligungsergebnis in Höhe von 1,1 Mio. Euro an die E.V.A. ausgeschüttet und lag somit auf Planniveau.

Das Geschäftsjahr 2018 wurde mit einem Ergebnis vor Steuern von 3,7 Mio. Euro (Planansatz 3,9 Mio. Euro) unterplanmäßig abgeschlossen. Die Umsatzerlöse für das Geschäftsjahr 2018 haben 67,3 Mio. Euro erreicht und damit den Planwert um 3,9 Mio. Euro übertroffen. Dazu beigetragen haben vor allem das Handels- und Leasinggeschäft, die Beratungsleistungen sowie die Weiterberechnungen aus Wartung und externen Dienstleistungen.

Die Entwicklung der Materialkosten korrelierte überwiegend mit der Umsatzentwicklung. Diese haben den Planansatz mit 18,8 Mio. Euro um 4,8 Mio. Euro überstiegen. Demzufolge wurde der geplante Rohertrag (45,5 Mio. Euro) um 0,6 Mio. Euro verfehlt. Auch durch die unterplanmäßige Entwicklung der Personalkosten und der sonstigen Aufwendungen konnte der geringere Rohertrag nicht mehr ausgeglichen werden. Somit wurde ein Betriebsergebnis von 3,4 Mio. Euro erzielt, was um 0,1 Mio. Euro den Planansatz verfehlte.

Die regio iT erzielte nach einem Steueraufwand von 1,1 Mio. Euro (Plan -1,2 Mio. Euro) einen Jahresüberschuss von 2,6 Mio. Euro, der mit ca. -0,1 Mio. Euro unter dem Planwert (2,7 Mio. Euro) lag. Die Geschäftsführung wird der Gesellschafterversammlung vorschlagen, von dem Jahresüberschuss 0,2 Mio. Euro in die Gewinnrücklagen einzustellen. Bei einer Anteilsquote von 48,5 Prozent stünden der E.V.A. somit 1,1 Mio. Euro zu. Die Ausschüttung der regio iT wird in das Beteiligungsergebnis für das Jahr 2019 der E.V.A. einfließen.

Die Ausschüttung des Beteiligungsergebnisses der gewoge betrug rund 0,2 Mio. Euro und lag damit auf Planniveau.

Die E.V.A. beschäftigte zum Stichtag 31. Dezember 2018 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 94 Vollzeit- und 26 Teilzeitkräfte. Umgerechnet auf Vollzeitmitarbeiter/-innen betrug die Personalstärke 110,8 Mitarbeiteräquivalente (MAÄ) gegenüber einem Planwert von 115,2 MAÄ.

Unter zusätzlicher Berücksichtigung von Geschäftsführern, Aushilfskräften und Auszubildenden betrug die Mitarbeiterzahl zum Jahresende 133, davon 105 Vollzeit- und 28 Teilzeitmitarbeiter/-innen. Umgerechnet auf Vollzeitmitarbeiter/-innen entsprach dies einer Personalstärke von 122,3 MAÄ gegenüber einem Planwert von 127,2 MAÄ. Ruhende Arbeitsverhältnisse wurden nicht berücksichtigt.

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289 f HGB zum Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst

Für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 gilt:

Die Gesellschafterversammlung der Gesellschaft hat am 30. Juni 2017 beschlossen, für den Frauenanteil im Aufsichtsrat den Status Quo von 13,33 Prozent als Zielgröße für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 beizubehalten und für die Geschäftsführung am Status Quo (0 Prozent) für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 festzuhalten.

Die Geschäftsführung hat beschlossen, für die 1. Führungsebene eine Zielgröße für den Frauenanteil von mindestens 50 Prozent (Status Quo: 66,6 Prozent) für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 nicht zu unterschreiten und für die 2. Führungsebene am Status Quo von 30 Prozent festzuhalten.

Anmerkung: Per 31. Dezember 2018 entsprach die aktuelle Frauenquote der für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 angestrebten Frauenquote für die 1. Führungsebene von mindestens 50 Prozent. Gegenüber dem Zeitraum 1. Juli 2017 bis 31. Dezember 2017 ist die Frauenquote allerdings von 66,6 Prozent auf 50 Prozent gesunken. Grund hierfür war, dass zwei offene Führungspositionen auf der 1. Führungsebene im Bereich Konzern-Informationstechnologie und im Bereich Konzern-Finanz-/Rechnungswesen und Controlling mit männlichen Führungskräften neu besetzt wurden.

Der Status Quo von 30 Prozent für die 2. Führungsebene konnte nicht gehalten werden und sank auf 20 Prozent. Der Grund für diesen Rückgang liegt darin, dass im Center Recht zwei neue Führungspositionen entstanden sind, die mit einer Frau und einem Mann besetzt wurden. Des Weiteren entfielen aufgrund einer Reorganisation im Center Kommunikation und im Center Marke jeweils eine Führungsposition. Beide Führungspositionen waren mit Frauen besetzt.

Für den Zeitraum 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2018 hat sich im Aufsichtsrat der Status Quo von 13,33 Prozent (gleich Zielgröße) nicht geändert.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 0,3 Mio. Euro und verschlechterte sich damit gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 1,7 Mio. Euro. Das Ergebnis enthält eine weitere freiwillige Einlage der Stadt Aachen in Höhe von 7,8 Mio. Euro (Vorjahr: 7 Mio. Euro) gem. § 15 (3) des Gesellschaftsvertrages.

Die wirtschaftliche Lage der E.V.A. wird im Wesentlichen durch die Geschäftsentwicklung der Beteiligungsgesellschaften bestimmt. Das Zins- und Beteiligungsergebnis beträgt -6,9 Mio. Euro und liegt damit um 1 Mio. Euro unter dem Vorjahresergebnis.

Dabei lag die Gewinnabführung der STAWAG mit 23,8 Mio. Euro um 4,5 Mio. Euro über dem Vorjahresergebnis von 19,3 Mio. Euro. Das Geschäftsjahr 2018 war bei der STAWAG von umfangreichen strukturellen und rechtlich organisatorischen Veränderungen geprägt. Zum 1. Januar 2018 wurde der Teilbetrieb „Wärmeerzeugung“ von der STAWAG Energie inklusive der dazugehörigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten auf die STAWAG abgespalten. Weiterhin wurden zum selben Datum das Strom-, Gas- und Wasserverteilnetz von der STAWAG auf die Regionetz und der Teilbetrieb Wassergewinnung auf die WAG ausgegliedert. Im Zuge der Ausgliederungen der beiden Teilbetriebe wurde unter den sonstigen betrieblichen Erträgen 60,9 Mio. Euro, aus der Aufdeckung von handelsrechtlichen stillen Reserven, ausgewiesen. Zur weiteren Stärkung der Finanzkraft und zur Sicherung von betrieblichen Investitionen ins Sachanlage- und Finanzanlagevermögen konnte die STAWAG, durch den Sondereffekt der Aufdeckung der stillen Reserven, eine Zuführung von 51,7 Mio. Euro in ihre Gewinnrücklagen vornehmen.

Die ASEAG hat das Geschäftsjahr 2018 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme von 31,2 Mio. Euro abgeschlossen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverschlechterung von 3,9 Mio. Euro. Davon resultieren insgesamt 5,2 Mio. Euro aus höheren Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen, die sich sowohl im Personalaufwand, im Zinsaufwand als auch bei den sonstigen Aufwendungen widerspiegeln. Allerdings reduzierten sich die sonstigen Aufwendungen, da hierin im Vorjahr eine außerordentliche Zuführung zu Pensionsrückstellungen aus der BilMoG-Einführung in Höhe von 4 Mio. Euro enthalten war.

Die Beteiligungserträge lagen mit 1,1 Mio. Euro bei der regio iT und mit 0,2 Mio. Euro bei der gewoge auf dem Niveau des Vorjahres.

Das Betriebsergebnis reduzierte sich insgesamt um 4,4 Mio. Euro auf 0,02 Mio. Euro, da im Vorjahr im Wesentlichen ein Buchgewinn aus dem Verkauf von weiteren Anteilen an der regio iT in Höhe von 3,6 Mio. Euro enthalten war.

Für das Geschäftsjahr 2018 belaufen sich die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag auf 718 TEuro Körperschaftsteuer und 1.194 TEuro Gewerbesteuer.

Nach Verrechnung von 400 TEuro Ertragsteueraufwendungen mit Ertragsteuererstattungen von 1.689 TEuro, ergeben sich insgesamt Erstattungen für Vorjahre in Höhe von 1.289 TEuro (Vorjahr Nachzahlung: 861 TEuro), die fast ausschließlich aus der laufenden steuerlichen Betriebsprüfung resultieren. In den Ertragsteuererstattungen ist eine Steuergutschrift aufgrund eines erfolgreich abgeschlossenen Einspruchsverfahrens für den Betriebsprüfungszeitraum 2012 bis 2014 im Zusammenhang mit einer zunächst angenommenen verdeckten Gewinnausschüttung „ParkhausTivoli“ von rund 1,6 Mio. Euro enthalten.

Finanzlage

Vermögenslage

Mittelverwendung

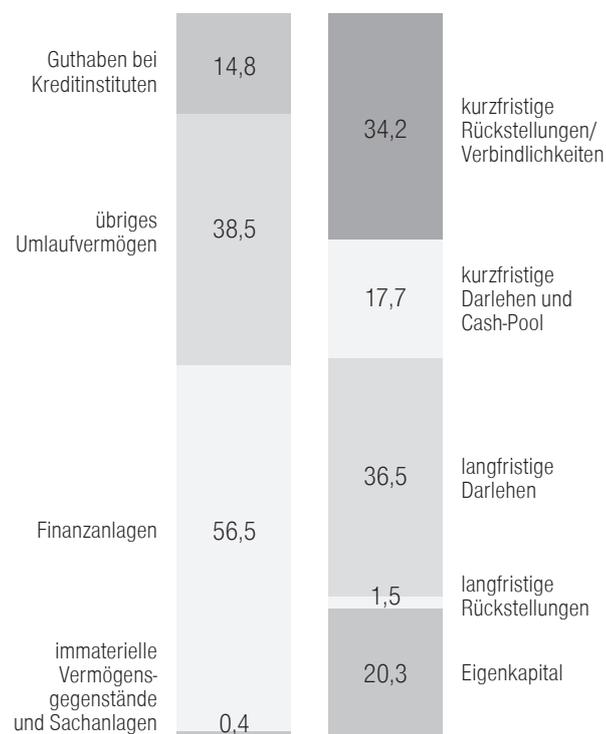
Mittelherkunft

9,1 Mio. Euro



Vermögen

Kapital



Im Jahr 2018 belief sich das Finanzierungsvolumen der E.V.A. auf 9,1 Mio. Euro.

Die Mittelverwendung ergibt sich im Wesentlichen mit 4,1 Mio. Euro aus Steuererstattungsansprüchen sowie einer Darlehensgewährung an die regio iT in Höhe von 4 Mio. Euro.

Die Mittel resultieren hauptsächlich aus höheren Verbindlichkeiten gegenüber der ASEAG.

Davon resultieren 6 Mio. Euro aus dem Cash-Pooling und 3,9 Mio. Euro aus dem höheren Verlustübernahmeanspruch.

Die Bilanzsumme beträgt im Berichtsjahr 110,2 Mio. Euro und liegt damit um 8,7 Mio. Euro über dem Vorjahreswert.

Das Anlagevermögen beinhaltet im Wesentlichen die Anteile an verbundenen Unternehmen und bildet zusammen mit den immateriellen Vermögensgegenständen und den Sachanlagen 51,6 Prozent des Gesamtvermögens. Die restlichen Mittel resultieren mit 13,4 Prozent aus Guthaben bei Kreditinstituten und mit 35 Prozent aus dem übrigen Umlaufvermögen.

Die Kapitalseite weist neben dem Eigenkapital weitere 38 Mio. Euro mittel- und langfristige Mittel aus, die 34,5 Prozent der Bilanzsumme betragen. Darin enthalten sind Darlehen in Höhe von 24 Mio. Euro aus Stiftungsmitteln, die durch die Stadt Aachen verwaltet werden, ein Gesellschafterdarlehen der Stadt Aachen in Höhe von 10 Mio. Euro sowie ein Gesellschafterdarlehen der StädteRegion Aachen in Höhe von 2,5 Mio. Euro. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus kurzfristigen Darlehen und dem Cash-Pool liegen bei 16,1 Prozent. Die übrigen kurzfristigen Rückstellungen und die Verbindlichkeiten betragen 31 Prozent und bestehen im Wesentlichen aus dem Verlustausgleichsanspruch der ASEAG in Höhe von 31,2 Mio. Euro. Die Eigenkapitalquote beträgt 18,4 Prozent.

Die E.V.A. stellt einen Konzernabschluss gemäß § 290 ff. HGB auf. Es werden die Jahresabschlüsse der ASEAG, der STAWAG, der Aachener Parkhaus GmbH, Aachen, (APAG), der STAWAG Abwasser GmbH, Aachen, (STAWAG Abwasser), der STAWAG Energie GmbH, Aachen, (STAWAG Energie), der Regionetz GmbH, Aachen, (Regionetz), der STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG, Simmerath, (Simmerath Infrastruktur), der STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG, Monschau, (Monschau Infrastruktur), der FACTUR Billing Solutions GmbH, Aachen, (FACTUR), Energiewerke Waldbröl GmbH, (EW Waldbröl) sowie erstmalig die Jahresabschlüsse der Solar Power Turnow West I GmbH & Co. KG (Turnow West I), der Solar Power Turnow West II GmbH & Co. KG (Turnow West II), der Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG (SA Giebelstadt), der Solarpark Gödenroth GmbH & Co. KG (SP Gödenroth), der Solarpark Ilbesheim GmbH & Co. KG (SP Ilbesheim), der Windpark Laudert GmbH & Co. KG (WP Laudert) und der Windpark Riegenroth GmbH & Co. KG (WP Riegenroth) einbezogen.

III. Prognosebericht

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stellt in seinem Frühjahrgutachten vom 19. März 2019 fest, dass das Expansionstempo der deutschen Volkswirtschaft merklich nachgelassen hat. Gründe hierfür sehen die Analysten vor allem in den Produktionsproblemen bei der Automobil- und Chemieindustrie. Gleichzeitig hat sich die Grunddynamik der deutschen Wirtschaft verlangsamt. Zurückzuführen sei dies vor allem auf eine deutlich schwächere Exportnachfrage aus wichtigen Absatzmärkten. Weiterhin sind auf der Angebotsseite in vielen Branchen gerade durch Engpässe auf dem Arbeitsmarkt Kapazitätsgrenzen erreicht.

Daher korrigiert der Sachverständigenrat seine letzte Wachstumsprognose für das Jahr 2019 von einer durchschnittlichen Jahreszuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,5 Prozent auf 0,8 Prozent. Die niedrige Prognose für das Jahr 2019 wird dabei stark durch das schwache letzte Quartal des Jahres 2018 und den damit verbundenen geringen statistischen Überhang beeinflusst. Für 2020 erwartet der Sachverständigenrat eine durchschnittliche Jahreszuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,7 Prozent. Bereinigt um den positiven Kalendereffekt aufgrund der außergewöhnlich hohen Anzahl an Arbeitstagen beträgt die Zuwachsrate im Jahr 2020 nur 1,3 Prozent.

Der Sachverständigenrat geht davon aus, dass obwohl die Überauslastung der deutschen Wirtschaft sinken wird, die Anzahl der Erwerbstätigen weiter steigen wird und somit die Lohn- und Preisdynamik hoch bleiben wird. Insbesondere von dem privaten Konsum, den Bauinvestitionen und dem Staatssektor dürften im Jahr 2019 positive Wachstumsbeiträge ausgehen.

„Die Hochkonjunktur der deutschen Wirtschaft ist vorerst vorüber. Eine Rezession ist angesichts der robusten Binnenkonjunktur aber aktuell nicht zu erwarten.“ (Christoph M. Schmidt, Vorsitzender des Sachverständigenrates)

Die Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung sind derzeit sehr hoch, da neben dem unsicheren Ausgang der Brexit-Verhandlungen, die Handelskonflikte zwischen den Vereinigten Staaten, Europa und China noch ungelöst sind und die Gefahr einer starken Wachstumsabschwächung in China besteht.

Für den voraussichtlich schwächeren Anstieg der Verbraucherpreise im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von 1,5 Prozent im Jahr 2019 und 1,6 Prozent in 2020 ist hauptsächlich der niedrige Ölpreis verantwortlich. Dabei ist jedoch zu erwarten, dass die Kerninflation im Prognosezeitraum ihren moderaten Aufwärtstrend fortsetzt.

Auf dem Arbeitsmarkt wird sich die seit mehreren Jahren anhaltende positive Entwicklung voraussichtlich fortsetzen. Die Dynamik dürfte jedoch nachlassen. Die Arbeitsmarktfrühindikatoren des ifo Instituts und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung deuten an, dass der Bedarf an Arbeitskräften zwar nach wie vor sehr hoch ist, die Einstellungsabsichten aber ihren Auftrieb verloren haben.

Der Sachverständigenrat geht davon aus, dass die Erwerbstätigenzahlen um 470.000 beziehungsweise 360.000 Personen zunehmen. Somit sollten in Deutschland im Jahr 2019 erstmals mehr als 45 Millionen Personen erwerbstätig sein. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung dürfte im laufenden und im kommenden Jahr um jeweils 530.000 beziehungsweise 450.000 Personen wachsen.

Durch den anhaltenden Beschäftigungszuwachs sollte sich die Anzahl der registrierten Arbeitslosen um rund 160.000 Personen auf unter 2,2 Millionen Personen im Jahr 2019 reduzieren. Die Arbeitslosenquote würde dann im laufenden Jahr unter die 5 Prozent-Marke fallen. Aufgrund der abnehmenden Dynamik dürfte der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahr 2020 mit rund 130.000 Personen jedoch etwas geringer ausfallen. Die Arbeitslosenquote könnte sich dann auf 4,6 Prozent reduzieren.

(Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Konjunkturprognose 2019 und 2020 vom 19. März 2019)

Die Lage der Unternehmen im Jahr 2019 in der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen ist erneut sehr positiv. An der im Frühjahr 2019 durchgeführten Konjunkturumfrage der Industrie- und Handelskammer Aachen (IHK) haben sich rund 300 Unternehmen mit insgesamt fast 22.800 Beschäftigten beteiligt.

Die IHK kommt zu dem Ergebnis, dass die sehr positive Wirtschaftslage im Bezirk Aachen sich seit dem vergangenen Herbst noch weiter verbessert hat. „Entgegen den Erwartungen einiger Wirtschaftsanalysten sind die Auftragsbücher der Unternehmen weiterhin voll und die Stimmung gut“, sagt IHK-Hauptgeschäftsführer Michael F. Bayer.

Mehr als die Hälfte aller befragten Betriebe beurteilen die gegenwärtige Geschäftslage als gut, nur etwa jedes zehnte Unternehmen als schlecht. Dies sind die höchsten Lagebewertungen seit sieben Jahren. Einen deutlichen Aufwind verzeichnete auch die Ertragslage der Unternehmen.

Des Weiteren sind die Investitions- und die Beschäftigungsabsichten hoch. Etwa vier von zehn Unternehmen möchten in den kommenden Monaten mehr investieren. Jeder dritte Betrieb erwartet einen Anstieg des Personalbedarfs.

Fast zwei Drittel aller Unternehmen sehen im Fachkräftemangel das größte Konjunkturrisiko. Dies ist zum fünften Mal in Folge ein neuer Rekordwert. Ein Drittel aller Betriebe möchte in den kommenden Monaten Personal einstellen, jedes sechste Unternehmen geht hingegen von einem Rückgang aus. Aktuell liegt die Arbeitslosenquote im Kammerbezirk Aachen bei 5,9 Prozent, das sind -0,6 Prozentpunkte niedriger als ein Jahr zuvor (zum Vergleich: in Nordrhein-Westfalen beträgt die Quote 6,4 Prozent, auf Bundesebene 4,9 Prozent).

Der Wirtschaftsplan der E.V.A. für das Jahr 2019 geht von einem negativen Betriebsergebnis von -0,3 Mio. Euro aus. Gegenüber dem Betriebsergebnis 2018 ist das eine Ergebnisverschlechterung von rund 0,3 Mio. Euro. Ursächlich hierfür ist eine mit 15 Mio. Euro um 0,2 Mio. Euro höhere Gesamtleistung, während der Gesamtaufwand in Höhe von -15,3 Mio. Euro auf dem Niveau des Vorjahres liegt. Der Gesamtaufwand wird nicht vollständig durch Umsatzerlöse gedeckt, da im kaufmännischen Bereich und in der Personalabteilung durch die Netzkooperation weiterhin freie Kapazitäten bestehen und nicht über entsprechende Dienstleistungsumsätze gedeckt werden. Diese freien Kapazitäten werden im Wirtschaftsplan 2019 mit -0,3 Mio. Euro bewertet.

Ferner wurden ein negatives Beteiligungsergebnis in Höhe von 7,6 Mio. Euro und ein Zinsverlust von 1,2 Mio. Euro geplant. Für das laufende Geschäftsjahr 2019 weist der Wirtschaftsplan somit einen Jahresfehlbetrag vor Steuern in Höhe von 9,1 Mio. Euro aus. Unter Berücksichtigung von Steuern in Höhe von 4,6 Mio. Euro würde für 2019 ein Jahresfehlbetrag nach Steuern von 13,7 Mio. Euro ausgewiesen. Um die Hälfte des Stammkapitals zu sichern, wäre eine Ausgleichszahlung durch die Stadt Aachen in Höhe von 0,4 Mio. Euro notwendig. Damit läge der Jahresfehlbetrag nach Ausgleichszahlung bei 13,3 Mio. Euro.

Ohne Berücksichtigung von Geschäftsführern, Auszubildenden und Aushilfskräften wird die geplante Personalstärke zum Ende des Geschäftsjahres 2019 115 Mitarbeiteräquivalente betragen.

Die kommenden Geschäftsjahre 2019 bis 2023 bei der **ASEAG** werden geprägt sein von der Neustrukturierung des Verkehrsmarktes im Verkehrsgebiet des Aachener Verkehrsverbundes (AVV). Mit Ende der Betrauungen der kommunalen Unternehmen im AVV zum Jahresende 2017 stand der AVV vor der Herausforderung, die Vergabe der Verkehrsleistung für die Zeit ab 2018 zu organisieren. Für die Stadt Aachen und die StädteRegion Aachen – somit also für das unmittelbare Bedienegebiet der ASEAG wurden wesentliche rechtliche und politische Maßnahmen bereits im Geschäftsjahr 2015 abgeschlossen. Die entsprechende Vorabbekanntmachung wurde Anfang 2016 im EU-Amtsblatt veröffentlicht und im April 2017 erfolgte dann die formale Direktvergabe zum Fahrplanwechsel im Dezember 2017 an die ASEAG bis Dezember 2027. Rechtliche Einsprüche von Dritten gab es nicht, so dass für die ASEAG das Leistungsvolumen von etwa 18,8 Mio. Nutz-km pro Jahr im Vergabezeitraum als gesichert angenommen werden kann.

Nach einem dynamischen Personalaustauschprozess in den letzten Jahren zwischen ESBUS, als Fahrbetriebstochter, und der ASEAG wird für die kommenden Jahre ein leicht abgeschwächtes Fluktuationsniveau im Fahrdienst bei der ASEAG erwartet. In den übrigen Funktionsbereichen der ASEAG werden keine signifikanten Veränderungen erwartet, so dass insgesamt von einem Personalbestand von ca. 545 Mitarbeiteräquivalenten in 2019 ausgegangen wird. Der Abgang älterer Mitarbeiter wird dabei durch die Gesetzgebung zur Rente mit 63 auch in den kommenden Jahren tendenziell beschleunigt. Dieser kostensenkenden Entwicklung des Personalabgangs von Mitarbeitern mit weitrei-

chenden Besitzstandswahrungen gegenüber Neubeschäftigten wirkt entgegen, dass die Gewerkschaften weiterhin hohe Tarifforderungen stellen oder aber aufgrund der Schwierigkeiten in der Personalbeschaffung betriebliche Forderung entstehen, die ebenfalls kostentreibend wirken. Insgesamt wird von Personalkosten in Höhe von 38,9 Mio. Euro ausgegangen, dabei stehen sinkenden Kosten der Altersvorsorge steigende Personalkosten gegenüber. Nachdem der Tarifabschluss zwischen ver.di und dem NWO, der Arbeitgeberverband der privaten Omnibusunternehmen in NRW, dazu geführt hat, dass faktisch aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz NRW (TVgG) keine Risiken mehr für die Vergabe an private Subunternehmen bestehen, setzt sich die Reduzierung des Kostenvorteils, den der private Tarif gegenüber dem kommunalen Spartentarif hat, durch hohe Tarifabschlüsse fort.

Nach der Gesetzesänderung zur Bewertung der Pensionsrückstellungen in 2016, die zu einer einmaligen Entlastung geführt hatte, werden die Ergebnisse der ASEAG vor Verlustübernahme durch die E.V.A. in 2018 sowie in den kommenden Jahren aufgrund weiterer erheblicher Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen weiter belastet. Ursachen hierfür sind im Wesentlichen weiter fallende Abzinsungssätze für die Bewertung der Pensionsrückstellungen, neue Heubeck-Sterbetafeln aus 2018 und ein vergleichsweise hoher Tarifabschluss, welche zusammen zu sehr hohen Zuführungen in der Handelsbilanz führen. Die sich aus dem BilMoG ergebenden über bis zu 15 Jahren zu verteilenden Zuführungen zur Pensionsrückstellung konnten hingegen bereits 2017 vorzeitig abgeschlossen werden, so dass hieraus keine weiteren Belastungen resultieren.

Neben diesen Rahmenbedingungen werden steigende Umsatzerlöse, im Prinzip konstante Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung (§ 11a ÖPNVG-NRW) und Schwerbehin-

derte (§ 148 SGB IX), Zuschüsse für das Mobilitätsticket (Sozialticket) sowie die Entwicklung der Dieselpreise das Ergebnis beeinflussen. Trotz der aktuellen Diskussionen, die derzeit bezüglich der Rolle des ÖPNV in Deutschland geführt werden – insbesondere vor dem Hintergrund umweltpolitischer und sozialpolitischer Fragestellungen – geht die ASEAG nicht von signifikanten Leistungsausweitungen aus. Sollten dennoch angebots- oder fahrpreisseitige Maßnahmen politisch gewünscht sein, so müssen die Aufgabenträger die Finanzierung entsprechend sicherstellen.

Das Niveau der Ausgleichszahlungen nach § 11a ÖPNVG-NRW (Schülerbeförderung) wird auch in den Folgejahren in etwa konstant bleiben. Das heißt auch, dass hier weiterhin keine Anpassung der Zuschüsse an steigende Betriebskosten erwartet wird. Der Rückgang der Schwerbehindertenquote hat bereits in der Vergangenheit dazu geführt, dass kein unternehmensspezifischer Zuschusssatz nach § 228 ff. SGB IX (zuvor § 148 Abs. 5 SGB IX) mehr erreicht werden konnte. Im Ergebnis ist die ASEAG somit bereits 2014 auf den Landessatz zurückgefallen. Der aktuelle Satz liegt nunmehr mit 3,53 Prozent auf Vorjahresniveau – weitere Anpassungen sind allein vor dem Hintergrund zu erwarten, dass der ÖPNV landesweit als Verkehrsmittel gestärkt werden soll, wodurch der Anteil der schwerbehinderten Fahrgäste tendenziell abnimmt.

Für das Geschäftsjahr 2019 ist ein Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme von 30,5 Mio. Euro gemäß verabschiedetem Wirtschaftsplan geplant.

Die Fahrgastentwicklung ist 2018 im Stammgebiet insgesamt leicht rückläufig. Im Planungszeitraum erwartet die ASEAG jedoch auch nach Preisanpassungen in großen Teilen des Ticketsortiments ein moderates Fahrgastwachstum. Die Fahrgastrückgänge in 2018 sind zu großen Teilen aus rückläufigen Schülerzahlen, ge-

ringeren Einnahmezuscheidungen aus dem NRW-Tarif und dem Mobil-Ticket zu erklären. Hier kommen teilweise gesellschaftliche Entwicklungen zum Tragen, die die ASEAG nicht vollumfänglich kompensieren kann. So sorgt beispielsweise die gute Beschäftigungslage dafür, dass insgesamt weniger Käuferpotential für ein aus sozialpolitischen Gründen existierendes Mobil-Ticket zur Verfügung steht.

Neben den Effekten aus den Pensionsverpflichtungen gilt grundsätzlich weiterhin, dass die allgemeinen Kostensteigerungen planmäßig im Wesentlichen durch Mehrerlöse gedeckt werden sollen; die Ergebnisverschlechterung resultiert daher weiterhin weniger aus inflationären Gesichtspunkten, sondern insbesondere aus erhöhten technischen und kundenseitigen Anforderungen, die sich in zunehmendem Aufwand widerspiegeln. Moderne Fahrgastinformationsmedien (z. B. Dynamische Fahrgastinformationssäulen, Internet und APP), zeitgemäße Vertriebsinfrastruktur (z. B. elektronisches Fahrgeldmanagement) und Fahrzeuge mit modernen Antriebsformen (Euro 6-, Hybrid- oder Elektrobusse) sind kapital- und/oder wartungsintensiv, ohne dass im verbleibenden Geschäft wesentliche Einsparungen generiert werden können. Dabei sich gegebenenfalls ergebende Mehrerlöse durch eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV sind nur sehr schwer zu beziffern und daher wie in der Vergangenheit auch nicht Bestandteil der Planung. Vor diesem Hintergrund gelingt es immer wieder die Aufgabenträger in Verbindung mit Förderprogrammen des Landes und des Bundes zur unmittelbaren Co-Finanzierung beispielsweise von technischen Neuerungen mit einzubeziehen.

Mögliche Kostensteigerungen im Bereich des Dieserverbrauchs sind in der Planung auf Basis entsprechender Prognosen enthalten. Insgesamt werden keine signifikanten Preisanstiege erwartet. Dieselswaps zur preislichen Absicherung des Verbrauchs bestehen noch für bis

2019. Ob weitere Dieselswaps zur Absicherung der Wirtschaftsplanung abgeschlossen werden, ist derzeit offen.

Aufgrund der beschriebenen Einnahme- und Kosteneffekte wird der Jahresfehlbetrag der ASEAG für das Wirtschaftsjahr 2019 auf -30,5 Mio. Euro geplant. Damit fällt das Ergebnis um 0,7 Mio. Euro besser aus als das Ergebnis für 2018 (-31,2 Mio. Euro).

Für die mittelfristige Zukunft erwartet die APAG ein Ergebnis von ca. 2 Mio. Euro, wobei eine erwartete Schließung des Parkhauses Rathaus das Ergebnis 2019 oder 2020 erheblich zusätzlich belasten wird. Diese etwas moderatere Einschätzung der Ergebnissituation beruht im Wesentlichen darauf, dass umfangreiche Sanierungsarbeiten, die zum Teil bereits durchgeführt sind, aber insbesondere beim Parkhaus Rathaus noch anstehen, entsprechend belastend auf das Ergebnis einwirken. Nachdem es nach der Eröffnung des Aquis Plaza zu einer Neusortierung der Kundenströme im Parkbereich gekommen ist, wird nunmehr davon ausgegangen, dass dieser Vorgang weitestgehend abgeschlossen ist. Welche Auswirkungen die jetzt wohl doch noch kommende PKW-Maut oder aber drohende Dieselfahrverbote haben, bleibt derzeit offen.

Die Planung berücksichtigt ein Busbeschaffungsprogramm bis 2023, das die jährliche Beschaffung neuer Busse vorsieht. Bis Anfang 2020 werden damit in Aachen ausschließlich Fahrzeuge eingesetzt, die den neuen Anforderungen des Nahverkehrsplans der Stadt Aachen erfüllen. Vor dem Hintergrund des Luftreinhalteplans der Stadt Aachen werden weiter Elektrobusse und vorgezogen Dieselbusse nach Euro VI-Norm angeschafft, die von den Aufgabenträgern und Förderprogrammen gesondert gefördert werden.

Die **STAWAG** geht für das Geschäftsjahr 2019 im Geschäftsfeld Vertrieb davon aus, dass aufgrund von erwarteten Kundenverlusten im Privat- und Gewerbekundenbereich sowie im Sonderkundenbereich ein moderater Mengenrückgang gegenüber dem Vorjahr zu erwarten ist.

Mengenentwicklung Vertriebsgeschäft

Sparte	Ist 2018	Plan 2019	Abw. (%)
Strom (Mio. kWh)	908,6	825,5	-9,1
Gas (Mio. kWh)	1.310,5	1.185,3	-9,6
Wasser (Mio. cbm)	18,0	17,4	-3,3
Wärmecontracting (Mio. kWh)	6,0	8,1	+3,5

Bei den Netzausspeisungen wird, bereinigt um entsprechende Witterungseffekte, im Strombereich eine weitgehend konstante Entwicklung erwartet. Für den Gasbereich ergibt sich infolge erwarteter zusätzlicher Erschließungsgebiete und einer zunehmenden Verdichtung des bestehenden Gasnetzes eine leicht ansteigende Netzausspeisung.

Netzausspeisungen Regionetz

Sparte	Ist 2018	Plan 2019	Abw. (%)
Strom (Mio. kWh)	2.292,9	2.330,4	+1,6
Gas (Mio. kWh)	5.410,3	5.573,6	+3,0

Insgesamt wird die operative Ertragskraft der STAWAG auch im Geschäftsjahr 2019 durch hohe Aufwendungen für die Altersversorgung infolge der anhaltenden Niedrigzinsphase, aber auch durch Verluste im konventionellen Erzeugungsbereich belastet. Die STAWAG wird sich im Bereich der erneuerbaren Energien weiterhin engagieren, ihren Know-how-Vorsprung in der Projektentwicklung durch die Entwicklung wirtschaftlich attraktiver Projekte im Bereich Onshore-Windkraft zu nutzen. Für das Geschäftsjahr 2019 ist bereits absehbar, dass mit einem weiterhin stabilen Ergebnisbeitrag aus diesem Geschäftsbereich gerechnet werden kann. Die STAWAG geht davon aus, dass mittelfristig die relevanten energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch im Ausschreibungsregime eine weitere Realisierung attraktiver Projekte bei den erneuerbaren Energien ermöglichen.

Die STAWAG wird auch im Geschäftsjahr 2019 das stetige Ziel verfolgen, die einzelnen Geschäftsfelder vor dem Hintergrund der sich zunehmend ändernden Marktbedingungen und des stärker werdenden Wettbewerbs weiterzuentwickeln und zu optimieren. Neben der Fortsetzung des Ausbaus der erneuerbaren Energien und der Projektentwicklung sowie der Stabilisierung des vertrieblichen Stammgeschäfts wird ein Schwerpunkt der STAWAG auch auf der Steuerung und Weiterentwicklung der Regionetz und der Nutzung weiterer Synergiepotenziale liegen. Eine positive Ergebnisentwicklung erwartet die STAWAG auch aus ihren wachsenden Geschäftsaktivitäten im Bereich der Rekommunalisierung und im energiewirtschaftlichen Kundenservice sowie im Prozess- und Dienstleistungsbereich. Für das Geschäftsjahr 2019 geht die STAWAG trotz der vorgenannten Ergebnisbelastungen davon aus, dass das geplante Ergebnis in Höhe von rund 23,1 Mio. Euro erreicht wird.

Finanzielle Kennzahlen

Kennzahl	Ist 2018	Plan 2019	Abw. (%)
Umsatzerlöse (TEuro)	309 842	310 682	+0,27
EBITDA (TEuro)	59 740	-475	-100,8
EBIT (TEuro)	53 219	-6 486	-112,2
EBT (TEuro)	75 505	23 089	-69,4

Die **regio iT** setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden sowie durch den Ausbau der Wertschöpfungstiefe bei Bestandskunden, auch weiterhin organisch zu wachsen. Auch Fusionen, Kooperationen und Partnerschaften mit Partnern in kommunaler Trägerschaft steht die regio iT weiterhin offen gegenüber. Auch für den Markt der Informationstechnik wird von einem weiteren Wachstum ausgegangen: mit einem voraussichtlichen Umsatz von 92,2 Mrd. Euro und einem Wachstum von 2,5 Prozent im Jahr 2019 ist dieser nach wie vor Wachstumstreiber der ITK-Branche. Mit einem Volumen von 26 Mrd. Euro legt das Software-Segment voraussichtlich auch in 2019 kräftig zu und wird mit Abstand am meisten nachgefragt (+6,3 Prozent). Auch die IT-Services verzeichnen mit einem voraussichtlichen Plus von 2,3 Prozent ein ordentliches Wachstum auf ein Marktvolumen von 40,8 Mrd. Euro. Nur

im Segment IT-Hardware wird ein Rückgang auf 25,4 Mrd. Euro (-0,7 Prozent) erwartet. Die positive Prognose des Marktes für Informations- und Kommunikationstechnologie bietet aktuell eine Reihe von Chancen für die regio iT. Die Digitalisierung schreitet in allen bedienten Branchen voran und bietet kurz- und mittelfristige Umsatzchancen. Traditionell in Eigenregie betriebene IT-Infrastrukturen können weder den Anforderungen an die Haltung und die Nutzung stetig steigender Datenmengen begegnen, noch die Herausforderungen hinsichtlich der Sicherheit, der Leistungsfähigkeit und der Kosteneffizienz bewältigen. Auch der Gesetzgeber ist ein weiterer Treiber bei kommunalen Verwaltungsprozessen. Die Umstellung auf möglichst digitale Stadtverwaltungen wollen alle Bundesländer weiter vorantreiben. So sollen in NRW – u. a. in Aachen – Behördengänge und interne Abläufe in den Rathäusern digitalisiert werden, unterstützt mit Mitteln der Landesregierung.

Durch das breite Dienstleistungsportfolio, vor allem auch durch die ausgewiesene Expertise bei Private-Cloud-Plattformen und bei Technologien, ist die regio iT auf diese Herausforderungen ihrer Kunden sehr gut vorbereitet. Darüber hinaus ist die regio iT auch in 2019 bei innovativen und geförderten Forschungsprojekten in Konsortien vertreten. So beschäftigt sich die regio iT bereits seit rund zwei Jahren mit den Entwicklungen rund um die Blockchain-Technologie (Distributed Ledger Technology), um Erfahrungen hinsichtlich möglicher Einsatzszenarien für Kommunen und kommunale Unternehmen zu sammeln.

Die folgenden finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahr 2019 prognostiziert (monetäre Werte in Mio. Euro).

Finanzielle Leistungsindikatoren (Mio. Euro)	Ist 2018	Plan 2019	Abw. I/P abs.	Abw. I/P %
Gesamtumsatz	67,3	68,4	1,1	1,6
davon				
Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb	47,9	50,2	2,3	4,8
Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	7,6	8,5	0,9	11,8
Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft	6,8	6,0	-0,8	-11,8
Anteil Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	11,3%	12,5%	-	-
Rohergebnis/-ertrag ¹⁾	42,5	45,0	2,5	5,9
Ergebnis vor Steuern	3,7	2,9	-0,8	-21,6
Gesamtleistungsrendite (vor Steuern)	5,5%	4,2%	-	-

1) Rohergebnis = (Umsatz + sonstige Erträge + aktivierte Eigenleistungen) ./ Materialaufwand

Für das Geschäftsjahr 2019 plant die regio iT bei den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb mit 50,2 Mio. Euro. Das bedeutet eine Steigerung von 2,3 Mio. Euro. Neue Produkte, bei denen Wachstumschancen gesehen werden, sind das Produkt Virtual Desktop Infrastructure (VDI), Produkte im Bereich Intelligentes Messwesen für die Energieversorgungswirtschaft, Full-Service- Dienstleistungen im Schulbereich, (Bürger-) Portallösungen/Digitalisierung im kommunalen Umfeld (Modellregionen).

Bei den Umsatzerlösen aus Projektleistung/Beratung geht die regio iT bei einem geplanten Wert von 8,5 Mio. Euro von erneut gesteigerten Erlösen aus. Die erwarteten Umsätze aus Projektleistung und Beratung entsprechen dem Ziel der regio iT, mindestens ca. 10 Prozent des Gesamtumsatzes in diesem Segment zu erwirtschaften. Aufgrund der bereits vorliegenden Projektbeauftragungen (2018) sowie umfangreichen Projekt-/Beratungsanfragen über alle Unternehmensbereiche und über alle Kundengruppen hinweg, sind wir optimistisch, dieses Umsatzniveau realisieren zu können. Treiber sind insbesondere Projekt-/Beratungsanfragen im Kontext der Digitalisierung von Kommunen (Modellregionen) und Schulen sowie auch im Bereich Smart Energie & Mobilität. Erkennbar ist, dass die Kunden entsprechende Budgets für den Weg der Digitalisierung eingeplant haben.

Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft werden entsprechend den Marktprognosen mit 6 Mio. Euro eher rückläufige Umsätze erwartet. IT-Hardware wird mehrjährig genutzt. Daher werden nach einem von hohen Einzelaufträgen geprägten Geschäftsjahr 2018 Umsatzerlöse auf Basis kontinuierlicher Ersatzbeschaffungen auf Niveau der Vorjahre erwartet.

Wesentlichste gegenläufige Kostenposition sind die Personalkosten. Hier wird eine Steigerung von 26,9 Mio. Euro auf 29,3 Mio. Euro erwartet. Diese Steigerung basiert zum einen auf erwartete tarifliche Erhöhungen, zum anderen auch auf Neueinstellungen in 2018/2019. Diese sind erforderlich, um den weiteren Wachstumskurs bewältigen zu können.

Aufgrund der weiterhin umfangreichen eigenen Wertschöpfung erwartet die regio iT für 2019 eine Steigerung des Rohergebnisses von 42,5 Mio. Euro auf 45 Mio. Euro. Dementsprechend geht die regio iT von einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von 2,9 Mio. Euro aus, welches um 0,8 Mio. Euro leicht unter dem sehr gutem Niveau des Berichtsjahres (3,7 Mio. Euro) liegt.

Zusammenfassend geht die regio iT von einer positiven Geschäftsentwicklung für das Jahr 2019 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können.

Das Beteiligungsergebnis der regio iT ist phasenverschoben. Für das Wirtschaftsjahr 2019 wird das anteilige Ergebnis in Höhe von 1,1 Mio. Euro des Jahresüberschusses des Geschäftsjahres 2018 erwartet.

Für das Beteiligungsergebnis gewogen ist im Wirtschaftsplan 2019 ein Wert von 0,2 Mio. Euro berücksichtigt.

IV. Chancen- und Risikobericht

Entsprechend § 91 Abs. 2 Aktiengesetz hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem eingerichtet, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Analog zu unserem Controlling- und Planungsprozess führen regelmäßige Risiko-Inventuren nach einem konzerneinheitlichen Verfahren zu einer vollständigen Dokumentation aller Einzelrisiken. Für die verschiedenen Unternehmensbereiche und Gesellschaften sind Risikoverantwortliche benannt, die erkannte Gefahren und Chancen in ihren Bereichen durch Abschätzung der Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewerten und sie nach einer wiederkehrenden Systematik dokumentieren. Die Risiken werden nach den Kategorien allgemeine externe, allgemeine interne, leistungswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Risiken unterschieden. Der Risikomanager führt die Ergebnisse in einem halbjährlichen standardisierten Bericht an die Leitungsorgane der Gesellschaft sowie deren Aufsichtsgremien zusammen. Aus den Ergebnissen der Risiko-Inventuren werden Maßnahmen zur Steuerung, Begrenzung und Minderung der Risiken abgeleitet. Die Risiken der E.V.A. sind aufgrund ihres Geschäftsmodells wenig operativ induziert. Diese liegen eher bei den großen Beteiligungsgesellschaften ASEAG und STAWAG.

Im Risikoportfolio der STAWAG zum 31. Dezember 2018 belasten die niedrigen Strombörsenpreise weiterhin die operative Ergebnissituation im konventionellen Kraftwerksbereich. Die Erzeugungskostenspreads verzeichneten unterjährig zwar eine Erholung, was auch zu einer Reduzierung der Drohverlustrückstellung zum Bilanzstichtag um rund 1,9 Mio. Euro beitrug, doch mittelfristig sind noch keine Preisindikatoren zu erkennen, die eine signifikante wirtschaftliche Verbesserung erwarten ließen.

Beim Ausbau regenerativer Erzeugungsanlagen leistet die STAWAG mit ihrer 100-prozentigen Tochter STAWAG Energie seit Jahren einen positiven Beitrag und genießt für alle bereits erbauten Anlagen einen Bestandsschutz hinsichtlich Einspeisevergütung. Auch unter den neuen Ausschreibungsbedingungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) möchte die STAWAG Energie neue Windparks entwickeln. Damit verbunden sind weiterhin die allgemeinen Risiken einer Projektentwicklung, wie beispielsweise die Verzögerung eines Genehmigungsprozesses oder behördliche Auflagen, und bauherren-typische Risiken, wodurch die Projekte nicht in dem geplanten Zeitrahmen umgesetzt werden können. Die Vielzahl unterschiedlicher Projekte, in denen die STAWAG Energie erfolgreich tätig war, unterstreicht jedoch ihre Kompetenz, so dass die künftig hieraus zu erwartenden wirtschaftlichen Erfolge die Risiken übersteigen werden.

Die immer noch niedrigen Kapitalmarktzinsen begünstigen nach wie vor die langfristige Fremdkapitalaufnahme der STAWAG, führen in den nächsten Jahren jedoch weiterhin zu einer zinsbedingt erhöhten Zuführung zu den Pensionsrückstellungen bei der STAWAG, der Regionetz und der FACTUR. Diese wirtschaftliche Zusatzbelastung durch das Absinken des Rechnungszinssatzes ist in der aktuellen Wirtschaftsplanung bis 2023 berücksichtigt.

Ansonsten gehören die unbeeinflussbaren Wetterrisiken mit ihren positiven und negativen Effekten auf die Absatz- und die Einspeisemengen unverändert zum Geschäftsmodell der STAWAG-Gesellschaften. Auf der Kunden- und der Energieabsatzseite ist die STAWAG weiterhin der Gefahr von Kundenfluktuation und der Schwierigkeit der Neukundengewinnung ausgesetzt. Die STAWAG nutzt jedoch weiter die Chance, an Ausschreibungen von Konzessionen und Rekommunalisierungen teilzunehmen, um ihr Netz- und Vertriebsgeschäft auszuweiten.

In ihrem Risikoportfolio zum 31. Dezember 2018 rechnet die ASEAG auch in den kommenden Jahren weiter mit sich verändernden Rahmenparametern (Zinssätze/-prognosen, Versicherungstafeln u.ä.) bei der Berechnung ihrer Pensionsrückstellungen und den hieraus resultierenden Ergebnisbelastungen. Begünstigend wirkt hierbei, dass die aus dem Jahr 2010 stammenden Zusatzbelastungen aus dem BilMoG in 2017 abgeschlossen werden konnten. Weiterhin trägt seit 2016 ein geänderter Durchführungsweg für neu zu schaffende Altersvorsorge dazu bei, dass die jährlichen Rückstellungszuführungen bilanziell anders dargestellt werden und die jährlichen Ergebnisausschläge dämpfen. Mittels Direktvergabe erhielt die ASEAG in 2017 von der Stadt Aachen den Auftrag, ihre Verkehrsleistungen für weitere zehn Jahre fortzuführen. Aufgrund fehlender Klagen besteht inzwischen Rechtssicherheit und somit Bestandsschutz bis Ende 2027. Das Risiko der künftigen Werthaltigkeit der APAG-Beteiligung wird aufgrund der positiven Ergebnisentwicklung der letzten Jahre als eher gering angesehen. Das Kostenrisiko bei der Beauftragung der Subunternehmer, das aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz in 2012 entstanden war, ist entfallen, jedoch verbleibt das Risiko eines schleichenden, überproportionalen Kostenanstiegs, da die ASEAG in Zukunft mit einem deutlich stärkerer Tarifpartner zu verhandeln hat.

Weitere wesentliche Risiken ergeben sich aus Umweltbelangen. Sie machen es erforderlich, dass die ASEAG schneller als geplant kostenintensive, schadstoffreduzierende oder umweltpolitische Maßnahmen einzuleiten hat. Neben der Einführung von Umweltzonen resultieren weitere Verschärfungen aus den Anforderungen des Luftreinhalteplans der Stadt Aachen, der in 2018 zu einem veränderten Nahverkehrsplan mit höheren abgasseitigen Anforderungen an die Fahrzeugflotte führte. Ob die inzwischen gemeinsam mit dem Gesellschafter Stadt Aachen

eingeleiteten Maßnahmen ausreichen (SCRT-Filter, vorgezogene Neubeschaffung u.ä.), um Dieselfahrverbote zu vermeiden, die aus einem laufenden Gerichtsverfahren der Stadt Aachen resultieren, ist derzeit offen. Maßnahmen zur Reduzierung von Stickoxiden werden aktuell stark gefördert und die ASEAG nutzt diese Förderprogramme, um Kostenbelastungen für die Stadt und die ASEAG zu minimieren. Ein weiteres wesentliches Risiko der ASEAG bleibt die Abhängigkeit von Zuschüssen und Fördermitteln, die in der Regel keiner Dynamisierung unterliegen und die die Notwendigkeit mit sich bringen, wegfallende oder stagnierende Zuschüsse durch andere geeignete Maßnahmen zu kompensieren. Weiterhin besteht ein wesentliches Risiko bei der ASEAG in der zunehmenden Anzahl leistungsgeminderter Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die insbesondere nicht mehr im Fahrdienst eingesetzt werden können. Darüber hinaus bestehen für die ASEAG unverändert deutlich geringere bewertete Risiken, wie beispielsweise das Risiko des geänderten Kundenverhaltens bei der ÖPNV-Nutzung.

Die E.V.A. selbst fungiert nicht nur als geschäftsführende Holding, sondern auch als steuerliche Organmuttergesellschaft. Sie trägt damit sämtliche steuerliche Risiken, die sich bei den Organgesellschaften aus deren steuerrelevanten Geschäftsaktivitäten oder aus Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz ergeben.

Für erkennbare Risiken aus Betriebsprüfungen wird durch Rückstellungsbildung rechtzeitig vorgesorgt. Dennoch zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, dass steuerliche Vorgänge zunehmend komplexer geworden sind, schwieriger zu deklarieren sind und sich zuweilen stark von der wirtschaftlichen Beurteilung in der Handelsbilanz entfernen können. Die Ergebnisschere zwischen Handels- und Steuerbilanz geht somit auch durch eine Betriebsprüfung immer

weiter auf und stellt damit zunehmend eine Ergebnisunsicherheit dar. Steuerliche Risiken im Zusammenhang mit Steuergesetzänderungen sind allerdings aktuell nicht erkennbar.

Das Geschäftsergebnis der E.V.A. wird in hohem Maße von der Entwicklung der Ergebnisse im Energiebereich der STAWAG und von den Verlusten im ÖPNV-Bereich der ASEAG bestimmt. Tendenziell besteht hieraus aufgrund der steigenden Verluste im ÖPNV-Bereich sowie der schwer zu haltenden Gewinne im Energiebereich die Gefahr einer Ergebnis- und Liquiditätsunterdeckung. Die Gesellschafterin der E.V.A. – die Stadt Aachen – hat daher schon im Jahr 2015 finanzielle Unterstützungsmaßnahmen ergriffen und diese im Jahr 2016 im Zuge eines langfristigen Finanzierungskonzeptes für die E.V.A. nochmals erweitert. In 2016 flossen der E.V.A. aufgrund dessen zusätzliche finanzielle Mittel zur Eigenkapitalstärkung in Höhe von 14 Mio. Euro sowie Darlehensmittel aus einem Upstream-Darlehen der ASEAG in Höhe von 4,3 Mio. Euro zu. Außerdem leistet die Stadt Aachen seitdem regelmäßig die im Gesellschaftsvertrag verankerten Ausgleichszahlungen und dies für 2017 und 2018 sogar durch vorgezogene Zahlungen. Da die E.V.A. neben den Ausgleichszahlungen der Gesellschafterin auch noch neue Darlehen der ASEAG in Anspruch nehmen kann, sieht die E.V.A.-Geschäftsführung aktuell keine finanzwirtschaftlichen Risiken oder Risiken einer eigenkapitalmäßigen Unterdeckung. Kurzfristig kann sich die E.V.A. weiterhin aus der vorhandenen Liquidität sowie über den konzerninternen E.V.A.-Cash-Pool finanzieren.

Die aktuelle Überprüfung der Risikosituation zeigt, dass die Gesellschafterin – die Stadt Aachen – mit dem verabschiedeten Finanzierungskonzept den langfristigen Fortbestand der E.V.A. gesichert hat und am Konzept des steuerlichen Querverbundes festhalten möchte. Sie

stellt der E.V.A. hierzu eine angemessene und erforderliche Kapital- und Liquiditätsausstattung bereit. Insofern ist die Risikolage der E.V.A. entschärft, wird jedoch weiterhin einer regelmäßigen Prüfung unterzogen. In Zukunft wird es verstärkt auf die Einhaltung der Planergebnisse der operativen Tochtergesellschaften ASEAG und STAWAG, die dem Finanzierungskonzept zugrunde gelegt sind oder einer angemessenen Bereitstellung zusätzlicher Mittel ankommen. Konkretisierte Risiken wurden in den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften, soweit zulässig, durch adäquate Rückstellungsbildung berücksichtigt. Darüber hinaus sind wesentliche Risiken außerdem in den Wirtschaftsplänen der Gesellschaften eingearbeitet.

Berichterstattung

nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NW

Gesellschaftsvertragsmäßiger Gegenstand der E.V.A. ist die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Erfüllung anderer Versorgungsaufgaben, die Durchführung von Entsorgungsaufgaben sowie der öffentliche Nahverkehr, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr, die Schaffung und Vorhaltung von allgemein zugänglichen Parkflächen, die Verwaltung von Vermögen in der StädteRegion Aachen und deren Umgebung sowie die Erbringung unterstützender Verwaltungsdienstleistungen zur Deckung des Eigenbedarfs ihrer kommunalen Gesellschafter. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern.

Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Die Gesellschaft ist eine geschäftsleitende Holding-Gesellschaft. Sie hat die Aufgabe, nach Maßgabe abzuschließender Unternehmensverträge (§ 291 AktG) die Leitung der STAWAG und der ASEAG zu übernehmen sowie den Gewinn- und Verlustausgleich vorzunehmen. Sie kann weitere Beteiligungen halten und auch gegenüber weiteren Unternehmen als geschäftsführende Holding tätig werden.

Die im Lagebericht und im Anhang für die E.V.A. und für den Konzern gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass die Gesellschaft den aus ihrer satzungsmäßigen Aufgabenstellung folgenden öffentlichen Zwecken auch im Jahr 2018 voll gerecht wurde.

Aachen, den 24. Mai 2019

Energieversorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mbH Aachen

Die Geschäftsführung



Dr. Christian Becker



Michael Carmincke

Jahresabschluss >>

Bilanz zum 31. Dezember 2018

Aktiva	Anhang	31.12.2018 Euro	31.12.2017 TEuro
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Software		259.716,00	568
II. Sachanlagen			
Betriebs- und Geschäftsausstattung		162.643,00	111
III. Finanzanlagen	_ 1		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		53.722.346,11	53.722
2. Beteiligungen		2.807.481,45	2.808
3. Sonstige Ausleihungen		7.334,72	8
		<u>56.537.162,28</u>	<u>56.538</u>
		56.959.521,28	57.217
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	_ 2		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		9.211,22	33
2. Forderungen gegen Gesellschafter		9.297.786,31	7.321
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		20.856.690,71	22.897
4. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		3.853.653,36	0
5. Sonstige Vermögensgegenstände		4.443.277,33	225
		<u>38.460.618,93</u>	<u>30.476</u>
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	_ 3	14.805.087,74	13.842
		53.265.706,67	44.318
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
		5.102,95	3
		<u>110.230.330,90</u>	101.538

Passiva	Anhang	31.12.2018 Euro	31.12.2017 TEuro
A. Eigenkapital	_ 4		
I. Stammkapital		14.049.880,00	14.050
II. Kapitalrücklage		43.753.000,00	43.753
III. Verlustvortrag		-37.782.886,52	-39.751
IV. Jahresüberschuss		295.914,48	1.968
		20.315.907,96	20.020
B. Rückstellungen			
1. Pensionsrückstellungen	_ 5	1.179.874,00	939
2. Steuerrückstellungen	_ 6	587.407,00	0
3. Sonstige Rückstellungen	_ 7	1.262.845,56	1.359
		3.030.126,56	2.298
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		162.068,48	201
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	_ 8	49.782.574,31	39.234
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	_ 9	12.583.847,47	12.584
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		0,00	150
5. Sonstige Verbindlichkeiten		24.355.806,12	27.051
		86.884.296,38	79.220
		110.230.330,90	101.538

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018

	Anhang	2018 Euro	2017 TEuro
1. Umsatzerlöse	_ 10	14.838.369,62	16.596
2. Sonstige betriebliche Erträge	_ 11	137.802,77	3.701
3. Materialaufwand	_ 12		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		18.366,09	10
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		3.230.391,55	3.060
		<u>3.248.757,64</u>	<u>3.070</u>
4. Personalaufwand	_ 13		
a) Gehälter		7.555.496,03	8.134
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		1.429.546,43	1.505
		<u>8.985.042,46</u>	<u>9.639</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		423.468,78	588
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	_ 14	2.299.290,07	2.560
Betriebsergebnis		19.613,44	4.440
7. Erträge aus Beteiligungen	_ 15	1.308.250,19	1.265
8. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	_ 16	23.805.461,74	19.337
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	_ 17	366.225,36	143
10. Aufwendungen aus Verlustübernahme	_ 18	31.175.991,60	27.299
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	_ 19	1.193.576,86	1.292
Ergebnis vor Steuern		-6.870.017,73	-3.406
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	_ 20	622.816,75	1.937
Ergebnis nach Steuern		-7.492.834,48	-5.343
13. Sonstige Steuern		4.251,04	-311
14. Ertrag aus der Ausgleichsverpflichtung	_ 21	7.793.000,00	7.000
Jahresüberschuss		295.914,48	1.968

Anhang

Form und Darstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften und den ergänzenden Vorschriften des GmbHG und des Gesellschaftsvertrags aufgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert. Der Einzelabschluss der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen, Aachen, (E.V.A.), eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Aachen unter HRB 956, wird in den Konzernabschluss der E.V.A. einbezogen, die den Konzernabschluss für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen aufstellt, der zusammen mit dem Konzernlagebericht im Bundesanzeiger offengelegt wird.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten erfasst und planmäßig linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von drei bis fünf Jahren abgeschrieben.

Das Sachanlagevermögen ist zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Zu den Herstellungskosten gehören die Materialkosten, die Fertigungskosten und die Sonderkosten der Fertigung sowie angemessene Teile der Materialgemeinkosten, der Fertigungsgemeinkosten und des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit diese durch die Fertigung veranlasst sind. Zinsen für Fremdkapital gehören nicht zu den Herstellungskosten.

Die Abschreibungen werden planmäßig linear und für Zugänge vor 2008 – soweit möglich – degressiv entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von einem bis 17 Jahren vorgenommen. Für Zugänge ab 2008 wird ausschließlich nach der linearen Methode abgeschrieben.

Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten zwischen 60 Euro und 150 Euro werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben. Vermögensgegenstände zwischen 150 Euro und 1.000 Euro werden in einen Sammelposten eingestellt und linear über fünf Jahre abgeschrieben.

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Das Wahlrecht für außerplanmäßige Abschreibungen – bei voraussichtlich nicht dauernder Wertminderung – wird nicht ausgeübt. Die Anteile an der Aachener Straßenbahn und Energieversorgungsaktiengesellschaft, Aachen, (ASEAG) bilanziert die E.V.A. mit einem Buchwert von 11.034 TEuro, der den Anschaffungskosten entspricht.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bilanziert.

Für die Pensionsrückstellungen wurde die versicherungsmathematische Berechnung unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens vorgenommen. Dabei wurden unter Anwendung der Erleichterungsvorschrift des § 253 (2) Satz 2 HGB ein durchschnittlicher Marktzins aus den vergangenen zehn Jahren von 3,21 Prozent angesetzt. Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB bei der Anwendung eines durchschnittlichen Marktzinses aus den vergangenen sieben Jahren (2,32 Prozent) beträgt 365 TEuro. Darüber hinaus wurden eine Bezügedynamik von 2,3 Prozent und eine altersabhängige Fluktuation nach Standardtabelle des Versicherungsmathematikers zugrunde gelegt. Die angenommene Rentensteigerung beträgt 1 Prozent. Zudem wurden die Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Auf Basis des 10-Jahres-Zinssatzes ergibt sich aus der Umstellung der Sterbetafeln im Vergleich „RT 2018 G“ zu „RT 2005 G“ ein Effekt in Höhe von -3 TEuro, der erfolgswirksam aufgelöst wurde. Der in den Rückstellungszuführungen enthaltene Zinsanteil inklusive des Effekts aus der Zinsänderung wird unter der Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen ausgewiesen. Der Zinseffekt beträgt im Geschäftsjahr 150 TEuro.

Für die Jubiläumsrückstellungen wurde die versicherungsmathematische Berechnung unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens vorgenommen. Dabei wurden ein Zinssatz von 2,32 Prozent sowie eine erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung von 2,3 Prozent p. a. zugrunde gelegt.

Für erkennbare Risiken und ungewisse Verpflichtungen sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung Rückstellungen gebildet worden, die mit ihren (notwendigen) Erfüllungsbeträgen passiviert wurden.

Die Verbindlichkeiten werden ebenfalls mit ihren Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Latente Steuern werden für zeitliche, sich in der Zukunft voraussichtlich umkehrende Differenzen zwischen den handels- und steuerrechtlichen Bilanzansätzen gebildet, soweit dies nach § 274 HGB zulässig ist. Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung würde in der Bilanz als passive latente Steuer angesetzt werden. Im Falle einer Steuerentlastung würde vom entsprechenden Aktivierungswahlrecht kein Gebrauch gemacht werden. Im Geschäftsjahr ergab sich insgesamt eine – nicht bilanzierte – aktive latente Steuer.

Erläuterungen zur Bilanz

Die Entwicklung des Anlagevermögens und der Abschreibungen im Geschäftsjahr ergibt sich aus dem Anlagenspiegel.

	Stand am 1.1.2018 Euro	Zugänge Euro	Abgänge Euro	Stand am 31.12.2018 Euro
Anschaffungs-/Herstellungskosten				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Software	5.314.412,36	69.270,76	0,00	5.383.683,12
II. Sachanlagen				
Betriebs- und Geschäftsausstattung	739.661,29	97.405,02	83.891,38	753.174,93
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	53.722.346,11	0,00	0,00	53.722.346,11
2. Beteiligungen	2.807.481,45	0,00	0,00	2.807.481,45
3. Sonstige Ausleihungen	7.592,64	0,00	257,92	7.334,72
	<u>56.537.420,20</u>	<u>0,00</u>	<u>257,92</u>	<u>56.537.162,28</u>
	62.591.493,85	166.675,78	84.149,30	62.674.020,33
Abschreibungen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Software	4.746.234,36	377.732,76	0,00	5.123.967,12
II. Sachanlagen				
Betriebs- und Geschäftsausstattung	628.687,29	45.736,02	83.891,38	590.531,93
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00			0,00
2. Beteiligungen	0,00			0,00
3. Sonstige Ausleihungen	0,00			0,00
	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
	5.374.921,65	423.468,78	83.891,38	5.714.499,05
Buchwerte				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Software	568.178,00			259.716,00
II. Sachanlagen				
Betriebs- und Geschäftsausstattung	110.974,00			162.643,00
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	53.722.346,11			53.722.346,11
2. Beteiligungen	2.807.481,45			2.807.481,45
3. Sonstige Ausleihungen	7.592,64			7.334,72
	<u>56.537.420,20</u>			<u>56.537.162,28</u>
	57.216.572,20			56.959.521,28

_1 Der vollständige unmittelbare und mittelbare Anteilsbesitz der E.V.A. im Sinne des § 285 Nr. 11 HGB ist in einer gesonderten Übersicht im Anhang angegeben.

_2 Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** betreffen in Höhe von 9 TEuro (Vorjahr: 28 TEuro) Unternehmen, mit denen ein mittelbares Beteiligungsverhältnis besteht.

Die **Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, setzen sich ausschließlich aus der unmittelbaren Beteiligung an der regio iT zusammen. Darin ist im Wesentlichen ein Darlehen in Höhe von 4.000 TEuro enthalten, das mit Gegenforderungen aus IT-Dienstleistungen verrechnet wurde.

Die **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** gliedern sich wie folgt:

	2018 TEuro	2017 TEuro
STAWAG	20.714	22.838
FACTUR	83	22
STAWAG Energie	26	22
STAWAG Energiedienstleistung	0	1
APAG	16	4
STAWAG Abwasser	1	4
ESBUS	0	1
ASEAG Reisen	2	1
STAWAG Energie Komplementär	0	1
Regionetz	15	0
FOURMANAGEMENT	0	2

Sie ergeben sich mit 23.805 TEuro hauptsächlich aus der Gewinnabführung der STAWAG. Mit den Forderungen wurden Verbindlichkeiten in Höhe von 3.415 TEuro aufgerechnet, die im Wesentlichen aus anrechenbaren Steuern sowie der Umsatzsteuer-Organschaftsabrechnung der STAWAG resultieren. Die Forderungen beinhalten Steuererstattungsansprüche in Höhe von 5.811 TEuro.

Im Berichtsjahr gibt es, wie im Vorjahr, keine Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

_3 Die Position **Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten** enthält im Wesentlichen Guthaben bei Kreditinstituten aus dem Cash-Pool-Masterkonto.

_4 An dem **Stammkapital** sind die Stadt Aachen mit einer Stammeinlage von insgesamt 14.049 TEuro und die StädteRegion Aachen mit einer Stammeinlage von 1 TEuro beteiligt.

Die **Kapitalrücklage** nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB beträgt wie im Vorjahr 43.753 TEuro.

_5 Am 1. Januar 2012 wurde eine Betriebsvereinbarung zur betrieblichen Altersversorgung geschlossen, die den Mitarbeitern ab dem 1. Januar 2012 einen Rechtsanspruch auf Ruhegeld gewährt.

_6 Aus den Ertragsteuerberechnungen ergeben sich zum Bilanzstichtag grundsätzlich Guthaben, die unter den Forderungen ausgewiesen werden. So auch ein Gewerbesteuererstattungsanspruch gegenüber der Gesellschafterin Stadt Aachen. Die **Steuerrückstellungen** resultieren dagegen aus Gewerbesteuerpflichtungen gegenüber den Kommunen der StädteRegion.

_7 Die **sonstigen Rückstellungen** betreffen hauptsächlich Verpflichtungen aus dem Personalbereich, Aufwendungen für Beiträge, Prüfungskosten, Archivierung und Prozesskosten.

_8 Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** betreffen ausschließlich die ASEAG und resultieren mit 13.387 TEuro (Vorjahr: 7.385 TEuro) aus dem Cash-Pooling, mit 4.300 TEuro aus einem Darlehen und mit 31.176 TEuro (Vorjahr: 27.299 TEuro) aus der vertraglichen Verlustübernahme. Mit den Verbindlichkeiten wurden Forderungen aus Verwaltungsdienstleistungen und aus der Umsatzsteuer-Organschaftsabrechnung verrechnet. Diese Forderungen haben ebenfalls eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

_9 Die **Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern** resultieren, wie im Vorjahr, mit 10.000 TEuro aus einem Darlehen der Stadt Aachen und mit 2.584 TEuro aus einem Darlehen der StädteRegion Aachen. Die Darlehen haben wie im Vorjahr eine Laufzeit von mehr als fünf Jahren. Die Restlaufzeiten sämtlicher Verbindlichkeiten zeigt die nachfolgende Übersicht:

Die Restlaufzeiten sämtlicher Verbindlichkeiten zeigt die nachfolgende Übersicht:

Verbindlichkeitspiegel	31.12.2018 gesamt TEuro	Restlaufzeiten			31.12.2017 gesamt TEuro	Restlaufzeiten		
		bis 1 Jahr TEuro	größer 1 Jahr TEuro	davon größer 5 Jahre TEuro		bis 1 Jahr TEuro	größer 1 Jahr TEuro	davon größer 5 Jahre TEuro
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	162	162	0	0	201	201	0	0
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	49.782	49.782	0	0	39.234	39.234	0	0
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaften, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0	0	0	150	150	0	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	12.584	38	12.546	12.546	12.584	38	12.546	12.546
5. Sonstige Verbindlichkeiten	24.356	356	24.000	24.000	27.051	3.051	24.000	24.000
davon aus Steuern	119	119	0	0	3.130	3.130	0	0
davon aus sozialen Abgaben	0	0	0	0	1	1	0	0
	86.884	50.338	36.546	36.546	79.220	42.674	36.546	36.546

Haftungsverhältnisse

Die bei der STAWAG zur Finanzierung von Investitionen bestehenden Darlehen in Höhe von 131.217 TEuro (Vorjahr: 115.850 TEuro) enthalten die Bedingung, dass das Beteiligungsverhältnis zur E.V.A. und der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der STAWAG und der E.V.A. in vollem Umfang aufrechterhalten bleiben.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Verträgen über IT-Dienstleistungen mit einer Laufzeit von bis zu fünf Jahren in Höhe von 2.837 TEuro.

Finanzielle Verpflichtungen bestehen auch im Zusammenhang mit dem Ergebnisabführungsvertrag mit der ASEAG. Gemäß den Planungen der ASEAG werden sich in den nächsten Jahren weiterhin Verluste ergeben, die durch den Ergebnisabführungsvertrag von der E.V.A. ausgeglichen werden. Für das Geschäftsjahr 2019 erwartet die ASEAG einen Verlustausgleich in Höhe von 30.546 TEuro. Die Verlustausgleichsverpflichtungen sind in der Planung der E.V.A. für die kommenden Jahre bereits berücksichtigt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

_10 Die Umsatzerlöse aus Verwaltungsdienstleistungen gliedern sich wie folgt:

	2018 TEuro	2017 TEuro
für verbundene Unternehmen	13.494	15.281
für sonstige Kunden	1.344	1.316
	14.838	16.597

_11 Die sonstigen betrieblichen Erträge bestanden im Vorjahr mit 3.574 TEuro überwiegend aus dem Abgang der Finanzanlagen von Geschäftsanteilen an der regio iT.

_12 Die Aufwendungen für bezogene Leistungen resultieren hauptsächlich aus EDV-Leistungen von 2.936 TEuro (Vorjahr: 2.684 TEuro). Von den Materialaufwendungen wurden insgesamt 16 TEuro (Vorjahr: 5 TEuro) von verbundenen Unternehmen berechnet.

_13 Die Personalaufwendungen beinhalten die Vergütungen von durchschnittlich 122 Mitarbeitern (Vorjahr: 130), davon 97 Vollzeit- (Vorjahr: 104) und 25 Teilzeitkräfte (Vorjahr: 26). Die Aufwendungen für Altersversorgung belaufen sich auf 176 TEuro (Vorjahr: 128 TEuro).

_14 Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen im Wesentlichen Mieten für Geschäftsräume in Höhe von 750 TEuro (Vorjahr: 752 TEuro), Prüfungs- und Beratungskosten in Höhe von 621 TEuro (Vorjahr: 612 TEuro), Versicherungsbeiträge in Höhe von 163 TEuro (Vorjahr: 162 TEuro) sowie Fortbildungsaufwendungen in Höhe von 112 TEuro (Vorjahr: 108 TEuro). Insgesamt wurden 777 TEuro (Vorjahr: 817 TEuro) von verbundenen Unternehmen berechnet.

_15 Die Erträge aus Beteiligungen resultieren mit 1.142 TEuro (Vorjahr: 1.099 TEuro) aus der Ausschüttung der regio iT und mit 166 TEuro (Vorjahr: 166 TEuro) aus der Dividende der gewoge.

_16 Bei den Erträgen aus Gewinnabführungsverträgen handelt es sich um die Gewinnabführung der STAWAG in Höhe von 23.805 TEuro (Vorjahr: 19.337 TEuro).

_17 Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge resultieren mit 349 TEuro (Vorjahr: 130 TEuro) aus Steuererstattungsansprüchen.

_18 Bei den Aufwendungen aus Verlustübernahme handelt es sich um den Verlust der ASEAG in Höhe von 31.176 TEuro (Vorjahr: 27.299 TEuro).

_19 Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen betreffen mit 30 TEuro (Vorjahr: 30 TEuro) verbundene Unternehmen und mit 38 TEuro (Vorjahr: 38 TEuro) Gesellschafterdarlehen. In den Zinsaufwendungen sind die Zinsanteile aus Rückstellungszuführungen für Pensionen von 182 TEuro (Vorjahr: 110 TEuro), für Jubiläumspflichten von 5 TEuro (Vorjahr: 2 TEuro) und für Abgangspflichten von 3 TEuro (Vorjahr: 2 TEuro) ausgewiesen.

_20 Für das Geschäftsjahr belaufen sich die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag auf 718 TEuro Körperschaftsteuer (Vorjahr: 570 TEuro) und 1.194 TEuro Gewerbesteuer (Vorjahr: 505 TEuro).

Ertragssteuererstattungsansprüche für Vorjahre in Höhe von 1.289 TEuro (Vorjahr Nachzahlung: 862 TEuro) resultieren ausschließlich aus der letzten steuerlichen Betriebsprüfung.

Aufgrund der unterschiedlichen Bewertungsansätze in der Handels- und Steuerbilanz ergeben sich beim Organträger und den Organgesellschaften im Berichtsjahr temporäre

Differenzen, die gemäß § 285 Nr. 29 HGB zu erläutern sind. Hieraus ergeben sich aktive latente Steuern in Höhe von 64.996 TEuro sowie passive latente Steuern in Höhe von 6.863 TEuro. Insgesamt verbleibt ein Überhang von aktiven latenten Steuern in Höhe von 58.133 TEuro. Die sich rechnerisch ergebende Steuerentlastung wurde nach dem Wahlrecht des § 274 HGB im Berichtsjahr nicht aktiviert. Die Bewertungsunterschiede und die latenten Steuern stellen sich wie folgt dar:

_21 Aufgrund der Anpassung des Gesellschaftervertrags vom 10. Dezember 2013 ist die Stadt Aachen verpflichtet, denjenigen Betrag auszugleichen, der erforderlich ist, damit das handelsbilanzielle Eigenkapital gemäß § 266 Abs. 3 A. HGB der Hälfte des Stammkapitals entspricht. Dies war im Vorjahr nicht erforderlich. Im Berichtsjahr 2018 leistete die Stadt Aachen eine weitere freiwillige Einlage in Höhe von 7.793 TEuro (Vorjahr: 7.000 TEuro).

Bilanz-Posten	Buchwerte				Latente Steuern	
	laut Handelsbilanz TEuro	laut Steuerbilanz TEuro	Differenz TEuro	Steuersatz	aktiv TEuro	passiv TEuro
Aktiva						
Immaterielle Vermögensgegenstände	123	79	-44	32,45 %	0	-14
Sachanlagen	468.974	470.360	1.386	32,45 %	859	-406
Finanzanlagen (Beteiligungen Kapitalgesellschaften, sonst.)	122.614	120.806	-1.808	32,45 %	690	-1.280
Finanzanlagen (Beteiligungen Personengesellschaften)	86.610	66.226	-20.384	15,83 %	1.759	-4.986
Forderungen	71.630	71.660	30	32,45 %	10	0
Vorräte	101	601	500	32,45 %	163	0
Wertpapiere UV (Beteiligungen Personengesellschaften)	21.682	25.517	3.835	15,83 %	615	-8
Rechnungsabgrenzungsposten	1.668	1.734	66	32,45 %	22	0
Summe Aktiva	773.402	756.983	-16.419		4.118	-6.694
Passiva						
Rückstellungen	426.096	240.052	186.044	32,45 %	60.875	-169
Verbindlichkeiten	242.340	242.331	9	32,45 %	3	0
Summe Passiva	668.436	482.383	186.053		60.878	-169
Aktivüberhang aus Differenz			169.634		58.133	

Anteils

Anteilsbesitz >>

Anteilsbesitz der E.V.A.

zum 31. Dezember 2018

	Eigenkapital TEuro	Beteiligung %	Ergebnis 2018 TEuro
Anteile an verbundenen Unternehmen (konsolidiert)			
Stadtwerke Aachen AG (STAWAG), Aachen	173 108	100,0	0 ³⁾
STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie), Aachen	80 764	100,0 ²⁾	0 ³⁾
Regionetz GmbH (vormals INFRAWEST GmbH) (Regionetz), Aachen	269 214	50,8 ²⁾	0 ³⁾¹⁵⁾
FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR), Aachen	467	100,0 ²⁾	0 ³⁾
Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG (ASEAG), Aachen	9 332	94,9	0 ³⁾
Aachener Parkhaus GmbH (APAG), Aachen	1 911	100,0 ¹⁾	0 ³⁾
STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG, Simmerath	3 408	100,0 ¹⁷⁾	-77
STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG, Monschau	3 548	100,0 ¹⁷⁾	-114
Energiewerke Waldbröl GmbH (Eww), Waldbröl	1 160	51,0 ²⁾	0 ³⁾
STAWAG Abwasser GmbH, Aachen	25	100,0 ¹⁷⁾	0 ³⁾
Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG (Giebelstadt), Aachen	7 443	80,0 ⁴⁾	1 046
Solar Power Turnow West I GmbH & Co. KG (Turnow West I), Aachen	2 153	59,9 ⁴⁾	513
Solar Power Turnow West II GmbH & Co. KG (Turnow West II), Aachen	1 909	59,9 ⁴⁾	620
Solarpark Gödenroth GmbH & Co. KG (SP Gödenroth), Aachen	609	100,0 ⁴⁾	67
Solarpark Ilbesheim GmbH & Co. KG (SP Ilbesheim), Aachen	1 351	100,0 ⁴⁾	293
Windpark Laudert GmbH & Co. KG (WP Laudert), Aachen	2 432	100,0 ⁴⁾	377
Windpark Riegenroth GmbH & Co. KG (Riegenroth), Aachen	6 315	59,0 ⁴⁾	615
Anteile an verbundenen Unternehmen (nicht konsolidiert)			
Windpark Simmerath GmbH & Co. KG (WP Simmerath), Aachen	10 858	100,0 ⁴⁾	1 420
Windpark Aachen-Nord GmbH & Co. KG (WP Aachen-Nord), Aachen	5 594 ⁵⁾	100,0 ⁴⁾	311 ⁵⁾
Windpark Fischbachhöhe GmbH & Co. KG (WP Fischbachhöhe), Aachen	2 369 ⁵⁾	100,0 ⁴⁾	-33 ⁵⁾
Windpark Monschau GmbH & Co. KG (WP Monschau), Aachen	6 392 ⁵⁾	100,0 ⁴⁾	78 ⁵⁾
Windpark Münsterwald GmbH & Co. KG (WP Münsterwald), Aachen	3 ⁵⁾	100,0 ⁴⁾	0 ⁵⁾
Infrastruktur Turnow West GmbH & Co. KG (Infrastruktur Turnow), Aachen	0 ¹⁰⁾	100,0 ⁶⁾	-31
STAWAG Infrastruktur Simmerath Verwaltungs GmbH, Simmerath	29 ⁵⁾	100,0 ¹⁷⁾	0 ⁵⁾
STAWAG Infrastruktur Monschau Verwaltungs GmbH, Monschau	29 ⁵⁾	100,0 ¹⁷⁾	0 ⁵⁾
FOURMANAGEMENT GmbH, Düsseldorf	1 028 ⁵⁾	50,2 ¹¹⁾	553 ⁵⁾
Unterstützungseinrichtung „Akreka“ GmbH (Akreka), Aachen	893 ⁷⁾	100,0 ¹⁾	0
ASEAG-Reisen GmbH (ARG), Aachen	223	100,0 ¹⁾	0 ³⁾
ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH (ESBUS), Eschweiler	26	100,0 ¹⁾	0 ³⁾
STAWAG Energie Komplementär GmbH (STAWAG Energie Komplementär), Aachen	115	100,0 ⁴⁾	23
Solaranlage Giebelstadt II Verwaltungs GmbH (SA Giebelstadt Verwaltung), Aachen	36 ⁵⁾	80,0 ⁴⁾	6 ⁵⁾

	Eigenkapital TEuro	Beteiligung %	Ergebnis 2018 TEuro
Wesentliche Beteiligungen			
regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT), Aachen	4 728	48,5	2 563
vote iT GmbH (vote iT), Aachen	478	86,0 ⁸⁾	398
cogniport Beratungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (cogniport), Monschau	40	100,0 ⁸⁾	-6
Trianel GmbH (Trianel), Aachen	85 442 ⁵⁾	12,0 ²⁾	1 504 ⁵⁾
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG (TGH), Aachen	0 ⁵⁾¹⁶⁾	16,9 ²⁾	-18 202 ⁵⁾
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG (TGE), Aachen	23 953 ⁵⁾	13,7 ²⁾	3 056 ⁵⁾
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG (TKL), Aachen	0 ⁵⁾¹⁴⁾	8,5 ²⁾	-52 000 ⁵⁾
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG (TWB), Aachen	285 438 ⁵⁾	4,8 ⁴⁾	-9 503 ⁵⁾
Stadtwerke Lübeck GmbH (Lübeck), Lübeck	125 764 ⁵⁾	25,1 ²⁾	0 ⁵⁾¹²⁾
STAWAG Solar GmbH (STAWAG Solar), Aachen	33 216 ⁵⁾	40,0 ⁴⁾	2 543 ⁵⁾
WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG), Roetgen	21 041 ⁵⁾	50,0 ²⁾	2 710 ⁵⁾
StadtWerke Rösrath – Energie GmbH (Rösrath), Rösrath	4 315 ⁵⁾	49,0 ²⁾	-331 ⁵⁾
enewa GmbH (enewa), Wachtberg	4 047 ⁵⁾	49,0 ²⁾	-149 ⁵⁾
Gemeindewerke Ruppichterath GmbH, Ruppichterath	3 127 ⁵⁾	49,0 ²⁾	24 ⁵⁾
Wilken Pro GmbH (Wilken Pro), Ulm	114 ⁵⁾	49,0 ¹¹⁾	-230 ⁵⁾
Solarpark Ronneburg GmbH & Co. KG (Ronneburg), Aachen	4 885	46,0 ⁴⁾	1 139
Windpark Beltheim II GmbH & Co. KG (Beltheim II), Aachen	4 960	49,9 ⁴⁾	561
Windpark Oberwesel II GmbH & Co. KG (Oberwesel II), Aachen	3 121 ⁹⁾	49,0 ⁴⁾	315 ⁹⁾
Windpark Oberwesel III GmbH & Co. KG (Oberwesel III), Aachen	3 070 ⁹⁾	49,0 ⁴⁾	284 ⁹⁾
ELWEA GmbH (ELWEA), Bottrop	785 ⁵⁾	49,0 ⁴⁾	-25 ⁵⁾
Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (Trave EE), Lübeck	3 205 ⁵⁾	50,0 ⁴⁾	-672 ⁵⁾
Windmüllerei Broderstorf IV GmbH & Co. KG, Lübeck	408 ⁵⁾	100,0 ¹³⁾	310 ⁵⁾
Trave Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (Trave EE Verwaltung), Lübeck	33 ⁵⁾	100,0 ¹³⁾	2 ⁵⁾
Trave Erneuerbare Energien Beteiligungs-Komplementär GmbH (Trave EE Beteiligung), Lübeck	31 ⁵⁾	100,0 ¹³⁾	2 ⁵⁾
NetAachen GmbH (NetAachen), Aachen	10 467 ⁵⁾	16,0 ²⁾	2 009 ⁵⁾
smartlab Innovationsgesellschaft mbH, Aachen	635 ⁵⁾	35,0 ²⁾	-252 ⁵⁾
Institut für Wasser- und Abwasseranalytik GmbH (IWA), Aachen	64 ⁵⁾	46,0 ²⁾	-3 ⁵⁾
Power Tower I Bruchteileigentümergeinschaft (Power Tower I BEG), Aachen	149 ⁵⁾	25,0 ²⁾	121 ⁵⁾
PSW Rönkhausen GmbH & Co. KG (PSW Rönkhausen), Hagen	10 913 ⁹⁾	50,0 ²⁾	213 ⁹⁾
Windpark Bühnsdorf GmbH & Co. KG (WP Bühnsdorf), Lübeck	0	100,0 ¹³⁾	0
Regio Nord Wind GmbH (Regio Nord), Hamburg	20 ⁵⁾	50,0 ¹³⁾	-2 ⁵⁾

1) Anteile werden gehalten über ASEAG
 2) Anteile werden gehalten über STAWAG
 3) nach Ergebnisabführung; ohne Bilanzgewinn
 4) Anteile werden gehalten über STAWAG Energie GmbH
 5) Wertansätze zum 31. Dezember 2017
 6) Anteile werden durch Turnow West I GmbH & Co. KG und Turnow West II GmbH & Co. KG gehalten
 7) Eigenkapital inklusive Deckungsrücklage
 8) Anteile werden gehalten über regio iT
 9) vorläufige Jahresabschlusszahlen

10) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 275 TEuro ausgewiesen
 11) Anteile werden gehalten über FACTUR Billing Solutions GmbH
 12) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 27.603 TEuro
 13) Anteile werden gehalten über Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG
 14) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 56.451 TEuro ausgewiesen.
 15) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 28.701 TEuro
 16) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 3.895 TEuro ausgewiesen.
 17) Anteile werden über Regionetz GmbH gehalten

Sonstige Angaben

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung bestehen aus einer Festvergütung und betragen im Berichtsjahr 14.488,56 Euro.

Name	Festvergütung in Euro
Dr. Christian Becker	7.244,28
Michael Carmincke	7.244,28

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit eine pauschale Aufwandsentschädigung gemäß § 11 des Gesellschaftsvertrags, dabei erhalten der Vorsitzende den 2-fachen und die stellvertretenden Vorsitzenden den 1,5-fachen Betrag. Darüber hinaus wird pro Sitzung und Teilnehmer ein Betrag von 50 Euro vergütet.

Mitglieder des Aufsichtsrats	Gesamtbezüge in Euro
Marcel Philipp, Vorsitzender	6.248
Helmut Etschenberg, 1. stellv. Vorsitzender	4.100
Leo Buse, 2. stellv. Vorsitzender bis 29.06.2018	3.565
Manfred Wiemers, 2. stellv. Vorsitzender ab 29.06.2018	2.146
Gaby Breuer	2.950
Dieter Claßen	2.950
Leo Deumens	2.950
Guido Finke	1.514
Karl-Heinz Goldin	1.443
Kurt Lennartz	1.443
Iris Lürken	2.850
Michael Rau	2.950
Frank Reichmann	2.950
Karl Schultheis	2.950
Michael Servos	2.800
Marc Teuku	2.850
Wilfried Warmbrunn	1.514
Bernhard Wilhelm	1.343

Die Angabe der im Geschäftsjahr erfassten Abschlussprüfer-Honorare im Sinne des § 285 Nr. 17 HGB erfolgt im Konzernanhang.

Nachtragsbericht

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge oder Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die das im vorliegenden Abschluss vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft wesentlich beeinflussen.

Gewinnverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt dem Aufsichtsrat vor, den Jahresüberschuss in Höhe von 295.914,48 Euro mit dem Verlustvortrag zu verrechnen.

Aachen, den 24. Mai 2019

Energieversorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mbH Aachen

Die Geschäftsführung



Dr. Christian Becker



Michael Carmincke

49.516

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

– entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und

– vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutref-

hend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür,

dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Bericht des Aufsichtsrats

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Duisburg, den 24. Mai 2019

PKF FASSELT SCHLAGE
Partnerschaft mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Rechtsanwälte



Jahn
Wirtschaftsprüfer



Pentschev
Wirtschaftsprüfer

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 sowie der Lagebericht sind von der in der Gesellschafterversammlung am 29. Juni 2018 zum Abschlussprüfer bestellten PKF Fasselt Schlage Partnerschaft mbB, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Berlin, geprüft worden. Der Bestätigungsvermerk gemäß § 322 HGB zum Jahresabschluss und Lagebericht wurde ohne Einschränkung erteilt.

Der Aufsichtsrat hat aufgrund regelmäßiger Berichte der Geschäftsführung sowie in seinen Sitzungen während des Geschäftsjahres durch Erörterungen über Lage und Entwicklung der Gesellschaft unter Einbeziehung der Konzernunternehmen seiner gesetzlichen Prüfungs- und Überwachungspflicht entsprochen. Er hat von dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses sowie des Lageberichts durch den Abschlussprüfer zustimmend Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat billigt den aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 und den Lagebericht und empfiehlt die Feststellung des Jahresabschlusses durch die Gesellschafterversammlung.

Aachen, den 28. Juni 2019

Der Aufsichtsrat



Philipp
Vorsitzender

(Der vorstehende Bestätigungsvermerk bezieht sich auf den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 (Bilanzsumme EUR 110.230.330,90; Jahresüberschuss EUR 295.914,48) und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018 der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen.)

Bericht

Berichterstattung
über den Konzern >>

Konzernlagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen, (E.V.A.) ist in ihrer Doppelfunktion als geschäftsführende Holding und als Dienstleistungsgesellschaft für sämtliche Konzern- und Beteiligungsgesellschaften tätig.

Die Geschäftsgrundlage für ihre Stellung als Holding bilden die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit den Gesellschaften Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG, Aachen, (ASEAG) und Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen, (STAWAG) die als zentrale Säulen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzusehen sind und für den kommunalen und steuerlichen Querverbund stehen.

Das Dienstleistungsgeschäft basiert auf den mit den Konzerngesellschaften abgeschlossenen Dienstleistungsverträgen für kaufmännisch-administrative Tätigkeiten sowie für Gebäudedienstleistungen.

Gemäß Gesellschaftsvertrag der E.V.A. besteht für die Stadt Aachen eine Ausgleichspflicht, um eine bilanzielle Überschuldung der Gesellschaft zu vermeiden und den wirtschaftlichen Fortbestand der Gesellschaft zu sichern. Die Stadt Aachen verpflichtet sich, einen Verlustausgleich zu leisten, wenn das handelsbilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft gemäß § 266 Abs. 3 A. HGB die Hälfte des Stammkapitals unterschreitet. Die Summe der jährlich auszugleichenden Beträge soll 70 Mio. Euro nicht überschreiten. Zur Stärkung des Eigenkapitals hat die Stadt Aachen 7,8 Mio. Euro für 2018 geleistet.

Die **ASEAG** legt den Fokus ihrer Geschäftstätigkeit derzeit auf den Betrieb von Omnibuslinien zur Personenbeförderung in der Region Aachen, auf den Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und von Parkplätzen und auf die Erprobung alternativer Antriebsformen und Mobilitätskonzepte.

Dabei werden sämtliche Aktivitäten im Hinblick auf den Bau und auf die Bewirtschaftung von Parkhäusern und von Parkplätzen durch die hundertprozentige Tochtergesellschaft Aachener Parkhaus GmbH, Aachen, (APAG) wahrgenommen, so dass bezüglich dieser Aktivitäten auf den Geschäftsbericht der APAG verwiesen wird.

Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG durch ihre Aufgabenträger Stadt Aachen und StädteRegion Aachen bis zum Jahr 2027 ist die Basis geschaffen worden, den neuen Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW gerecht zu werden.

Darüber hinaus bleibt ein Ziel der ASEAG, sich den ökonomischen und den ökologischen Anforderungen unserer Gesellschaft zu stellen und damit den Bürgern der StädteRegion Aachen einen nutzerorientierten ÖPNV anzubieten. Zur Konkretisierung dieses Ziels gehört auch, den zunehmenden Anforderungen an eine reduzierte Schadstoffemission gerecht zu werden und dies möglichst wirtschaftlich zu gestalten. Nachdem im Februar 2016 die Umweltzone in Aachen eingeführt wurde, folgte im Sommer 2016 die Umweltzone in Eschweiler. Inzwischen drohen aufgrund der Entwicklungen rund um den deutschlandweiten „Dieselskandal“ – trotz fortgeschriebenen Luftreinhalteplans – der Stadt Aachen unter Umständen Fahrverbote, die eine erhebliche Beeinträchtigung des Betriebs darstellen würden.

Die **STAWAG** ist der Dienstleister rund um Energie und Wasser in Aachen. Kernaufgabe des Unternehmens ist die Versorgung der Aachener Bürgerinnen und Bürger mit Strom, Gas, Wasser und Wärme. Darüber hinaus bietet die STAWAG ihren Kunden umfassende Beratungs- und Serviceleistungen zum umweltschonenden und effizienten Einsatz von Energie. Die Tochtergesellschaften der STAWAG sind verantwortlich für den Betrieb und für die Unterhaltung der Versorgungsnetze sowie der städtischen Abwasserkanäle und für den zukunftsweisenden Ausbau der Eigenerzeugung, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien. Darüber hinaus werden für lokal und bundesweit agierende Vertriebe, wie auch für Verteilnetzbetreiber, effiziente Kundenservice-, Markt- und Abrechnungsprozesse modular im Kundenzuschnitt angeboten. Das Geschäftsjahr 2018 der STAWAG war von umfangreichen strukturellen und rechtlich organisatorischen Veränderungen geprägt. So haben die STAWAG und die EWW Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, Stolberg, (EWW) ihren gemeinsamen Netzbetrieb in einer großen Netzgesellschaft, der Regionetz GmbH, Aachen, (Regionetz) zum 1. Januar 2018 aufgenommen. Die STAWAG hält dabei einen Gesellschafteranteil an der Regionetz von 50,8 Prozent, die EWW entsprechend einen von 49,2 Prozent.

Überdies hat die STAWAG die Wärmeversorgung zum 1. Januar 2018 in einem separaten Geschäftsbereich gebündelt. Hierdurch sollen eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung und eine gesamtheitliche Steuerung für die eigenen Wärmeerzeugungsanlagen, für das im Eigentum der STAWAG befindliche Wärmenetz und für das Endkundengeschäft sichergestellt werden.

Ebenso erfolgte im Geschäftsjahr 2018 die Neuordnung des Wassergewinnungsbereichs der STAWAG. Dabei haben die STAWAG und die enwor – energie und wasser vor ort GmbH, Herzogenrath, (enwor) ihre jeweils eigenen

Wassergewinnungs- und Aufbereitungsanlagen in der gemeinsamen Tochtergesellschaft WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH, Roetgen, (WAG) zusammengeführt. Die WAG hält damit das Eigentum an sämtlichen Wasserproduktionskapazitäten und übernimmt insofern die gebündelte und effiziente Steuerung der Wassergewinnungsressourcen in der StädteRegion Aachen.

Das operative Geschäft der STAWAG untergliedert sich in die Geschäftsfelder „Kraftwerke/Speicher“, „Wärme“, „Vertrieb“ und „Sonstige Geschäftsfelder“ sowie in die operativen Beteiligungen, die einen bedeutenden Ergebnisbeitrag für das Gesamtergebnis der STAWAG leisten und einer Beteiligungsquote der STAWAG von mindestens 50 Prozent unterliegen.

Das Geschäftsfeld „Kraftwerke/Speicher“ beinhaltet die Beteiligung an der Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG, Lünen, (TKL) mit einem bestehenden Stromliefervertrag zwischen der STAWAG und der TKL. Weiterhin sind dem Geschäftsfeld die Beteiligungen an der Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG, Aachen, (TGH) und der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG, Aachen, (TGE) zugeordnet.

Im Geschäftsfeld „Wärme“ wird das Wärme-geschäft inklusive des Fernwärmenetzes, der Inselnetze, der Wärmeerzeugungsanlagen und des Endkundengeschäftes der STAWAG abgebildet. Auf Basis eines zwischen der STAWAG und der Regionetz bestehenden technischen Betriebsführungsvertrags erbringt die Regionetz den Betrieb und die Instandhaltung sowie die Erneuerung und Erweiterung der Wärmeversorgungsanlagen inklusive der Wärmenetze und der Wärmeübernahme- bzw. -übergabeanlagen.

Im Geschäftsfeld „Vertrieb“ sind die lokalen und überregionalen Vertriebs- und Beschaffungsaktivitäten für die Sparten Strom, Gas und Wasser gebündelt.

Dem „sonstigen Geschäftsfeld“ sind die Dienstleistungsbeziehung zwischen der STAWAG und der Regionetz für die Erbringung zentraler Dienste und IT-Dienstleistungen, die Dienstleistungsbeziehung zwischen der STAWAG und der WAG für die Wassergewinnungsaktivitäten und für die Wasserlabordienstleistungen als auch das Straßenbeleuchtungs- und Abwassergeschäft abgebildet.

Aus den „operativen Beteiligungen“ vereinnahmt die STAWAG die Ergebnisbeiträge der Regionetz, der FACTUR Billing Solutions GmbH, Aachen, (FACTUR), der STAWAG Energie GmbH, Aachen, (STAWAG Energie) sowie der WAG.

In dem Geschäftsfeld „Stadtwerkebeteiligungen“ sind die Beteiligungen an der Stadtwerke Lübeck GmbH, Lübeck, (SW Lübeck; Anteilsquote: 25,1 Prozent), an der Gemeindewerke Ruppichterath GmbH, Ruppichterath, (GW Ruppichterath; Anteilsquote: 49 Prozent), an der StadtWerke Rösrath – Energie GmbH, Rösrath, (SWR-E; Anteilsquote: 49 Prozent), an der enewa GmbH, Wachtberg, (enewa; Anteilsquote: 49 Prozent) und an der Energiewerke Waldbröl GmbH, Waldbröl, (Eww; Anteilsquote: 51 Prozent) gebündelt.

Unter die sonstigen Beteiligungen fallen die NetAachen GmbH, Aachen, (NetAachen; Anteilsquote: 16 Prozent), die Trianel GmbH, Aachen, (Trianel; Anteilsquote: 11,97 Prozent), die smartlab Innovationsgesellschaft mbH, Aachen, (smartlab; Anteilsquote: 35 Prozent), die Technische Werke Naumburg GmbH, Naumburg, (TWN; Anteilsquote: 2 Prozent), das Institut für Wasser- und Abwasseranalytik GmbH, Aachen, (IWA; Anteilsquote: 46 Prozent) und die PSW Rönkhausen GmbH & Co. KG, Hagen, (PSW Rönkhausen; Anteilsquote: 50 Prozent).

Die **regio iT** gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT) mit Unternehmenssitz in Aachen und einer Niederlassung in Gütersloh ist ein etablierter und zertifizierter mittelständischer IT-Dienstleister für Kommunen, für kommunale Unternehmen, für Energie- und Entsorgungsunternehmen, für Schulen sowie für Non-Profit-Organisationen.

Die Gesellschaft verfolgt das Ziel, innovative und wettbewerbsfähige Lösungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ihrer Kunden anzubieten, damit diese ihrerseits mit ihren Leistungen am Markt wirtschaftlich erfolgreich sind. Die regio iT verfügt über eine umfassende Kenntnis der Prozesse ihrer Kunden und kann so ihre Lösungen optimal auf deren Bedürfnisse ausrichten. Mit einem Angebot über alle Wertschöpfungsstufen der IT und ihrer Integrationskompetenz verfügt die regio iT über ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal. Sie orientiert sich als kommunales Unternehmen mit ihrem Produktangebot und der Preisgestaltung am Markt und versteht sich als Teil des Wettbewerbs.

Die Beteiligung der regio iT an der vote iT GmbH, Aachen, (vote iT) beträgt 86 Prozent zum Jahresende 2018. Die vote iT versteht sich als Dienstleister und Berater rund um Softwarelösungen für Wahlen. Inzwischen konnten auch weitere strategische Partner als Gesellschafter der vote iT gewonnen werden, die ihrerseits Geschäfte in die Gesellschaft eingebracht haben.

Mit Kaufvertrag vom 14. Dezember 2017 hat die E.V.A. Geschäftsanteile der regio iT im Umfang von 10,77 Prozent an die Stadt Aachen übertragen. Die E.V.A. ist an der regio iT mit 48,5 Prozent beteiligt. Somit werden die regio iT und die vote iT im Konzernabschluss als assoziiertes Unternehmen nach der Equity-Methode bilanziert.

Die E.V.A. hält unverändert 5,9 Prozent der Geschäftsanteile an der gewoge AG, Aachen, (gewoge).

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2018 gekennzeichnet durch ein moderates Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) im Jahr 2018 um 1,5 Prozent höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit das neunte Jahr in Folge gewachsen.

Die positiven Impulse für das Wirtschaftswachstum in 2018 kamen aus dem Inland: Die privaten Konsumausgaben waren preisbereinigt um 1 Prozent höher als ein Jahr zuvor, die staatlichen Konsumausgaben stiegen mit +1,1 Prozent unterdurchschnittlich. Insbesondere die Bruttoinvestitionen waren preisbereinigt um 4,8 Prozent höher als 2017.

Die deutschen Ausfuhren konnten im Jahresdurchschnitt 2018 weiter zulegen: Die preisbereinigten Exporte von Waren und von Dienstleistungen waren um 2,4 Prozent höher als im Vorjahr. Die Importe legten im gleichen Zeitraum stärker zu (+3,4 Prozent). Der resultierende Außenbeitrag, also die Differenz zwischen Exporten und Importen, trug rein rechnerisch -0,2 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum bei.

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt 2018 von knapp 44,8 Mio. Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das ist der höchste Stand seit der deutschen Wiedervereinigung. Nach ersten Berechnungen waren im Jahr 2018 rund 562.000 Personen oder 1,3 Prozent mehr erwerbstätig als ein Jahr zuvor. Das entspricht der höchsten Zunahme seit dem Jahr 2007. Während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weiter anstieg, war die Summe der marginal Beschäftigten (darunter gering-

füige Beschäftigung) weiter rückläufig. Eine höhere Erwerbsbeteiligung sowie die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland gleichen altersbedingte demografische Effekte aus.

Der Staat erzielte im Jahr 2018 einen Überschuss in Höhe von 58 Mrd. Euro und beendete das Jahr nach vorläufigen Berechnungen zum fünften Mal in Folge mit einem Überschuss. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen, errechnet sich für den Staat im Jahr 2018 eine Überschussquote von 1,7 Prozent. (Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 018 vom 15. Januar 2019, Nr. 001 vom 2. Januar 2019)

Der Energieverbrauch in Deutschland ist 2018 deutlich zurückgegangen. Nach Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen sank der Verbrauch gegenüber dem Vorjahr um 5 Prozent auf 12.900 Petajoule beziehungsweise 440,2 Mio. Tonnen Steinkohleeinheiten. Damit liegt der Energieverbrauch in Deutschland auf dem niedrigsten Niveau seit Anfang der 1970er Jahre.

Für den geringen Energieverbrauch in Deutschland macht die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen vor allem die gestiegenen Preise, die milde Witterung sowie die Verbesserungen bei der Energieeffizienz verantwortlich. Die verbrauchssteigernde Wirkung der Faktoren Konjunktur und Bevölkerungszuwachs traten 2018 dagegen in den Hintergrund. Die Durchschnittstemperaturen in Deutschland lagen 2018 oberhalb der Werte des Vorjahres und deutlich oberhalb des langjährigen Mittels. Das Windaufkommen befand sich 2018 unter dem Vorjahreswert, jedoch über dem langjährigen Mittel. Demgegenüber lag die solare Einstrahlung im Jahresverlauf sowohl oberhalb des Vorjahres als auch oberhalb der Einstrahlung des langfristigen Mittels.

Die deutsche Gasnachfrage verminderte sich 2018 um insgesamt 7,3 Prozent. Ursächlich für diesen Rückgang waren neben der milden Witterung auch der weitere Anstieg der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien sowie die Preisentwicklung. Die erneuerbaren Energien steigerten ihren Beitrag zum gesamten Energieverbrauch 2018 insgesamt um 2,1 Prozent. Bei der Windkraft gab es einen Zuwachs von 7 Prozent, bei der Solarenergie gab es sogar einen Zuwachs um 16 Prozent. Die Biomasse verharrte dagegen auf dem Vorjahresniveau und bei der Wasserkraft war sogar ein Rückgang von rund 16 Prozent zu verzeichnen. (Quelle: AG Energiebilanzen e.V., Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2018, Stand: Dezember 2018)

Geschäftsverlauf

Im Folgenden werden die Geschäftsverläufe der einzelnen Konzerntöchter beschrieben:

ASEAG:

Das Ergebnis der ASEAG für das Geschäftsjahr 2018 hat mit -31,2 Mio. Euro das Planergebnis um 0,4 Mio. Euro verfehlt. Dabei fielen die Umsatzerlöse um 0,7 Mio. Euro höher aus als der Plan. Neben einer Steigerung der Verkehrserlöse um 0,2 Mio. Euro lag dies vor allem an höheren Nebenerlösen wie zum Beispiel Fahrzeugvermietungen, Sonderverkehre und Leistungen für andere Verkehrsunternehmen.

Aus sonstigen Erträgen ergaben sich positive Ergebniseffekte in Höhe von 1,2 Mio. Euro.

Davon betrafen 0,2 Mio. Euro Zuschüsse für die Umrüstung der Busse mit SCRT-Abgasfiltern, 0,4 Mio. Euro weitergeleitete Zuschüsse der Stadt Aachen aus der ÖPNV-Pauschale, 0,2 Mio. Euro Schadenersatzleistungen aufgrund verspäteter Buslieferungen sowie 0,3 Mio. Euro die Auflösung von Rückstellungen.

Die Aufwendungen für Fahrzeuganmietungen lagen im Wesentlichen aufgrund höherer Preisanpassungen mit -1,6 Mio. Euro über dem Planansatz. Auch bei den Subunternehmern machten sich sowohl die schlechte Arbeitsmarktsituation sowie die höheren Fahrzeugqualitätsansprüche bemerkbar. Der Umfang der geplanten Fahrleistungen wurde darüber hinaus um 2 Prozent überschritten. Die Aufwendungen für Gebäudeinstandsetzungen reduzierten sich dagegen aufgrund von Terminverzögerungen um 0,7 Mio. Euro.

Die Kosten für den Personaleinsatz lagen bei der ASEAG mit -29,3 Mio. Euro auf Planniveau. Die Kosten der Fahreranmietung von der ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH, Eschweiler, (ESBUS) fielen gegenüber dem Plan um ca. 0,3 Mio. Euro geringer aus. Hierin

spiegelte sich u. a. auch die schwierige Arbeitsmarktsituation wider, die dazu führte, dass ausgedientes Fahrpersonal trotz intensiver Bemühungen nur verzögert nachbesetzt werden konnte.

Im Geschäftsjahr 2018 wurde zudem die Betriebsvereinbarung „Stuttgarter Urteil“ abgeschlossen. Demzufolge mussten Wegezeiten in Dienstkleidung als Arbeitszeit vergütet werden. Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter stiegen dadurch um -0,4 Mio. Euro, wobei die höheren Aufwendungen durch eine geringere Mitarbeiteranzahl kompensiert werden konnten.

Die Aufwendungen für Altersversorgungen lagen inklusive Zinsanteil um -2,4 Mio. Euro über dem Planansatz. Dadurch, dass der Tarifabschluss gleich drei Lohnsteigerungen für die nächsten Jahre beinhaltet (3,19 Prozent, 3,09 Prozent, 1,06 Prozent), war dies bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2018 in voller Höhe zu berücksichtigen. Dies hatte deutliche Auswirkungen, da in der Planung lediglich von einer zweiprozentigen Lohnsteigerung p. a. ausgegangen wurde. Darüber hinaus wurden neue Sterbetafeln veröffentlicht, die die Bewertung der Pensionsrückstellungen ebenfalls negativ beeinflussten.

Aufgrund von Investitionsverschiebungen lagen die Abschreibungen um 0,5 Mio. Euro unterhalb der Planannahme.

Die ursprünglich geplanten a. o. Aufwendungen bezüglich Pensionsrückstellungen infolge der BilMoG-Einführung konnten bereits im Jahresabschluss 2017 vorgezogen werden. Daher verbesserte sich das Ergebnis gegenüber dem Plan um 0,8 Mio. Euro.

Das Ergebnis der ASEAG in Höhe von -31,2 Mio. Euro enthält auch die Gewinnabführung der APAG für 2018 in Höhe von 2,1 Mio. Euro. Damit lag die Gewinnabführung auf Planniveau.

Insgesamt trugen die Parkobjekte, die seit 2011 gewonnen werden konnten, einen wesentlichen Bestandteil zum guten Ergebnis bei und konnten ihren Umsatz nochmals um etwa 3 Prozent gegenüber 2017 steigern. Es wurde inzwischen ein Niveau von knapp 3,3 Mio. Euro oder ca. 28 Prozent des Gesamtumsatzes erreicht.

Im Herbst des Geschäftsjahres wurde ein überregionales Parkobjekt in Berlin mit über 750 Stellplätzen in Betrieb genommen. Darüber hinaus konnten weitere kleinere Parkobjekte generiert werden. Hierzu zählte beispielsweise die Erweiterung der Parkfläche an der Eissporthalle Tivoli sowie die Tiefgarage Dülmen.

STAWAG:

Die niedrigen Strombörsenpreise belasteten auch im Geschäftsjahr 2018 die operative Ergebnissituation im konventionellen Kraftwerksbereich der STAWAG. TKL erreichte unter Berücksichtigung der geplanten Sommerrevision von vier Wochen eine gute Jahresauslastung von knapp 90 Prozent. Ebenso hat sich auch der Erzeugungskostenspread angesichts der erwarteten Ergebnisse aus der „Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (kurz: Kohlekommission) in der zweiten Jahreshälfte 2018 kurzfristig erholt, wodurch positive Vermarktungserlöse erzielt werden konnten. Die erzielbaren Spreadniveaus reichen aber weiterhin nicht aus, um die Betriebs- und Finanzierungskosten des Steinkohlekraftwerks zu decken.

Weiterhin ist die STAWAG mit einem Gesellschaftsanteil von 13,9 Prozent am TGE beteiligt. Aufgrund von witterungsbedingt geringen Preisvolatilitäten und einer hohen Verfügbarkeit durch steigende LNG-Importe haben sich im Geschäftsjahr 2018 ebenso Verluste im Speicherbetrieb ergeben. Aufgrund des derzeitigen schwierigen Marktumfeldes mit einem zu erwartenden längerfristigen Überangebot an Speicherkapazitäten hat die STAWAG zum 31. Dezember 2018

erstmalig Drohverlustrückstellungen in Höhe von rund 7,4 Mio. Euro gebildet.

Im Dezember 2018 hat die STAWAG das Blockheizkraftwerk (BHKW) Campus Melaten in Betrieb genommen, das mit je 10 Megawatt (MW) elektrischer und thermischer Leistung die größte erdgasbetriebene Anlage in Aachen darstellt. Die Anlage mit einem Gesamtwirkungsgrad von 89 Prozent wird jährlich rund 40 Mio. Kilowattstunden (kWh) Strom und rund 40 Mio. kWh Wärme erzeugen und damit rund 11.500 Haushalte versorgen können. Die erzeugte Wärme wird dabei hälftig in das Wärmenetz der RWTH Aachen eingespeist. Die andere Hälfte nutzt die STAWAG für den Aachener Westen, insbesondere für den Campus Melaten.

Im Vertriebsbereich konnten 2018 die Verkaufsmengen in der Stromsparte gegenüber dem Vorjahr um rund 25 Gigawattstunde (GWh) auf rund 910 GWh gesteigert werden. Dabei wurde der leicht rückläufige Absatz im Tariffkundensegment durch erzielte Mehrabsätze im Sondervertragskundensegment überkompensiert. In der vertrieblichen Gassparte war neben einer geringeren Anzahl an Tariffkunden insbesondere die gegenüber dem Vorjahr mildere Witterung für den Absatzrückgang in Höhe von 42 GWh auf insgesamt rund 1.311 GWh verantwortlich.

Im Zuge der Netzkooperation mit der EWW hat die STAWAG den Abgang ihres ausgegliederten Netzvermögens inklusive entsprechend zurechenbarer Verbindlichkeiten verbucht und im Gegenzug die Anteile an der Regionetz als Beteiligungsbuchwert bei der STAWAG bilanziert. Bei der Bewertung des zu übertragenden Vermögenssaldos hat die STAWAG das Bewertungswahlrecht ausgeübt und stille Reserven in Höhe von 54,9 Mio. Euro handelsrechtlich aufgedeckt.

Die Regionetz hat im Geschäftsjahr 2018 insgesamt 39,7 Mio. Euro investiert, wobei auf das Stromnetz 13,7 Mio. Euro, auf das Gasnetz 15,2 Mio. Euro, auf das Wassernetz 4,3 Mio. Euro, auf die Straßenbeleuchtung 0,2 Mio. Euro, auf das Netzleitsystem 0,9 Mio. Euro und auf übergreifende sonstige Investitionen 6 Mio. Euro entfielen.

Die Netzausspeisungen im Strombereich lagen zum Jahresende um etwa 2,47 Prozent unter dem Planwert. Neben geringen witterungsbedingten Effekten liegt dies insbesondere an der zunehmenden dezentralen Erzeugung von Strom, der nicht mehr ins öffentliche Netz eingespeist wird. Im Gasbereich lagen die Netzausspeisungen witterungsbedingt zum Ende des Jahres mit etwa 1,25 Prozent unterhalb des Planwertes.

Das Ergebnis vor Steuern der Regionetz beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr 30,4 Mio. Euro und wird über den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag nach Abzug der Ausgleichszahlung an den außenstehenden Gesellschafter EWW in Höhe von 8,9 Mio. Euro und der darauf entfallenden Steuern von 1,7 Mio. Euro mit einem verbleibenden Betrag von 19,8 Mio. Euro an die STAWAG abgeführt.

Die STAWAG Energie hat ihr Anlagenportfolio im Windbereich im Geschäftsjahr 2018 insbesondere im regionalen Umfeld weiter ausgebaut. So konnte das Windparkprojekt Aachen-Münsterwald im Geschäftsjahr 2018 mit einem Investitionsvolumen von rund 30 Mio. Euro erfolgreich umgesetzt werden. Die fünf Windenergieanlagen mit einer Nabenhöhe von 140 Metern und einem Rotordurchmesser von 112 Metern erzeugen nun jährlich rund 40 GWh Strom, womit rund 12.500 Haushalte mit Strom versorgt werden können. Der Windpark Monschau GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Monschau) wurde in den Monaten Februar bis Mai 2018 um vier weitere

Anlagen erweitert, nachdem die erste Anlage bereits im Dezember 2017 errichtet worden war. Letztlich verfügt der Windpark nun über eine Gesamtleistung von 15 MW.

Des Weiteren wurden im Verlauf des Geschäftsjahres 2018 drei Windenergieanlagen im Windpark Fischbachhöhe GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Fischbachhöhe) mit einer Gesamtleistung von 9 MW in Betrieb genommen, und der Windpark Linnich GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Linnich), an dem die STAWAG Energie über ihre Tochtergesellschaft STAWAG Solar GmbH, Aachen, (STAWAG Solar; Anteilsquote: 40 Prozent) beteiligt ist, wurde um eine weitere Windkraftanlage mit einer Leistung von 3,2 MW erweitert. Neben den vorgenommenen Investitionen im Windbereich hat die STAWAG Energie zu Beginn des Jahres 2018 zudem eine PV-Anlage mit einer Leistung von 0,7 MWp auf dem Dach der e.GO Mobile AG, Aachen, (e.GO) einem Aachener Start-Up-Unternehmen im Bereich der Elektromobilität, in Betrieb genommen.

Im Geschäftsjahr 2018 hat die STAWAG Energie ein Ergebnis vor Steuern von rund 8,5 Mio. Euro erzielt, das insbesondere durch zusätzlich realisierte Projektentwicklungserträge noch einmal rund 2,2 Mio. Euro über dem bereits guten Vorjahresergebnis liegt. Der erzielte Gewinn der STAWAG Energie wird über den bestehenden EAV an die STAWAG abgeführt.

Das Geschäft der FACTUR ist im Geschäftsjahr 2018 weiterhin von der Entwicklung sinkender Margen bei Energieprodukten, von steigenden Großhandelspreisen sowie von einer erhöhten Wechselbereitschaft der Endkunden beeinflusst. Entsprechend versuchen die Kunden, den Marktdruck auf den vereinbarten Zählpreispunkt an die FACTUR weiterzugeben, was sich negativ auf die erzielbaren Margen der FACTUR auswirkt. Nachdem die FACTUR im Jahr 2017 den Zuschlag als Full-Service-Dienstleister für die MONTANA Energie GmbH & Co.

KG, Grünwald, (MONTANA) erhalten hat, ist der Bau der Plattform Mitte des Jahres erfolgreich zur Abnahme gebracht worden. Die FACTUR befindet sich seit Ende Juli 2018 im Livebetrieb der Plattform und hat insofern für weitere rund 206.000 Strom- und Gaszählpunkte die Kundenservice- und Abrechnungsdienstleistung übernommen. Hierfür mussten jedoch zunächst vielfältige Schwierigkeiten bewältigt und etliche Beratertage geleistet werden, die aufgrund des vereinbarten Festpreiskontingents nicht durch entsprechende Umsätze gedeckt werden konnten. Aufgrund einer bestehenden Zurückhaltung bei der Projektbeauftragung gerade im externen Kundensegment, die aus den Neuregelungen zum Messstellenbetrieb sowie der Diskussion rund um die Einführung von SAP S4 HANA resultiert, lagen die Umsatzerlöse mit rund 20,5 Mio. Euro spürbar unter den Erwartungen. Demgegenüber konnte aus dem Verkauf der Beteiligung an der FOURMANAGEMENT GmbH, Düsseldorf, (4M) ein ungeplanter Ertrag von rund 0,7 Mio. Euro erzielt werden. Insgesamt hat die FACTUR im Geschäftsjahr 2018 ein Ergebnis vor Steuern (EBT) von rund 2 Mio. Euro erzielt, das an die STAWAG abgeführt wird.

Bei der Neuordnung des Wassergewinnungsbereichs hat die STAWAG im Wege der Ausgliederung ihre Grundwassergewinnungs- und -aufbereitungsanlagen sowie die dazugehörigen Grundstücke und Gebäude zum 1. Januar 2018 auf die WAG übertragen. Auf Basis eines Bewertungsgutachtens zur Bestimmung der Ertragswerte der übertragenen Vermögenswerte hat die STAWAG stille Reserven in Höhe von rund 6 Mio. Euro handelsrechtlich aufgedeckt, wobei steuerlich die Buchwerte gemäß § 20 Abs. 2 Satz 2 fortgeführt werden.

Die WAG, an der die STAWAG zu 50 Prozent beteiligt ist, wird für 2018 ein Ergebnis nach Steuern von rund 1,6 Mio. Euro erzielen. Im Geschäftsjahr 2018 vereinnahmt die STAWAG ein anteiliges Beteiligungsergebnis von rund

3,4 Mio. Euro, das sich aus dem im Geschäftsjahr 2017 erzielten Jahresergebnis von insgesamt 2,7 Mio. Euro und einer Ausschüttung von 4 Mio. Euro aus dem Gewinnvortrag ergibt.

Die STAWAG ist mit einem Anteil von 25,1 Prozent an der SW Lübeck beteiligt. Für das Geschäftsjahr 2018 erwartet die SW Lübeck ein Ergebnis vor Steuern und vor Ausgleichszahlung an die STAWAG (EBT) von 23,6 Mio. Euro. Die SW Lübeck plant, 2 Mio. Euro den Gewinnrücklagen zuzuführen. Im Geschäftsjahr 2018 hat die STAWAG die Ausgleichszahlung aus dem Geschäftsjahr 2017 in Höhe von rund 3,75 Mio. Euro phasenverschoben vereinnahmt. Insgesamt hat die STAWAG aus der Beteiligung an der SW Lübeck bislang etwa 20 Mio. Euro an Ausgleichszahlungen erhalten.

Die STAWAG hält seit 2013 als strategischer Partner der SWR-E einen Gesellschafteranteil von 49 Prozent. Geprägt ist das Jahresergebnis der Gesellschaft durch die Geschäftsfelder „Energieversorgung“ und „Bäderbetrieb“. Zum 1. Januar 2017 hat die SWR-E das Stromnetz in Rösrath übernommen und gleichzeitig einen Pacht- und Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. In der für die STAWAG im Rahmen eines bestehenden Tracking-Stock-Modells relevanten Versorgungssparte wird für das Geschäftsjahr 2018 ein positives Ergebnis von rund 0,4 Mio. Euro erwartet. Insgesamt wird der erwirtschaftete Gewinn der SWR-E voraussichtlich rund 62 TEuro betragen.

Darüber hinaus ist die STAWAG seit 2013 an der enewa mit einem Gesellschafteranteil von 49 Prozent beteiligt. Die Gesellschaft ist in den Geschäftsfeldern Wasserversorgung, Energieversorgung und im Bäderbetrieb aktiv. Darüber hinaus hat die enewa zum 1. Januar 2018 das Eigentum des Stromnetzes in Wachtberg erworben und gleichzeitig einen Pacht-/Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2018 ein Ergebnis von insgesamt rund

162 TEuro. Das für die STAWAG im Rahmen des Tracking-Stock-Modells relevante Ergebnis des Versorgungsbereichs beläuft sich dabei auf rund 432 TEuro.

Ebenso hat sich die STAWAG bereits im Geschäftsjahr 2015 mit 49 Prozent an der GW Ruppichteroth beteiligt. Die GW Ruppichteroth ist in den Geschäftsfeldern Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und im Energievertrieb Strom und Gas tätig. Zum 1. Januar 2017 hat die GW Ruppichteroth das Stromnetz eigentumsrechtlich übernommen, das aktuell an die Westnetz GmbH verpachtet ist. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2018 ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis.

Eine weitere strategische Partnerschaft ist die STAWAG im Geschäftsjahr 2014 mit der Eww eingegangen. Im Geschäftsjahr 2017 hat die STAWAG ihren Gesellschaftsanteil im Zuge einer Neuordnung der Eww in eine Vertriebsgesellschaft Strom und Gas von ursprünglich 49 Prozent auf 51 Prozent erhöht. Zwischen der Eww und der STAWAG wurde aufgrund dessen ein Ergebnisabführungs- und Beherrschungsvertrag abgeschlossen. Im Geschäftsjahr 2018 hat die Eww ein negatives Ergebnis in Höhe von rund -147 TEuro erzielt, das von der STAWAG ausgeglichen wird.

Der Anteil der STAWAG am Telekommunikationsanbieter NetAachen liegt bei 16 Prozent. Für das Geschäftsjahr 2018 wird die NetAachen nach vorläufigen Angaben ein Ergebnis vor Steuern von 3,3 Mio. Euro erwirtschaften. Die STAWAG vereinnahmte im Geschäftsjahr 2018 ein anteiliges Beteiligungsergebnis aus dem Jahr 2017 in Höhe von rund 0,3 Mio. Euro. Die smartlab, an der die STAWAG Anteile von 35 Prozent hält, wird im abgelaufenen Geschäftsjahr 2018 einen voraussichtlichen Verlust von rund 280 TEuro erzielen. Der Verlust wird durch eine anteilige Einzahlung aller Gesellschafter in die Kapitalrücklage der smartlab entsprechend ausgeglichen.

Anfang 2018 hat sich die STAWAG zusammen mit der Mark-E Aktiengesellschaft, Hagen, (Mark-E) mit jeweils 50 Prozent an der neu gegründeten PSW Rönkhausen beteiligt. Die Gesellschaft ist Eigentümerin des Pumpspeicherkraftwerks (PSW) mit einer installierten Leistung von 140 MW, das zunächst für rund 25 Mio. Euro umfangreich saniert werden musste, um den Weiterbetrieb der Anlage sicherzustellen. Seitens der Bezirksregierung Arnsberg wurde die Betriebsgenehmigung zwischenzeitlich bis ins Jahr 2045 verlängert. Mark-E hat das Kraftwerk von der Gesellschaft gepachtet und verantwortet weiterhin den kommerziellen Betrieb der Anlage. Aus der Pachtgesellschaft vereinnahmte die STAWAG 2018 eine vertraglich fixierte Garantiedividende von jährlich 375 TEuro.

Unter Berücksichtigung der vereinnahmten Beteiligungserträge erzielte die STAWAG im Geschäftsjahr 2018 ein außerordentlich hohes handelsrechtliches Ergebnis von rund 75,5 Mio. Euro, was maßgeblich durch die Aufdeckung der stillen (Netz-)Reserven in Höhe von 54,9 Mio. Euro begründet ist. Gegenläufig wirkten sich insbesondere die Bildung der Drohverlustrückstellung für den Gasspeicherbetrieb Epe von rund 7,4 Mio. Euro sowie die hohen Aufwendungen für die Altersversorgung in Höhe von rund 14 Mio. Euro auf das Jahresergebnis 2018 der STAWAG aus. Die hohen Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen sind dabei maßgeblich durch die anhaltende Niedrigzinsphase begründet. Zur Verbesserung der Bilanz- und Kapitalstruktur wird die STAWAG für das Geschäftsjahr 2018 rund 51,7 Mio. Euro des erzielten handelsrechtlichen Ergebnisses ihren Gewinnrücklagen zuführen, womit die Eigenkapitalquote der STAWAG gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert wird. Die STAWAG wird insofern rund 23,8 Mio. Euro an die E.V.A abführen.

regio iT:

Auch im Geschäftsjahr 2018 haben sich die wichtigsten wirtschaftlichen Kennziffern der regio iT hervorragend entwickelt. Das Umsatzwachstum der regio iT lag über dem der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Gleichzeitig konnten durch Investitionen und Innovationen auch die Grundlagen für zukünftige Erfolge gelegt werden. Dabei konnte die regio iT von den positiven gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen und vor allem auch von der positiven Entwicklung der kommunalen Haushalte profitieren. Vor diesem Hintergrund, aber auch vor dem Hintergrund von Wettbewerbsdruck bzw. steigender gesetzlicher Anforderungen, haben die Kunden gezielt in die Digitalisierung von Geschäftsprozessen und die Modernisierung der IT-Systeme investiert. Insbesondere das Beratungsgeschäft konnte in allen Unternehmensbereichen gesteigert werden. Dies bestätigt die Strategie der regio iT, im Bereich Consulting und im Projektmanagement gezielt Personalressourcen aufzubauen. Nachdem im Vorjahr in diesem Segment mit 7 Mio. Euro bereits ein guter Umsatz erzielt werden konnte, schließt das Geschäftsjahr 2018 mit einer neuerlichen Steigerung um 0,6 Mio. Euro (8,5 Prozent) auf 7,6 Mio. Euro ab. Auch die Umsätze aus Produkt- und Applikationsbetrieb entwickelten sich positiv, hier konnte eine Steigerung um 1,9 Mio. Euro auf 47,9 Mio. Euro erzielt werden. Ebenfalls deutlich gesteigert wurden auch die Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft. Hier konnte der Umsatz um 1 Mio. Euro auf 6,8 Mio. Euro gesteigert werden. Auf Basis der breiten Produktpalette der regio iT konnten sowohl Umsatzzuwächse bei Bestandskunden als auch mit Neukunden generiert werden. Dementsprechend liegt auch der Gesamtumsatz mit 67,3 Mio. Euro deutlich über dem Vorjahreswert (62,9 Mio. Euro). Dies entspricht einer Steigerung von 4,4 Mio. Euro oder 7,1 Prozent.

Gegenläufige Effekte ergeben sich jedoch aus der Entwicklung der Personalkosten. Einem Vorjahreswert von 25 Mio. Euro steht ein Wert im Berichtsjahr von 26,9 Mio. Euro entgegen.

Auch wenn erwartungsgemäß das Niveau des Rekordergebnisses des Vorjahres vor Steuern (4,2 Mio. Euro) nicht erreicht wurde, verbleibt mit einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von 3,7 Mio. Euro auch für das Geschäftsjahr 2018 ein ausgesprochen positives Jahresergebnis. Nach Steuern resultiert hieraus ein Jahresüberschuss von 2,6 Mio. Euro (Vorjahr: 2,7 Mio. Euro).

Auch die vote iT, an der die regio iT die Mehrheitsbeteiligung hält, hat sich im Berichtsjahr wirtschaftlich sehr positiv entwickelt. Im Berichtsjahr konnten weitere strategische Meilensteine zur nachhaltigen Sicherung des profitablen Wachstums des Unternehmens erreicht werden, indem ein großer kommunaler IT-Dienstleister, die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern AöR, München (AKDB), als Kunden und Gesellschafter für das Unternehmen gewonnen werden konnten.

E.V.A.:

Die E.V.A. erzielte für das Geschäftsjahr 2018 ein ausgeglichenes Betriebsergebnis (19,6 TEuro). Das operative Dienstleistungsgeschäft der E.V.A. liegt damit deutlich über dem Planwert von -0,7 Mio. Euro. Die Gesamtleistung übertrifft mit 15 Mio. Euro den Planansatz von 14,6 Mio. Euro um 0,4 Mio. Euro. Dies resultiert aus höheren Umsatzerlösen für Weiterberechnungen und Dienstleistungen. Der Gesamtaufwand fällt in 2018 mit -15 Mio. Euro um 0,3 Mio. Euro geringer aus als geplant. Insofern führen geringere Aufwendungen und höhere Umsatzerlöse zu dem nahezu ausgeglichenen Betriebsergebnis.

Das Betriebsergebnis unterschritt das Vorjahresergebnis deutlich um 4,4 Mio. Euro. Die Abweichung resultierte im Wesentlichen aus dem Verkaufserlös von Geschäftsanteilen der regio iT in Höhe von 3,6 Mio. Euro an die Stadt Aachen im Jahr 2017.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Konzerngesellschaften werden grundsätzlich dezentral gesteuert. Nachfolgend werden daher die wesentlichen Leistungsindikatoren der einzelnen Gesellschaften (Geschäftsbereiche) dargestellt.

ASEAG:

Zur internen Steuerung der ASEAG werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Betriebsleistung in Nutzkilometer
- Beförderte Personen
- Anzahl Mitarbeiter
- Jahresergebnis

Nachfolgende Tabelle zeigt die vier Leistungsindikatoren – teilweise mit ergänzenden Informationen:

		Wirtschaftsplan	Jahresabschluss	+/-
Nutz-km eigene Leistung inkl. ESBUS	in tausend	9.376	9.168	-208
Nutz-km angemietete Leistung ohne ESBUS	in tausend	9.489	9.678	189
	in tausend	18.865	18.846	-19
beförderte Personen	in tausend	71.425	71.118	-307
Beförderungserlöse	TEuro	54.515	55.674	1.159
Zuschüsse	TEuro	8.462	8.409	-53
Kosten Treibstoff	TEuro	-5.747	-5.805	-58
Kosten Busanmietungen inkl. ESBUS	TEuro	-28.187	-30.025	-1.838
Mitarbeiteräquivalente (ESBUS)	Anzahl	134	126	-8
Kosten Fahreranmietungen (ESBUS)	TEuro	-5.642	-5.313	329
Mitarbeiteräquivalente eigene	Anzahl	542	537	-5
Kosten Personal	TEuro	-31.675	-33.446	-1.771
darin enthalten:				
Kosten Altersversorgung	TEuro	-2.352	-4.131	-1.779
Zinsaufwendungen i.W. Altersversorgung	TEuro	-9.739	-10.351	-612
Sonstige Aufwendungen für Altersversorgung infolge der BilMoG-Einführung	TEuro	-765	0	765
Ergebnis ASEAG	TEuro	-30.826	-31.174	-348
darin enthalten:				
Ergebnis APAG	TEuro	2.098	2.112	14
Ergebnis ASEAG-Reisen	TEuro	6	-203	-209
Ergebnis ESBUS	TEuro	20	14	-6

STAWAG:

Für die Steuerung des Konzerns sind die durchgeleiteten und abgesetzten Mengen, die Umsatzerlöse sowie die finanziellen Kennzahlen EBITDA, EBIT und EBT relevant. Deren Entwicklungen sind im Folgenden dargestellt:

Kennzahl	Plan 2018	Ist 2018	Abweichung	Abweichung %
Umsatzerlöse (TEuro)	307 767	309 842	+2 075	+0,7
EBITDA (TEuro)	-1 871	59 740	+61 611	+3 293
EBIT (TEuro)	-6 502	53 219	+59 721	+919
EBT (TEuro)	19 483	75 505	+56 022	+288

Sparte (Menge) Vertriebsgeschäft	Plan 2018	Ist 2018	Abweichung	Abweichung %
Strom (Mio. kWh)	869,7	908,6	+38,9	+4,5
Gas (Mio. kWh)	1 227,3	1 310,5	+83,2	+6,8
Wasser (Mio. cbm)	17,2	18,0	0,8	4,7
Wärmecontracting (Mio. kWh)	6,3	6,0	-0,3	-4,8

Sparte (Menge) Netzdurchleitung	Plan 2018	Ist 2018	Abweichung	Abweichung %
Strom (Mio. kWh)	2 351,0	2 292,9	-58,1	-2,5
Gas (Mio. kWh)	5 478,5	5 410,3	-68,2	-1,3

Die Umsatzerlöse der STAWAG liegen im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 309,8 Mio. Euro geringfügig über dem geplanten Niveau. Der EBIT liegt mit rund 53,2 Mio. Euro um 59,2 Mio. Euro deutlich über Plan, was insbesondere durch die Hebung der stillen (Netz-) Reserven begründet ist. Insgesamt erzielt die STAWAG ein Ergebnis vor Steuern (EBT) von 75,5 Mio. Euro und übertrifft damit die Erwartungen um 56 Mio. Euro.

Die STAWAG beschäftigte zum Jahresende 99 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter inklusive Auszubildenden und Aushilfen. Zusätzliche 845 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren zum 31. Dezember 2018 bei den Tochtergesellschaften Regionetz (599), STAWAG Energie (36), FACTUR (207) und Eww (3) beschäftigt.

Das Durchschnittsalter der Belegschaft der STAWAG beträgt 44,83 Jahre im Geschäftsjahr 2018. Die STAWAG zeichnet sich als Arbeitgeber durch eine geringe Fluktuationsquote aus, die sich in einer durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von rund 13 Jahren niederschlägt.

regio iT:

Eine wesentliche Strategie der regio iT ist die Steigerung der eigenen Wertschöpfung bei gleichzeitig hohem Bestand dauerhafter, mehrjähriger Kundenverträge. Wichtige Indikatoren für die eigene Wertschöpfung sind die Entwicklung des Rohergebnisses und der einzelnen Umsatzsegmente. Nach Abzug des Materialaufwandes von der Gesamtleistung verbleibt im Berichtsjahr ein Rohergebnis von 42,5 Mio. Euro (Vorjahr: 40,3 Mio. Euro).

Allerdings wurde das für das Berichtsjahr geplante Rohergebnis (42,9 Mio. Euro) nicht ganz erreicht (-0,4 Mio. Euro).

Die Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb liegen mit 48 Mio. Euro auf Planniveau (48 Mio. Euro). Überplanmäßig haben sich auch die Umsätze aus Handels- und Leasing geschäft entwickelt. Die geplanten Umsatzerlöse (4,3 Mio. Euro) konnten deutlich um 2,5 Mio. Euro übertriften werden.

Ein weiterer wichtiger Indikator der eigenen Wertschöpfung ist der Anteil der Umsätze aus Projektleistungen und Beratung. Einem geplanten Umsatz von 6,9 Mio. Euro (10,9 Prozent der Gesamtumsätze) stand ein erzielter Umsatz von 7,6 Mio. Euro gegenüber (11,3 Prozent der Gesamtumsätze).

Demzufolge lag das Ergebnis vor Steuern mit 3,7 Mio. Euro um 0,2 Mio. Euro leicht unter dem Planwert (3,9 Mio. Euro). Die Gesamtleistungrendite (vor Steuern) lag im Berichtsjahr in der Folge bei 5,5 Prozent (Planwert: 6,1 Prozent).

E.V.A.:

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Umsatzerlöse
- Betriebsergebnis
- Beteiligungsergebnis
- Anzahl Mitarbeiter

E.V.A. Leistungsindikatoren

		Wirtschaftsplan	Jahresabschluss
Umsatzerlöse	TEuro	14.571	14.839
EBIT	TEuro	- 686	20
Beteiligungsergebnis:	TEuro	- 10.534	- 6.062
davon ASEAG	TEuro	- 30.826	- 31.176
davon STAWAG	TEuro	18.983	23.805
davon regio iT	TEuro	1.143	1.143
davon gewoge	TEuro	166	166
Anzahl Mitarbeiter	MAÄ ¹⁾	115,2	110,8

1) MAÄ = Mitarbeiteräquivalent, entspricht einem Vollzeitmitarbeiter/-in

Die Umsatzerlöse aus dem operativen Geschäft der E.V.A. überstiegen mit 14,8 Mio. Euro den Planwert um rund 0,3 Mio. Euro. Sie bestanden aus Erlösen für kaufmännische Dienstleistungen und für Gebäudedienstleistungen in Höhe von 11,8 Mio. Euro (Plan: 11,7 Mio. Euro) und aus Weiterberechnungen an Konzerngesellschaften in Höhe von 3,01 Mio. Euro (Plan: 2,9 Mio. Euro), insbesondere aus weiterberechneten EDV-Kosten von 2,1 Mio. Euro sowie Beratungsaufwendungen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betrugen 137 TEuro (Plan: 0 Mio. Euro). Diese beinhalten Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (106,1 TEuro), Erträge aus Anlagenabgängen (10,6 TEuro) sowie Erstattungen von Lohnfortzahlungen durch die Krankenkassen.

Die Gesamtaufwendungen unterschritten mit 15 Mio. Euro den Ansatz aus der Wirtschaftsplanung (15,3 Mio. Euro) um 0,3 Mio. Euro. Einsparungen konnten in folgenden Aufwandspositionen realisiert werden:

- Der Materialaufwand lag um 0,1 Mio. Euro niedriger als geplant (Plan: 3,4 Mio. Euro). Geplante, aber nicht in Anspruch genommene Fremdleistungen im Center Recht und Versicherungen sowie geringere Fremdleistungen der regio iT im Verwaltungsbereich der E.V.A. konnten den höheren Materialaufwand im Center Gebäudemanagement überkompensieren.
- Der Personalaufwand lag mit 9 Mio. Euro um 0,3 Mio. Euro unter Plan. Ursächlich hierfür war insbesondere ein niedrigerer Personalbestand gegenüber dem Plan im Center Gebäudemanagement, da Personalabgänge nicht nachbesetzt wurden und die Personalkosten gegenüber dem Planansatz in diesem Bereich um 0,2 Mio. Euro niedriger ausfielen. Des Weiteren wurden in der Planung unter den Personalaufwendungen auch die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von

0,3 Mio. Euro berücksichtigt. Der darin enthaltene Zinsanteil in Höhe von 0,1 Mio. Euro wurde im Zuge der Jahresabschlussarbeiten nun unterhalb des Betriebsergebnisses im Zinsaufwand ausgewiesen.

- Die Abschreibungen lagen mit 0,4 Mio. Euro auf Planniveau.
- Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen fielen mit 2,3 Mio. Euro um 0,2 Mio. Euro höher aus als angenommen. Während in den Dienstleistungszentren geringere Aufwendungen von über 0,1 Mio. Euro erzielt wurden, fielen im Verwaltungsbereich der E.V.A. deutlich höhere Aufwendungen an, die sich vor allem aus höheren Beratungs- und Rechtskosten mit 0,6 Mio. Euro (Plan: -0,3 Mio. Euro) ergaben. Die Überschreitung von 0,3 Mio. Euro wirkte sich jedoch mit 0,2 Mio. Euro ergebnisneutral aus, da diese Beratungs- und Rechtskosten an Konzerngesellschaften weiterberechnet wurden und durch entsprechende Umsatzerlöse kompensiert wurden.

Nach wie vor bestanden in den Dienstleistungsbereichen Konzernfinanz-/Rechnungswesen und Controlling und im Konzern-Personalwesen und Arbeitsrecht durch die Netzkooperation bewertete freie Mitarbeiterkapazitäten, denen keine entsprechenden Dienstleistungsumsätze gegenüberstanden. Während in der Planung die bewerteten freien Kapazitäten das Ergebnis mit 0,4 Mio. Euro durch nicht erzielbare Umsatzerlöse belasteten, wurde das Betriebsergebnis 2018 infolge der Überkapazitäten nur noch um 0,2 Mio. Euro negativ beeinflusst, da eine Mitarbeiterin das Unternehmen verlassen hat und bei einer weiteren Mitarbeiterin die Elternzeit verlängert wurde.

Insgesamt erzielte die E.V.A. für das Geschäftsjahr 2018 ein ausgeglichenes Betriebsergebnis. Das operative Dienstleistungsgeschäft der E.V.A. lag damit deutlich über dem Planwert von -0,7 Mio. Euro.

Das Gesamtergebnis der E.V.A. wird wesentlich geprägt durch die Gewinnabführung bzw. die Verlustübernahme von STAWAG und ASEAG sowie durch die Beteiligungsergebnisse von regio iT und gewoge.

Die E.V.A. weist für 2018 ein **Beteiligungsergebnis** von -6,1 Mio. Euro (Plan: 10,5 Mio. Euro) aus. Ursächlich für die positive Planabweichung war der Ergebnisbeitrag der STAWAG, der mit 23,8 Mio. Euro den Plan um 4,8 Mio. Euro überschreitet. Das Ergebnis der ASEAG hat mit -31,2 Mio. Euro das Planergebnis um 0,4 Mio. Euro verfehlt. Die regio iT hat aus dem Jahresüberschuss 2017 ein Beteiligungsergebnis in Höhe von 1,1 Mio. Euro an die E.V.A. ausgeschüttet und lag somit auf Planniveau. Der Ergebnisbeitrag der gewoge lag mit 0,2 Mio. Euro ebenso auf Plan.

Der E.V.A.-Konzern beschäftigte zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2018 insgesamt 1.694 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter inklusive Auszubildende und Aushilfen.

Ertragslage

Im Berichtsjahr 2018 wurden neben der E.V.A. insgesamt 17 (Vorjahr: 10) Tochterunternehmen gemäß Aufstellung des Anteilsbesitzes in den Konsolidierungskreis einbezogen. Hintergrund zur Erweiterung des Konsolidierungskreises ist, dass bei sieben Solar- und Windparkgesellschaften keine Verkaufsabsichten mehr von Gesellschaftsanteilen bestehen und deshalb die Anteile zu 100 Prozent unter den Finanzanlagen des Anlagevermögens ausgewiesen werden.

Die Ertragslage des E.V.A.-Konzerns wurde insbesondere durch Sondereffekte in 2018 aufgrund von Teilbetriebsausgliederungen bei der STAWAG sowie von positiven Ergebnisbeiträ-

gen aus der Energieversorgung und den negativen Ergebnisbeiträgen aus dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) bestimmt. Im laufenden Geschäftsjahr ergab sich insgesamt eine negative Ergebnisentwicklung.

Bei der STAWAG lag die Gewinnabführung mit 23,8 Mio. Euro um 4,5 Mio. Euro über dem Vorjahresergebnis von 19,3 Mio. Euro. Das Geschäftsjahr 2018 war bei der STAWAG von umfangreichen strukturellen und rechtlich organisatorischen Veränderungen geprägt. Zum 1. Januar 2018 wurde der Teilbetrieb „Wärmeerzeugung“ von der STAWAG Energie inklusive der dazugehörigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten auf die STAWAG abgespalten. Weiterhin wurden zum selben Datum das Strom-, Gas- und Wasserverteilnetz von der STAWAG auf die Regionetz und der Teilbetrieb Wassergewinnung auf die WAG ausgegliedert. Neben der STAWAG hat auch die EWW ihren Netzbetrieb auf die Regionetz zum 1. Januar 2018 verschmolzen. An der gemeinsamen Netzgesellschaft Regionetz sind die STAWAG mit einem Gesellschaftsanteil von 50,8 Prozent und die EWW mit einem Gesellschaftsanteil von 49,2 Prozent beteiligt. Im Zuge der Ausgliederungen der beiden Teilbetriebe bei der STAWAG wurde unter den sonstigen betrieblichen Erträgen 60,9 Mio. Euro, aus der Aufdeckung von handelsrechtlichen stillen Reserven ausgewiesen. Zur weiteren Stärkung der Finanzkraft und zur Sicherung von betrieblichen Investitionen ins Sachanlage- und Finanzanlagevermögen konnte die STAWAG, durch den Sondereffekt der Aufdeckung der stillen Reserven, eine Zuführung von 51,7 Mio. Euro (Vorjahr: 3,8 Mio. Euro) in ihre Gewinnrücklagen vornehmen.

Die ASEAG hat das Geschäftsjahr 2018 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme von 31,2 Mio. Euro abgeschlossen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverschlechterung von 3,9 Mio. Euro. Davon resultieren insgesamt 5,2 Mio. Euro aus höheren

Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen, die sich sowohl im Personalaufwand, im Zinsaufwand als auch bei den sonstigen Aufwendungen widerspiegeln. Allerdings reduzierten sich die sonstigen Aufwendungen, da hierin im Vorjahr eine außerordentliche Zuführung zu den Pensionsrückstellungen aus der BilMoG-Einführung in Höhe von 4 Mio. Euro enthalten war.

Der Konzern-Umsatz erhöhte sich im Geschäftsjahr um 138,8 Mio. Euro bzw. 26,7 Prozent auf 659,3 Mio. Euro (Vorjahr: 520,5 Mio. Euro).

Ausschlaggebend für die Umsatzerhöhung ist hierbei im Wesentlichen die Umsatzentwicklung bei der Regionetz aufgrund der Zusammenführung der beiden Netzbetriebe aus der STAWAG und der EWW in die gemeinsame Netzgesellschaft zum 1. Januar des Geschäftsjahres 2018 sowie die Erweiterung des Konsolidierungskreises durch die sieben Solar- und Windparkgesellschaften. Gegenläufig hierzu haben sich die Umsatzerlöse bei der STAWAG verringert.

Bei der STAWAG blieben im Stromgeschäft die Verkaufspreise im Tarifikundensegment weitestgehend stabil. Trotz der guten Konjunktur-entwicklung waren die Absatzmengen im Tarifikundengeschäft im Wesentlichen aufgrund von Kundenverlusten leicht rückläufig. Im Sonderkundengeschäft hingegen konnte die Absatzmenge gesteigert und dadurch der Umsatzrückgang bei den Tarifkunden überkompensiert werden. Aufgrund der Umstrukturierung und Ausgliederung des Teilbetriebs der Strom-, Gas- und Wasserverteilnetze sind die Auflösungen von Baukostenzuschüssen bei den Umsätzen im Berichtsjahr 2018 anders als im Vorjahr nicht mehr enthalten. Dadurch fällt das Stromvertriebsergebnis im Vergleich zum Vorjahr leicht negativ aus.

Bei der Stromvermarktung aus dem konventionellen Kraftwerksbereich nahmen die Umsatzerlöse hingegen im Geschäftsjahr um 10 Mio.

Euro zu. Im Gasgeschäft blieben die Preise seit 1. Juli 2016 konstant. Die Absatzmengen im Tarifikundensegment nahmen aufgrund weiterer Kundenverluste und der etwas mildereren Witterung gegenüber 2017 weiter ab. Trotz gestiegener Absatzmenge im Sondervertragskundensegment konnten die Rückgänge im Tarifikundensegment damit nicht kompensiert werden.

In der Sparte Fernwärme gab es eine Preiserhöhung zum 1. Juli 2018. Gegenläufig hierzu waren neben der Umstrukturierung sowie aufgrund der milden Witterung im Wärmebereich die Absatzmengen und Umsätze im Berichtsjahr rückläufig.

Seit der letzten Erhöhung der allgemeinen Wasserpreise am 1. März 2017 blieben die Preise im Berichtsjahr konstant. Bereinigt um die noch 2017 enthaltenen Netzverluste und bereits erwähnten Baukostenzuschüsse von rund 2,7 Mio. Euro nahm der Umsatz aufgrund der trockenen Witterung im Berichtsjahr um 0,6 Mio. Euro zu. Ohne Bereinigung der Vorjahreswerte ergibt sich ein Umsatzrückgang von absolut 2,1 Mio. Euro.

Der Umsatz in der Sparte Stadtentwässerung verringerte sich und betrug 16,9 Mio. Euro.

Bei der Regionetz stellt sich aufgrund der umfangreichen Veränderungen in Bezug auf die Zusammenführung der bisherigen Aktivitäten im Netzbereich ein Vergleich mit den Vorjahreswerten im Geschäftsjahr 2018 nur in den wenigsten Fällen als sinnvoll dar. Die Umsatzerlöse der Regionetz betragen im abgelaufenen Geschäftsjahr für alle Medien gemeinsam 338,5 Mio. Euro. (Vorjahr: 157,3 Mio. Euro).

Die Umsatzerlöse der ASEAG aus Verkehrseinnahmen stiegen aufgrund der Tarifierhöhung von nominal 1,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 Mio. Euro. Die Nebenerlöse, wie zum Beispiel Fahrzeuganmietungen, Sonderver-

kehre und Leistungen für andere Verkehrsunternehmen erhöhten sich um 0,5 Mio. Euro. Demzufolge sind die Umsatzerlöse insgesamt gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen.

Bei der APAG lagen die Umsatzerlöse mit 13,2 Mio. Euro um 0,5 Mio. Euro (3,8 Prozent) über dem Vorjahreswert. Die Dauerparkererlöse stiegen hierbei um 0,2 Mio. Euro und die Kurzparkererlöse erhöhten sich leicht um 0,3 Mio. Euro.

Die regio iT konnte im Geschäftsjahr 2018 den Gesamtumsatz erneut deutlich steigern. Mit einem Gesamtumsatz von 67,3 Mio. Euro konnte der Vorjahreswert von 62,9 Mio. Euro um 4,4 Mio. Euro oder 7,1 Prozent übertroffen werden. Es konnten sowohl neue Kunden gewonnen werden, als auch auf Basis des breiten Produktportfolios der regio iT Umsatzzuwächse durch ergänzende Produkte und Dienstleistungen bei Bestandskunden generiert werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge im Konzern erhöhten sich um 10,9 Mio. Euro auf mit 29 Mio. Euro. Sie beinhalten unter anderem die Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 10,7 Mio. Euro, die Anlagenabgänge in Höhe von 0,7 Mio. Euro, die Zuschüsse in Höhe von 0,6 Mio. Euro sowie die sonstigen periodenfremden Erträge in Höhe von 8,1 Mio. Euro.

Die Materialaufwendungen des Konzerns erhöhten sich um 95,2 Mio. Euro auf 424,7 Mio. Euro. Der starke Anstieg ist im Wesentlichen auf die Auswirkungen der Veränderungen im Netzbetrieb bei der Regionetz zurück zu führen.

Im Geschäftsjahr 2018 beschäftigte der E.V.A.-Konzern im Konsolidierungskreis im Jahresdurchschnitt 1.585 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 50 Auszubildende und 25 Aushilfen. Die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse (ohne Auszubildende und Aushilfen) waren insgesamt gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Bei der Be-

wertung der Pensionsrückstellung wurden im Berichtsjahr die neuen Heubeck-Richttafeln RT 2018 angewandt. Der Personalaufwand stieg im Berichtsjahr insgesamt um 10,2 Mio. Euro auf 123,1 Mio. Euro.

Die planmäßigen Abschreibungen des Anlagevermögens reduzierten sich um 17,6 Mio. Euro auf 41,1 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 28,2 Mio. Euro auf 85,5 Mio. Euro. Sie beinhalten unter anderem die Zuführungen zu Pensionsrückstellungen aus dem Bewertungsunterschied der erstmaligen Anwendung des BilMoG zum 1. Januar 2010 in Höhe von 0,5 Mio. Euro. Einen wesentlichen Anteil an der Position haben darüber hinaus die Konzessionsabgaben in Höhe von 24,6 Mio. Euro sowie die Beratungs- und Prüfungskosten in Höhe von 6,1 Mio. Euro. Die periodenfremden Aufwendungen betragen 1,1 Mio. Euro.

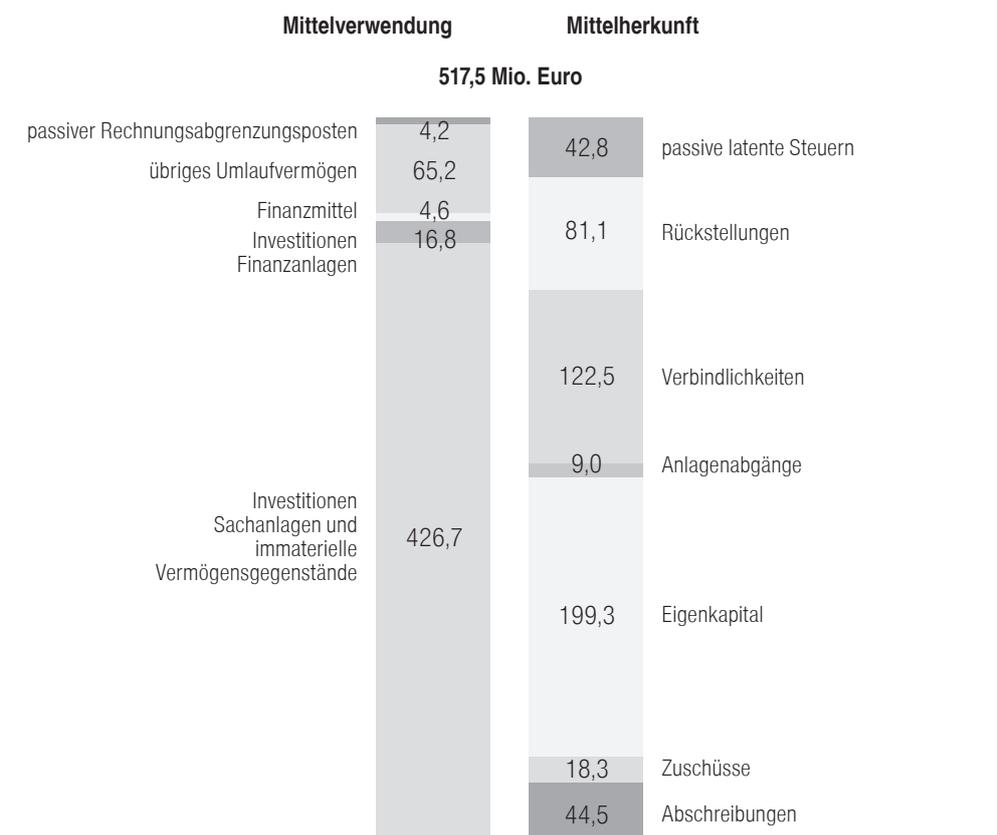
Das Betriebsergebnis erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Mio. Euro auf nunmehr 22,3 Mio. Euro.

Das Finanzergebnis hat sich um 7 Mio. Euro auf 29 Mio. Euro verschlechtert. Das schlechtere Finanzergebnis resultiert im Wesentlichen aus dem negativen Zinsergebnis in Höhe von -41,4 (Vorjahr: 29 Mio. Euro sowie aus dem gegenläufigen besseren Beteiligungsergebnis von 13,9 Mio. Euro (Vorjahr: 7,8 Mio. Euro). Die gesamten Zinsaufwendungen zu Pensionsrückstellungen betragen im Berichtsjahr 34,8 Mio. Euro (Vorjahr: 24,6 Mio. Euro).

Das Konzernergebnis vor Steuern beträgt -6,7 Mio. Euro und liegt damit um 5,3 Mio. Euro unter dem Vorjahresergebnis.

Die Ertragsteuern beinhalten Steuern für Vorjahre im Wesentlichen bedingt durch steuerliche Betriebsprüfungen in Höhe von 1,3 Mio. Euro (Vorjahr: Nachbelastungen 0,9 Mio. Euro).

Finanzlage



Im Jahr 2018 belief sich das Finanzierungsvolumen des E.V.A.-Konzerns auf 517,5 Mio. Euro. Der enorme Anstieg ist im Wesentlichen auf die umfangreichen Veränderungen in Bezug auf die Zusammenführung der bisherigen Aktivitäten im Netzbereich der Regionetz zurück zu führen sowie auf die Erweiterung des Konsolidierungskreises der sieben Solar- und Windparkgesellschaften. Hierin enthalten sind auch Sachverhalte aus der Erstkonsolidierung der betroffenen Gesellschaften.

Die Investitionen in Sachanlagen aus der Erstkonsolidierung und aus Zugängen des laufenden Geschäftsjahres resultieren dabei größtenteils aus den technischen Anlagen der STAWAG, der Regionetz, sowie aus Zugängen für Windkraft- und Photovoltaikanlagen bei der STAWAG Energie und den erstmals konsolidierten weiteren sieben Solar- und Windparkgesellschaften. Darüber hinaus erfolgten weitere Investitionen in das Finanzanlagevermögen aus Beteiligungen an einem Pumpspeicherkraftwerk der STAWAG sowie an Solarpark- und Windparkgesellschaften bei der STAWAG Energie. Die diesbezüglichen Geschäftsanteile an Windparkgesellschaften, die zur Veräußerung anstehen, werden im Umlaufvermögen ausgewiesen.

Zur weiteren Optimierung der kurz- und mittelfristigen Finanzierungsstrategie besteht ein konzernweites Cash-Pooling-System bei der E.V.A., in das alle Konzerngesellschaften eingebunden sind. Das Cash-Pooling-System verwaltet alle liquiden Mittel und stellt den notwendigen Betriebsmittelbedarf den Konzerngesellschaften zur Verfügung.

Bei der Mittelherkunft standen insgesamt 199,3 Mio. Euro aus Eigenkapital sowie weitere 122,5 Mio. Euro aus Verbindlichkeiten zur Verfügung.

Die weiteren Finanzierungsmittel ergeben sich im Wesentlichen aus höheren Rückstellungen von 81,1 Mio. Euro. Hiervon entfallen auf die Zunahme bei den Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen 49,8 Mio. Euro und auf die Zunahme der sonstigen Rückstellungen 30,6 Mio. Euro. In den sonstigen Rückstellungen sind Drohverlustrückstellungen der STAWAG aufgrund der Beteiligung an der TKL aus dem konventionellen Stromerzeugungsbereich sowie aus der Beteiligung an der TGE für die Bewirtschaftung des Gasspeicherbetriebs enthalten. Ferner standen Finanzierungsmittel aus Abschreibungen in Höhe von 44,5 Mio. Euro und aus latenten Steuern in Höhe von 42,8 Mio. Euro zur Verfügung.

Die gestiegenen Verbindlichkeiten resultieren mit 98 Mio. Euro aus höheren Darlehensschulden. Bei den bestehenden kurzfristigen Betriebsmittelkreditlinien bei den Kreditinstituten profitierte der Konzern weiterhin von dem geringen Zinsniveau auf dem Geld- und Kapitalmarkt. Neben den Finanzmitteln aus dem laufenden des Cash-Pool-Systems standen bereits prolongierte bereits im Vorjahr neu abgeschlossene langfristige Kreditlinien zur Verfügung. Im E.V.A.-Konzern werden derivative Finanzinstrumente in Form von Commodity-Swap-Geschäften zur Absicherung von Finanzgeschäften (Darlehen) durch Zinsswaps eingesetzt.

Vermögenslage

	Vermögen	Kapital	
Rechnungsabgrenzungsposten	6,9	2,6	Rechnungsabgrenzungsposten
übriges Umlaufvermögen	200,8	197,4	kurzfristige Rückstellungen/ Verbindlichkeiten
Guthaben bei Kreditinstituten	41,6	42,8	latente Steuern
immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	718,1	594,1	langfristige Rückstellungen/ Verbindlichkeiten
Finanzanlagen	164,2	41,8	Zuschüsse
		252,9	Eigenkapital

Die Bilanzsumme des Konzerns erhöhte sich zum Bilanzstichtag um 464 Mio. Euro (69,5 Prozent) auf 1.131,6 Mio. Euro.

Das Sachanlagevermögen von insgesamt 706,4 Mio. Euro wird von den technischen Netzanlagen der Regionetz in Höhe von 320 Mio. Euro dominiert. Zusammen mit den immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von 11,7 Mio. Euro ergeben sich insgesamt 63,5 Prozent des Gesamtvermögens. Die Finanzanlagen betreffen im Wesentlichen die nichtkonsolidierten Beteiligungen der STAWAG und der STAWAG Energie an Energieerzeugungsgesellschaften und an Stadtwerken und betragen 14,5 Prozent der Bilanzsumme.

Die restlichen Vermögensanteile resultieren mit 3,7 Prozent aus liquiden Mitteln, mit 17,7 Prozent aus dem sonstigen Umlaufvermögen und mit 0,6 Prozent aus dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Die Kapitalseite besteht zu 52,6 Prozent aus langfristigen Mitteln, die im Wesentlichen mit 340,7 Mio. Euro aus Pensionsrückstellungen, mit 205,4 Mio. Euro aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, mit 12,5 Mio. Euro aus Darlehensschulden gegenüber Gesellschaftern sowie mit 24 Mio. Euro aus Darlehen aus Stiftungsmitteln, die durch die Stadt Aachen verwaltet werden, resultieren. Die Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung des passiven

Unterschiedsbetrages aus der Kapitalkonsolidierung beträgt 22,3 Prozent. Damit ist das Anlagevermögen zu 96 Prozent durch langfristige Mittel gedeckt.

Die restlichen Mittel bestehen mit 17,4 Prozent aus kurzfristigen Rückstellungen und aus Verbindlichkeiten, mit 3,8 Prozent aus latenten Steuern sowie mit 3,7 Prozent aus Zuschüssen.

III. Prognosebericht

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stellt in seinem Frühjahrsgutachten vom 19. März 2019 fest, dass das Expansionstempo der deutschen Volkswirtschaft merklich nachgelassen hat. Gründe hierfür sehen die Analysten vor allem in den Produktionsproblemen bei der Automobil- und Chemieindustrie. Gleichzeitig hat sich die Grunddynamik der deutschen Wirtschaft verlangsamt. Zurückzuführen sei dies vor allem auf eine deutlich schwächere Exportnachfrage aus wichtigen Absatzmärkten. Weiterhin sind auf der Angebotsseite in vielen Branchen gerade durch Engpässe auf dem Arbeitsmarkt Kapazitätsgrenzen erreicht.

Daher korrigiert der Sachverständigenrat seine letzte Wachstumsprognose für das Jahr 2019 von einer durchschnittlichen Jahreszuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,5 Prozent auf 0,8 Prozent. Die niedrige Prognose für das Jahr 2019 wird dabei stark durch das schwache letzte Quartal des Jahres 2018 und den damit verbundenen geringen statistischen Überhang beeinflusst. Für 2020 erwartet der Sachverständigenrat eine durchschnittliche Jahreszuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,7 Prozent. Bereinigt um den positiven Kalendereffekt aufgrund der außergewöhnlich hohen Anzahl an Arbeitstagen beträgt die Zuwachsrate im Jahr 2020 nur 1,3 Prozent.

Der Sachverständigenrat geht davon aus, dass, obwohl die Überauslastung der deutschen Wirtschaft sinken wird, die Anzahl der Erwerbstätigen weiter steigen wird und somit die Lohndynamik hoch bleiben wird. Insbesondere von dem privaten Konsum, den Bauinvestitionen und dem Staatssektor dürften im Jahr 2019 positive Wachstumsbeiträge ausgehen.

„Die Hochkonjunktur der deutschen Wirtschaft ist vorerst vorüber. Eine Rezession ist angesichts der robusten Binnenkonjunktur aber aktuell nicht zu erwarten.“

(Christoph M. Schmidt, Vorsitzender des Sachverständigenrates)

Die Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung sind derzeit sehr hoch, da neben dem unsicheren Ausgang der Brexit-Verhandlungen, die Handelskonflikte zwischen den Vereinigten Staaten, Europa und China noch ungelöst sind und die Gefahr einer starken Wachstumsabschwächung in China besteht.

Für den voraussichtlich schwächeren Anstieg der Verbraucherpreise im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von 1,5 Prozent im Jahr 2019 und 1,6 Prozent in 2020 ist hauptsächlich der niedrige Ölpreis verantwortlich. Dabei ist jedoch zu erwarten, dass die Kerninflation im Prognosezeitraum ihren moderaten Aufwärtstrend fortsetzt.

Auf dem Arbeitsmarkt wird sich die seit mehreren Jahren anhaltende positive Entwicklung voraussichtlich fortsetzen. Die Dynamik dürfte jedoch nachlassen. Die Arbeitsmarktfrühindikatoren des ifo Instituts und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung deuten an, dass der Bedarf an Arbeitskräften zwar nach wie vor sehr hoch ist, die Einstellungsabsichten aber ihren Auftrieb verloren haben.

Der Sachverständigenrat geht davon aus, dass die Erwerbstätigenzahlen um 470.000 beziehungsweise 360.000 Personen zunehmen. Somit sollten in Deutschland im Jahr 2019 erstmals mehr als 45 Millionen Personen erwerbstätig sein. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung dürfte im laufenden und im kommenden Jahr um jeweils 530.000 beziehungsweise 450.000 Personen wachsen.

Durch den anhaltenden Beschäftigungszuwachs sollte sich die Anzahl der registrierten Arbeitslosen um rund 160.000 Personen auf unter 2,2 Millionen Personen im Jahr 2019 reduzieren. Die Arbeitslosenquote würde dann im laufenden Jahr unter die 5-Prozent-Marke fallen. Aufgrund der abnehmenden Dynamik dürfte der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahr 2020 mit rund 130.000 Personen jedoch etwas geringer ausfallen. Die Arbeitslosenquote könnte sich dann auf 4,6 Prozent reduzieren.

(Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Konjunkturprognose 2019 und 2020 vom 19. März 2019)

Die Lage der Unternehmen im Jahr 2019 in der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen ist erneut sehr positiv. An der im Frühjahr 2019 durchgeführten Konjunkturumfrage der Industrie- und Handelskammer Aachen (IHK) haben sich rund 300 Unternehmen mit insgesamt fast 22.800 Beschäftigten beteiligt.

Die IHK kommt zu dem Ergebnis, dass die sehr positive Wirtschaftslage im Bezirk Aachen sich seit dem vergangenen Herbst noch weiter verbessert hat. „Entgegen den Erwartungen einiger Wirtschaftsanalysten sind die Auftragsbücher der Unternehmen weiterhin voll und die Stimmung gut“, sagt IHK-Hauptgeschäftsführer Michael F. Bayer.

Mehr als die Hälfte aller befragten Betriebe beurteilen die gegenwärtige Geschäftslage als gut, nur etwa jedes zehnte Unternehmen als schlecht. Dies sind die höchsten Lagebewertungen seit sieben Jahren. Einen deutlichen Aufwind verzeichnete auch die Ertragslage der Unternehmen.

Des Weiteren sind die Investitions- und die Beschäftigungsabsichten hoch. Etwa vier von zehn Unternehmen möchten in den kommenden Monaten mehr investieren. Jeder dritte Betrieb erwartet einen Anstieg des Personalbedarfs.

Fast zwei Drittel aller Unternehmen sehen im Fachkräftemangel das größte Konjunkturrisiko. Dies ist zum fünften Mal in Folge ein neuer Rekordwert. Ein Drittel aller Betriebe möchte in den kommenden Monaten Personal einstellen, jedes sechste Unternehmen geht hingegen von einem Rückgang aus. Aktuell liegt die Arbeitslosenquote im Kammerbezirk Aachen bei 5,9 Prozent, das sind -0,6 Prozentpunkte niedriger als ein Jahr zuvor (zum Vergleich: in Nordrhein-Westfalen beträgt die Quote 6,4 Prozent, auf Bundesebene 4,9 Prozent).

Die kommenden Geschäftsjahre 2019 bis 2023 bei der ASEAG werden geprägt sein von der Neustrukturierung des Verkehrsmarktes im Verkehrsgebiet des Aachener Verkehrsverbundes GmbH, Aachen, (AVV). Mit Ende der Betrauungen der kommunalen Unternehmen im AVV zum Jahresende 2017 stand der AVV vor der Herausforderung, die Vergabe der Verkehrsleistung für die Zeit ab 2018 zu organisieren. Für die Stadt Aachen und die StädteRegion Aachen – somit also für das unmittelbare Bediengebiet der ASEAG wurden wesentliche rechtliche und politische Maßnahmen bereits im Geschäftsjahr 2015 abgeschlossen. Die entsprechende Vorabkennzeichnung wurde Anfang 2016 im EU-Amtsblatt veröffentlicht und im April 2017 erfolgte dann die formale Direktvergabe zum Fahrplanwechsel im Dezember 2017 an die ASEAG bis Dezember 2027. Rechtliche Einsprüche von Dritten gab es nicht, so dass die ASEAG das Leistungsvolumen von etwa 18,8 Mio. Nutz-Kilometern pro Jahr im Vergabezeitraum als gesichert angenommen werden kann.

Nach einem dynamischen Personalaustauschprozess in den letzten Jahren zwischen ES-BUS, als Fahrbetriebstochter, und der ASEAG wird für die kommenden Jahre ein leicht abgeschwächtes Fluktuationsniveau im Fahrdienst bei der ASEAG erwartet. In den übrigen

Funktionsbereichen der ASEAG werden keine signifikanten Veränderungen erwartet, so dass insgesamt von einem Personalbestand von ca. 545 Mitarbeiteräquivalenten in 2019 ausgegangen wird. Der Abgang älterer Mitarbeiter wird dabei durch die Gesetzgebung zur Rente mit 63 auch in den kommenden Jahren tendenziell beschleunigt. Dieser kostensenkenden Entwicklung des Personalabgangs von Mitarbeitern mit weitreichenden Besitzstandswahrungen gegenüber Neubeschäftigten wirkt entgegen, dass die Gewerkschaften weiterhin hohe Tarifforderungen stellen oder aber aufgrund der Schwierigkeiten in der Personalbeschaffung betriebliche Forderungen entstehen, die ebenfalls kostentreibend wirken. Insgesamt wird von Personalkosten in Höhe von 38,9 Mio. Euro ausgegangen, dabei stehen sinkenden Kosten der Altersvorsorge steigende Personalkosten gegenüber. Nachdem der Tarifabschluss zwischen ver.di und dem NWO, der Arbeitgeberverband der privaten Omnibusunternehmen in NRW, dazu geführt hat, dass faktisch aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz NRW (TVgG) keine Risiken mehr für die Vergabe an private Subunternehmen bestehen, setzt sich die Reduzierung des Kostenvorteils, den der private Tarif gegenüber dem kommunalen Spartentarif hat, durch hohe Tarifabschlüsse fort.

Nach der Gesetzesänderung zur Bewertung der Pensionsrückstellungen in 2016, die zu einer einmaligen Entlastung geführt hatte, werden die Ergebnisse der ASEAG vor Verlustübernahme durch die E.V.A. in 2018 sowie in den kommenden Jahren aufgrund weiterer erheblicher Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen weiter belastet. Ursachen hierfür sind im Wesentlichen weiter fallende Abzinsungssätze für die Bewertung der Pensionsrückstellungen, neue Heubeck-Sterbetafeln aus 2018 und ein vergleichsweise hoher Tarifabschluss, welche zusammen zu sehr hohen Zuführungen in der

Handelsbilanz führen. Die sich aus dem BilMoG ergebenden über bis zu 15 Jahren zu verteilenden Zuführungen zur Pensionsrückstellung konnten hingegen bereits 2017 vorzeitig abgeschlossen werden, so dass hieraus keine weiteren Belastungen resultieren.

Neben diesen Rahmenbedingungen werden steigende Umsatzerlöse, im Prinzip konstante Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung (§ 11 a ÖPNVG-NRW) und Schwerbehinderte (§ 148 SGB IX), Zuschüsse für das Mobilitätsticket (Sozialticket) sowie die Entwicklung der Dieselpreise das Ergebnis beeinflussen. Trotz der aktuellen Diskussionen, die derzeit bezüglich der Rolle des ÖPNV in Deutschland geführt werden – insbesondere vor dem Hintergrund umweltpolitischer und sozialpolitischer Fragestellungen – geht die ASEAG nicht von signifikanten Leistungsausweitungen aus. Sollten dennoch angebots- oder fahrpreisseitige Maßnahmen politisch gewünscht sein, so müssen die Aufgabenträger die Finanzierung entsprechend sicherstellen.

Das Niveau der Ausgleichszahlungen nach § 11a ÖPNVG-NRW (Schülerbeförderung) wird auch in den Folgejahren in etwa konstant bleiben. Das heißt auch, dass hier weiterhin keine Anpassung der Zuschüsse an steigende Betriebskosten erwartet wird. Der Rückgang der Schwerbehindertenquote hat bereits in der Vergangenheit dazu geführt, dass kein unternehmensspezifischer Zuschusssatz nach § 228 ff. SGB IX (zuvor § 148 Abs. 5 SGB IX) mehr erreicht werden konnte. Im Ergebnis ist die ASEAG somit bereits 2014 auf den Landessatz zurückgefallen. Der aktuell Satz liegt nunmehr mit 3,53 Prozent auf Vorjahresniveau – weitere Anpassungen sind allein vor dem Hintergrund zu erwarten, dass der ÖPNV landesweit als Verkehrsmittel gestärkt werden soll, wodurch der Anteil der schwerbehinderten Fahrgäste tendenziell abnimmt.

Für das Geschäftsjahr 2019 ist ein Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme von 30,5 Mio. Euro gemäß verabschiedetem Wirtschaftsplan geplant.

Die Fahrgastentwicklung ist 2018 im Stammgebiet insgesamt leicht rückläufig. Im Planungszeitraum erwartet die ASEAG jedoch auch nach Preisanpassungen in großen Teilen des Ticketsortiments ein moderates Fahrgastwachstum. Die Fahrgastrückgänge in 2018 sind zu großen Teilen aus rückläufigen Schülerzahlen, geringeren Einnahmezuscheidungen aus dem NRW-Tarif und dem Mobil-Ticket zu erklären. Hier kommen teilweise gesellschaftliche Entwicklungen zum Tragen, die die ASEAG nicht vollumfänglich kompensieren kann. So sorgt beispielsweise die gute Beschäftigungslage dafür, dass insgesamt weniger Käuferpotential für ein aus sozialpolitischen Gründen existierendes Mobil-Ticket zur Verfügung steht. Neben den Effekten aus den Pensionsverpflichtungen gilt grundsätzlich weiterhin, dass die allgemeinen Kostensteigerungen planmäßig im Wesentlichen durch Mehrerlöse gedeckt werden sollen; die Ergebnisverschlechterung resultiert daher weiterhin weniger aus inflationären Gesichtspunkten, sondern insbesondere aus erhöhten technischen und kundenseitigen Anforderungen, die sich in zunehmendem Aufwand widerspiegeln. Moderne Fahrgastinformationsmedien (z.B. Dynamische Fahrgastinformationssäulen, Internet und APP), zeitgemäße Vertriebsinfrastruktur (z.B. elektronisches Fahrgeldmanagement) und Fahrzeuge mit modernen Antriebsformen (Euro 6-, Hybrid- oder Elektrobusse) sind kapital- und/oder wartungsintensiv, ohne dass im verbliebenen Geschäft wesentliche Einsparungen generiert werden können. Dabei sich gegebenenfalls ergebende Mehrerlöse durch eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV sind nur sehr schwer zu beziffern und daher, wie in der Vergangenheit auch nicht Bestandteil der Planung. Vor diesem Hintergrund

gelingt es immer wieder die Aufgabenträger in Verbindung mit Förderprogrammen des Landes und des Bundes zur unmittelbaren Co-Finanzierung beispielsweise von technischen Neuerungen mit einzubeziehen.

Mögliche Kostensteigerungen im Bereich des Dieserverbrauchs sind in der Planung auf Basis entsprechender Prognosen enthalten. Insgesamt werden keine signifikanten Preisanstiege erwartet. Dieselswaps zur preislichen Absicherung des Verbrauchs bestehen noch bis Ende 2019. Ob weitere Dieselswaps zur Absicherung der Wirtschaftsplanung abgeschlossen werden, ist derzeit offen.

Aufgrund der beschriebenen Einnahme- und Kosteneffekte wird der Jahresfehlbetrag der ASEAG für das Wirtschaftsjahr 2019 auf -30,5 Mio. Euro geplant. Damit fällt das Ergebnis um 0,7 Mio. Euro besser aus als das Ergebnis für 2018 (-31,2 Mio. Euro).

Für die mittelfristige Zukunft erwartet die APAG ein Ergebnis von ca. 2 Mio. Euro, wobei eine erwartete Schließung des Parkhauses Rathaus das Ergebnis 2019 oder 2020 erheblich zusätzlich belasten wird. Diese etwas moderatere Einschätzung der Ergebnissituation beruht im Wesentlichen darauf, dass umfangreiche Sanierungsarbeiten, die zum Teil bereits durchgeführt sind, aber insbesondere beim Parkhaus Rathaus noch anstehen, entsprechend belastend auf das Ergebnis einwirken. Nachdem es nach der Eröffnung des Aquis Plaza zu einer Neusortierung der Kundenströme im Parkbereich gekommen ist, wird nunmehr davon ausgegangen, dass dieser Vorgang weitestgehend abgeschlossen ist. Welche Auswirkungen die jetzt wohl doch noch kommende PKW-Maut oder aber drohende Dieselfahrverbote haben, bleibt derzeit offen.

Die Planung berücksichtigt ein Busbeschaffungsprogramm bis 2023, das die jährliche Beschaffung neuer Busse vorsieht. Bis Anfang 2020 werden damit in Aachen ausschließlich Fahrzeuge eingesetzt, die den neuen Anforderungen des Nahverkehrsplans der Stadt Aachen erfüllen. Vor dem Hintergrund des Luftreinhalteplans der Stadt Aachen werden weiter Elektrobusse und vorgezogen Dieselbusse nach Euro VI-Norm angeschafft, die von den Aufgabenträgern und Förderprogrammen gesondert gefördert werden.

Auch die STAWAG hat das Geschäftsjahr 2018 erfolgreich begonnen und geht auf der Grundlage vorliegender erster Geschäftsdaten davon aus, dass das geplante Ergebnisniveau erreicht wird. Im Geschäftsfeld Vertrieb wurde hierbei ein moderater Rückgang der Mengen aufgrund von Kundenverlusten in den Sparten Strom und Gas bei normaler Witterung unterstellt.

Mengenentwicklung Vertriebsgeschäft

Sparte	Ist 2018	Plan 2019	Abw. (%)
Strom (Mio. kWh)	908,6	825,5	+10,0
Gas (Mio. kWh)	1.310,5	1.185,3	+10,6
Wasser (Mio. cbm)	18,0	17,4	+3,5
Wärmecontracting (Mio. kWh)	6,0	8,1	-25,9

Bei den Netzausspeisungen wird, bereinigt um entsprechende Witterungseffekte, im Strombereich eine weitgehend konstante Entwicklung erwartet. Für den Gasbereich ergibt sich infolge erwarteter zusätzlicher Erschließungsgebiete und einer zunehmenden Verdichtung des bestehenden Gasnetzes eine leicht ansteigende Netzausspeisung.

Netzausspeisung Regionetz

Sparte	Ist 2018	Plan 2019	Abw. (%)
Strom (Mio. kWh)	2.292,9	2.330,4	+1,6
Gas (Mio. kWh)	5.410,3	5.573,6	+2,9

Insgesamt wird die operative Ertragskraft der STAWAG auch im Geschäftsjahr 2019 durch hohe Aufwendungen für die Altersversorgung infolge der anhaltenden Niedrigzinsphase, aber auch durch Verluste im konventionellen Erzeugungsbereich belastet. Die STAWAG wird sich im Bereich der erneuerbaren Energien weiterhin engagieren, ihren Know-how-Vorsprung in der Projektentwicklung durch die Entwicklung wirtschaftlich attraktiver Projekte im Bereich Onshore-Windkraft zu nutzen. Für das Geschäftsjahr 2019 ist bereits absehbar, dass mit einem weiterhin stabilen Ergebnisbeitrag aus diesem Geschäftsbereich gerechnet werden kann. Die STAWAG geht davon aus, dass mittelfristig die relevanten energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch im Ausschreibungsregime eine weitere Realisierung attraktiver Projekte bei den erneuerbaren Energien ermöglichen.

Finanzielle Kennzahlen

Kennzahl	Ist 2018	Plan 2019	Abw. (%)
Umsatzerlöse (TEuro)	309.842	310.682	-0,3
EBITDA (TEuro)	59.740	-475	-12.676
EBIT (TEuro)	53.219	-6.486	-920
EBT (TEuro)	75.505	23.089	+227

Die STAWAG wird auch im Geschäftsjahr 2019 das stetige Ziel verfolgen, die einzelnen Geschäftsfelder vor dem Hintergrund der sich zunehmend ändernden Marktbedingungen und des stärker werdenden Wettbewerbs weiterzuentwickeln und zu optimieren. Neben der Fortsetzung des Ausbaus der erneuerbaren Energien und der Projektentwicklung sowie der Stabilisierung des vertrieblichen Stammgeschäftes wird ein Schwerpunkt der STAWAG auch auf der Steuerung und Weiterentwick-

lung der Regionetz und der Nutzung weiterer Synergiepotenziale liegen. Eine positive Ergebnisentwicklung erwartet die STAWAG auch aus ihren wachsenden Geschäftsaktivitäten im Bereich der Rekommunalisierung und im energiewirtschaftlichen Kundenservice sowie im Prozess- und Dienstleistungsbereich. Für das Geschäftsjahr 2019 geht die STAWAG trotz der vorgenannten Ergebnisbelastungen davon aus, dass das geplante Ergebnis in Höhe von rund 23,1 Mio. Euro erreicht wird.

Die **regio iT** setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden sowie den Ausbau der Wertschöpfungstiefe bei Bestandskunden auch weiterhin organisch zu wachsen. Auch Fusionen, Kooperationen und Partnerschaften mit Partnern in kommunaler Trägerschaft steht die regio iT weiterhin offen gegenüber.

Die positive Prognose des Marktes für Informations- und Kommunikationstechnologie bietet aktuell eine Reihe von Chancen für die regio iT. Die Digitalisierung schreitet in allen bedienten Branchen voran und bietet kurz- und mittelfristige Umsatzchancen. Traditionell in Eigenregie betriebene IT-Infrastrukturen können weder den Anforderungen an die Haltung und Nutzung stetig steigender Datenmengen begegnen, noch die Herausforderungen hinsichtlich Sicherheit, Leistungsfähigkeit und Kosteneffizienz bewältigen.

Auch der Gesetzgeber ist ein weiterer Treiber bei kommunalen Verwaltungsprozessen. Die Umstellung auf möglichst digitale Stadtverwaltungen wollen alle Bundesländer weiter vorantreiben. So sollen in NRW u.a. in Aachen Behördengänge und interne Abläufe in den Rathäusern digitalisiert werden, unterstützt mit Mitteln der Landesregierung. Durch das breite Dienstleistungsportfolio, vor allem auch durch die ausgewiesene Expertise bei Private-Cloud-Plattformen und -Technologien, ist die regio iT auf diese Herausforderungen ihrer Kunden sehr

gut vorbereitet. Darüber hinaus ist die regio iT auch bei innovativen und geförderten Forschungsprojekten in Konsortien vertreten. So beschäftigt sich die regio iT bereits seit rund zwei Jahren mit den Entwicklungen rund um die Blockchain-Technologie (Distributed Ledger Technology), um Erfahrungen hinsichtlich möglicher Einsatzszenarien für Kommunen und kommunale Unternehmen zu sammeln.

Mit dem Verkauf von Geschäftsanteilen im Umfang von 10,77 Prozent an die Stadt Aachen scheidet die regio iT ab 2018 aus dem Konsolidierungskreis der E.V.A. aus. Weiterhin kann die E.V.A. der regio iT die Betriebsmittelfinanzierung über das Cash-Pooling-Verfahren nicht mehr anbieten. Für die Neugestaltung der Betriebsmittelfinanzierung stellt die E.V.A. der regio iT jedoch ein variables Gesellschafterdarlehen bis zu einer maximalen Höhe von 4 Mio. Euro zur Verfügung. Der entsprechende Darlehensvertrag sieht eine Laufzeit von zunächst fünf Jahren (bis Ende 2022) zu marktüblichen Konditionen vor. Darüber hinaus besteht jedoch Konsens, dass die enge Partnerschaft mit den Konzernunternehmen bzw. der E.V.A. auch weiterhin fortgeführt wird, eine entsprechende Vereinbarung wurde am 20. Dezember 2017 beiderseitig unterzeichnet.

Die folgenden finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahr 2019 prognostiziert (monetäre Werte in Mio. Euro).

Finanzielle Leistungsindikatoren (Mio. Euro)

	Ist 2018	Plan 2019	Abw. I/P abs.	Abw. I/P %
Gesamtumsatz	67,3	68,4	1,1	1,6
davon				
Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb	47,9	50,2	2,3	4,8
Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	7,6	8,5	0,9	11,8
Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft	6,8	6,0	-0,8	-11,8
Anteil Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	11,3 %	12,5 %	-	-
Rohergebnis/-ertrag ¹⁾	42,5	45,0	2,5	5,9
Ergebnis vor Steuern	3,7	2,9	-0,8	-21,6
Gesamtleistungsrendite (vor Steuern)	5,5 %	4,2 %	-	-

1) Rohergebnis = (Umsatz + sonstige Erträge + aktivierte Eigenleistungen/Bestandsveränderungen) ./ Materialaufwand

Für das Geschäftsjahr 2019 plant die regio iT bei den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb mit 50,2 Mio. Euro, das bedeutet eine Steigerung von 2,3 Mio. Euro. Neue Produkte, bei denen Wachstumschancen gesehen werden, sind das Produkt Virtual Desktop Infrastructure (VDI), Produkte im Bereich Intelligentes Messwesen für die Energieversorgungswirtschaft, Full-Service-Dienstleistungen im Schulbereich, (Bürger-) Portallösungen/Digitalisierung im kommunalen Umfeld (Modellregionen).

Bei den Umsatzerlösen aus Projektleistung/Beratung geht die regio iT bei einem geplanten Wert von 8,5 Mio. Euro von erneut gesteigerten Erlösen aus. Die erwarteten Umsätze aus Projektleistung und Beratung entsprechen dem Ziel der regio iT, mindestens ca. 10 Prozent des Gesamtumsatzes in diesem Segment zu erwirtschaften. Aufgrund der bereits vorliegenden Projektbeauftragungen (2018) sowie umfangreichen Projekt-/Beratungsanfragen über alle Unternehmensbereiche und über alle Kundengruppen hinweg, ist die regio iT optimistisch, dieses Umsatzniveau realisieren zu können.

Treiber sind insbesondere Projekt-/Beratungsanfragen im Kontext der Digitalisierung von Kommunen (Modellregionen) und Schulen sowie auch im Bereich Smart Energie & Mobilität. Erkennbar ist, dass die Kunden entsprechende Budgets für den Weg der Digitalisierung eingeplant haben.

Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft werden entsprechend den Marktprognosen mit 6 Mio. Euro eher rückläufige Umsätze erwartet. IT-Hardware wird mehrjährig genutzt. Daher werden nach einem von hohen Einzelaufträgen geprägten Geschäftsjahr 2018 Umsatzerlöse auf Basis kontinuierlicher Ersatzbeschaffungen auf Niveau der Vorjahre erwartet.

Wesentlichste gegenläufige Kostenposition sind die Personalkosten. Hier wird eine Steigerung von 26,9 Mio. Euro auf 29,3 Mio. Euro erwartet. Diese Steigerung basiert zum einen auf erwartete tarifliche Erhöhungen, zum anderen auch auf Neueinstellungen in 2018/2019. Diese sind erforderlich, um den weiteren Wachstumskurs bewältigen zu können.

Aufgrund der weiterhin umfangreichen eigenen Wertschöpfung erwartet die regio iT für 2019 eine Steigerung des Rohergebnisses von 42,5 Mio. Euro auf 45 Mio. Euro. Dementsprechend wird das Ergebnis vor Steuern in Höhe von 2,9 Mio. Euro mit 0,8 Mio. Euro leicht unter dem sehr gutem Niveau des Berichtsjahres (3,7 Mio. Euro) liegen. Zusammenfassend geht die regio iT von einer positiven Geschäftsentwicklung für das Jahr 2019 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können. Das Beteiligungsergebnis der regio iT ist phasenverschoben. Für das Wirtschaftsjahr 2019 wird das anteilige Ergebnis in Höhe von 1,1 Mio. Euro des Jahresüberschusses des Geschäftsjahres 2018 erwartet.

Aus den prognostizierten Ergebnisbeiträgen der Konzerntöchter wird insgesamt auf Ebene der E.V.A. für das Geschäftsjahr 2019 ein negatives Beteiligungsergebnis von 7,6 Mio. Euro erwartet. Unter Berücksichtigung eines Zinsaufwandes von 1,2 Mio. Euro weist der Wirtschaftsplan für das laufende Geschäftsjahr 2019 somit einen Jahresfehlbetrag vor Steuern in Höhe von 9,1 Mio. Euro aus. Aufgrund von steuerrechtlichen Hinzurechnungsposten (insbesondere hervorgerufen durch die unterschiedlichen Bewertungsregeln zwischen Handels- und Steuerrecht bei der Bildung von Rückstellungen für die Altersvorsorge) werden Ertragsteuern in Höhe von 4,6 Mio. Euro prognostiziert. Somit wird der Jahresfehlbetrag für 2019 nach Steuern voraussichtliche 13,7 Mio. Euro betragen. Um die Hälfte des Stammkapitals zu sichern, wäre eine Ausgleichszahlung durch die Stadt Aachen in Höhe von 0,4 Mio. Euro notwendig. Damit läge der Jahresfehlbetrag nach Ausgleichszahlung bei 13,3 Mio. Euro.

IV. Chancen- und Risikobericht

Entsprechend § 91 Abs. 2 Aktiengesetz hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem eingerichtet, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Analog zu unserem Controlling- und Planungsprozess führen regelmäßige Risiko-Inventuren nach einem konzerneinheitlichen Verfahren zu einer vollständigen Dokumentation aller Einzelrisiken. Für die verschiedenen Unternehmensbereiche und für die Gesellschaften sind Risikoverantwortliche benannt, die erkannte Gefahren und Chancen in ihren Bereichen durch Abschätzung der Schadenshöhe und der Eintrittswahrscheinlichkeit bewerten und sie nach einer wiederkehrenden Systematik dokumentieren.

Die Risiken werden nach den Kategorien allgemeine externe, allgemeine interne, leistungswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Risiken unterschieden. Der Risikomanager führt die Ergebnisse in einem halbjährlichen standardisierten Bericht an die Leitungsorgane der Gesellschaft sowie deren Aufsichtsgremien zusammen. Aus den Ergebnissen der Risiko-Inventuren werden Maßnahmen zur Steuerung, Begrenzung und Minderung der Risiken abgeleitet. Darüber hinaus fungiert die interne Revision als unabhängige Kontrollinstanz. Zum 1. Januar 2010 ist eine konzernweite Unternehmensverfassung in Kraft getreten. Diese sieht u. a. Regelungen zum Wettbewerbsrecht, zur Antikorruption, zur Vermeidung von Interessenkonflikten, zum Datenschutz und zur Umsetzung der Verfassung vor. Die Risiken des E.V.A.-Konzerns sind aufgrund des Geschäftsmodells wenig operativ induziert. Diese liegen eher bei den großen Beteiligungsgesellschaften ASEAG und STAWAG sowie deren Tochtergesellschaften.

Im Risikoportfolio der STAWAG zum 31. Dezember 2018 belasten die niedrigen Strombörsenpreise weiterhin die operative Ergebnissituation im konventionellen Kraftwerksbereich. Die Erzeugungskostenspreads verzeichneten unterjährig zwar eine Erholung, was auch zu einer Reduzierung der Drohverlustrückstellung zum Bilanzstichtag um rund 1,9 Mio. Euro beitrug, doch mittelfristig sind noch keine Preisindikatoren zu erkennen, die eine signifikante wirtschaftliche Verbesserung erwarten ließen. Beim Ausbau regenerativer Erzeugungsanlagen leistet die STAWAG mit ihrer 100-prozentigen Tochter STAWAG Energie seit Jahren einen positiven Beitrag und genießt für alle bereits erbauten Anlagen einen Bestandsschutz hinsichtlich Einspeisevergütung. Auch unter den neuen Ausschreibungsbedingungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) möchte die STAWAG Energie neue Windparks entwickeln. Damit verbunden sind weiterhin die allgemeinen Risiken einer Projektentwicklung, wie beispielsweise die Verzögerung eines Genehmigungsprozesses oder behördliche Auflagen, und bauherrentypische Risiken, wodurch die Projekte nicht in dem geplanten Zeitrahmen umgesetzt werden können. Die Vielzahl unterschiedlichster Projekte, in denen die STAWAG Energie erfolgreich tätig war, unterstreicht jedoch ihre Kompetenz, so dass die künftig hieraus zu erwartenden wirtschaftlichen Erfolge die Risiken übersteigen werden.

Die immer noch niedrigen Kapitalmarktzinsen begünstigen nach wie vor die langfristige Fremdkapitalaufnahme der STAWAG, führen in den nächsten Jahren jedoch weiterhin zu einer zinsbedingt erhöhten Zuführung zu den Pensionsrückstellungen bei der STAWAG, der Regionetz und der FACTUR. Diese wirtschaftliche Zusatzbelastung durch das Absinken des Rechnungszinssatzes ist in der aktuellen Wirtschaftsplanung bis 2023 berücksichtigt.

Ansonsten gehören die unbeeinflussbaren Wetterrisiken mit ihren positiven und negativen Effekten auf die Absatz- und die Einspeisemengen unverändert zum Geschäftsmodell der STAWAG-Gesellschaften. Auf der Kunden- und der Energieabsatzseite ist die STAWAG weiterhin der Gefahr von Kundenfluktuation und der Schwierigkeit der Neukundengewinnung ausgesetzt. Die STAWAG nutzt jedoch weiter die Chance, an Ausschreibungen von Konzessionen und Rekommunalisierungen teilzunehmen, um ihr Netz- und Vertriebsgeschäft auszuweiten.

In ihrem Risikoportfolio zum 31. Dezember 2018 rechnet die ASEAG auch in den kommenden Jahren weiter mit sich verändernden Rahmenparametern (Zinssätzen/Zinssatzprognosen, Versicherungstafeln u.ä.) bei der Berechnung ihrer Pensionsrückstellungen und den hieraus resultierenden Ergebnisbelastungen. Begünstigend wirkt hierbei, dass die aus dem Jahr 2010 stammenden Zusatzbelastungen aus dem BilMoG in 2017 abgeschlossen werden konnten. Weiterhin trägt seit 2016 ein geänderter Durchführungsweg für neu zu schaffende Altersvorsorge dazu bei, dass die jährlichen Rückstellungszuführungen bilanziell anders dargestellt werden und die jährlichen Ergebnisausschläge dämpfen. Mittels Direktvergabe erhielt die ASEAG in 2017 von der Stadt Aachen den Auftrag, ihre Verkehrsleistungen für weitere zehn Jahre fortzuführen. Aufgrund fehlender Klagen besteht inzwischen Rechtssicherheit und somit Bestandsschutz bis Ende 2027.

Das Risiko der künftigen Werthaltigkeit der APAG-Beteiligung wird aufgrund der positiven Ergebnisentwicklung der letzten Jahre als eher gering angesehen. Das Kostenrisiko bei der Beauftragung der Subunternehmer, das aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz in 2012 entstanden war, ist entfallen, jedoch verbleibt das Risiko eines schleichenden, überproportionalen Kostenanstiegs, da die ASEAG in Zukunft mit

einem deutlich stärkeren Tarifpartner zu verhandeln hat. Weitere wesentliche Risiken ergeben sich aus Umweltbelangen. Sie machen es erforderlich, dass die ASEAG schneller als geplant kostenintensive, schadstoffreduzierende oder umweltpolitische Maßnahmen einzuleiten hat. Neben der Einführung von Umweltzonen resultieren weitere Verschärfungen aus den Anforderungen des Luftreinhalteplans der Stadt Aachen, der in 2018 zu einem veränderten Nahverkehrsplan mit höheren abgasseitigen Anforderungen an die Fahrzeugflotte führte. Ob die inzwischen gemeinsam mit dem Gesellschafter Stadt Aachen eingeleiteten Maßnahmen ausreichen (SCRT-Filter, vorgezogene Neubeschaffung u. ä.), um Dieselfahrverbote zu vermeiden, die aus einem laufenden Gerichtsverfahren der Stadt Aachen resultieren, ist derzeit offen.

Maßnahmen zur Reduzierung von Stickoxiden werden aktuell stark gefördert und die ASEAG nutzt diese Förderprogramme, um Kostenbelastungen für die Stadt und die ASEAG zu minimieren. Ein weiteres wesentliches Risiko der ASEAG bleibt die Abhängigkeit von Zuschüssen und Fördermitteln, die in der Regel keiner Dynamisierung unterliegen und die die Notwendigkeit mit sich bringen, wegfallende oder stagnierende Zuschüsse durch andere geeignete Maßnahmen zu kompensieren. Weiterhin besteht ein wesentliches Risiko bei der ASEAG in der zunehmenden Anzahl leistungsgeminderter Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die insbesondere nicht mehr im Fahrdienst eingesetzt werden können. Darüber hinaus bestehen für die ASEAG unverändert deutlich geringer bewertete Risiken, wie beispielsweise das Risiko des geänderten Kundenverhaltens bei der ÖPNV-Nutzung.

Die E.V.A. selbst fungiert nicht nur als geschäftsführende Holding, sondern auch als steuerliche Organmuttergesellschaft. Sie trägt damit sämtliche steuerliche Risiken, die sich bei den Organgesellschaften aus deren steuerrelevanten Geschäftsaktivitäten oder aus Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz ergeben.

Für erkennbare Risiken aus Betriebsprüfungen wird durch Rückstellungsbildung rechtzeitig vorgesorgt. Dennoch zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, dass steuerliche Vorgänge zunehmend komplexer geworden sind, schwieriger zu deklarieren sind und sich zuweilen stark von der wirtschaftlichen Beurteilung in der Handelsbilanz entfernen können. Die Ergebnisschere zwischen Handels- und Steuerbilanz geht somit auch durch eine Betriebsprüfung immer weiter auf und stellt damit zunehmend eine Ergebnisunsicherheit dar. Steuerliche Risiken im Zusammenhang mit Steuergesetzänderungen sind allerdings aktuell nicht erkennbar.

Das Geschäftsergebnis der E.V.A. wird in hohem Maße von der Entwicklung der Ergebnisse im Energiebereich der STAWAG und von den Verlusten im ÖPNV-Bereich der ASEAG bestimmt. Tendenziell besteht hieraus aufgrund der steigenden Verluste im ÖPNV-Bereich sowie der schwer zu haltenden Gewinne im Energiebereich die Gefahr einer Ergebnis- und Liquiditätsunterdeckung. Die Gesellschafterin der E.V.A. – die Stadt Aachen – hat daher schon im Jahr 2015 finanzielle Unterstützungsmaßnahmen ergriffen und diese im Jahr 2016 im Zuge eines langfristigen Finanzierungskonzeptes für die E.V.A. nochmals erweitert. In 2016 flossen der E.V.A. aufgrund dessen zusätzliche finanzielle Mittel zur Eigenkapitalstärkung in Höhe von 14 Mio. Euro sowie Darlehensmittel aus einem Upstream-Darlehen der ASEAG in Höhe von 4,3 Mio. Euro zu. Außerdem leistet die Stadt Aachen seitdem regelmäßig die im Gesell-

schaftsvertrag verankerten Ausgleichszahlungen und dies für 2017 und 2018 sogar durch vorgezogene Zahlungen. Da die E.V.A. neben den Ausgleichszahlungen der Gesellschafterin auch noch neue Darlehen der ASEAG in Anspruch nehmen kann, sieht die E.V.A.-Geschäftsführung aktuell keine finanzwirtschaftlichen Risiken oder Risiken einer eigenkapitalmäßigen Unterdeckung. Kurzfristig wird sich die E.V.A. weiterhin aus der vorhandenen Liquidität sowie über den konzerninternen E.V.A.-Cash-Pool finanzieren.

Im E.V.A.-Konzern werden derivate Finanzinstrumente in Form von Commodity-Swap-Geschäften zur Dieselpreisabsicherung bei der ASEAG, für Kohlebezugsrechte bei der STAWAG sowie zur Absicherung von Finanzgeschäften (Darlehen) durch Zinsswaps eingesetzt.

Ebenso überwachen vorhandene Forderungsmanagementsysteme die Zahlungseingänge und regeln das Mahn- und Inkassogeschäft.

Die aktuelle Überprüfung der Risikosituation zeigt, dass die Gesellschafterin – die Stadt Aachen – mit dem verabschiedeten Finanzierungskonzept den langfristigen Fortbestand der E.V.A. sichern und am Konzept des steuerlichen Querverbundes festhalten möchte. Sie stellt der E.V.A. hierzu eine angemessene und erforderliche Kapital- und Liquiditätsausstattung bereit. Insofern ist die Risikolage der E.V.A. entschärft, wird jedoch weiterhin einer regelmäßigen Prüfung unterzogen. In Zukunft wird es verstärkt auf die Einhaltung der Planergebnisse der operativen Tochtergesellschaften ASEAG und STAWAG, die dem Finanzierungskonzept zugrunde gelegt sind oder einer angemessenen Bereitstellung zusätzlicher Mittel ankommen.

Konkretisierte Risiken wurden in den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften, soweit zulässig, durch adäquate Rückstellungsbildung berücksichtigt. Darüber hinaus sind wesentliche Risiken außerdem in den Wirtschaftsplänen der Gesellschaften eingearbeitet.

Aachen, den 7. Juni 2019

Energieversorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mbH Aachen

Die Geschäftsführung

Dr. Christian Becker

Michael Carmincke

Konzern

Konzernabschluss >>

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2018

Aktiva	Anhang	31.12.2018 Euro	31.12.2017 TEuro
A. Anlagevermögen	_ 1		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		1.224.951,12	2.803
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		9.157.369,22	3.545
3. Geschäfts- oder Firmenwert		942.721,00	0
4. Geleistete Anzahlungen		395.121,54	540
		<u>11.720.162,88</u>	<u>6.888</u>
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		50.651.183,29	44.441
2. Fahrzeuge für Personenverkehr		13.340.516,00	15.949
3. Technische Anlagen und Maschinen einschließlich Verteilungsanlagen		605.402.568,01	245.598
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		11.301.612,01	10.054
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		25.724.717,34	11.753
		<u>706.420.596,65</u>	<u>327.795</u>
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		8.785.441,45	12.517
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		16.666,64	33
3. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen		48.479.884,39	36.552
4. Beteiligungen		83.984.438,86	84.708
5. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		22.319.508,54	23.389
6. Sonstige Ausleihungen		653.320,49	510
		<u>164.239.260,37</u>	<u>157.709</u>
		882.380.019,90	492.392
B. Umlaufvermögen	_ 2		
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		3.243.280,52	2.450
2. Unfertige Leistungen		11.758.799,95	8.137
3. Waren		5.427.538,32	2.706
		<u>20.429.618,79</u>	<u>13.293</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		88.154.247,65	47.459
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		9.686.232,04	2.778
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		31.030.260,45	17.633
4. Forderungen gegen Gesellschafter		15.498.117,92	15.016
5. Sonstige Vermögensgegenstände		14.263.247,29	12.650
		<u>158.632.105,35</u>	<u>95.536</u>
III. Anteile an verbundenen Unternehmen		21.706.805,00	26.685
IV. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		41.580.873,39	36.972
		242.349.402,53	172.486
C. Rechnungsabgrenzungsposten	_ 3	6.906.996,96	2.729
D. Aktive latente Steuern		0,00	33
		1.131.636.419,39	667.640

Passiva	Anhang	31.12.2018 Euro	31.12.2017 TEuro
A. Eigenkapital	– 4		
I. Gezeichnetes Kapital		14.049.880,00	14.050
II. Kapitalrücklage		43.753.000,00	43.753
III. Gewinnrücklagen		80.517.432,03	79.169
IV. Nicht beherrschende Anteile		180.729.775,99	1.142
V. Konzernbilanzverlust		<u>-91.763.157,22</u>	<u>-84.526</u>
		227.286.930,80	53.588
B. Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile		25.000,00	0
C. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	– 5	25.570.010,00	0
D. Zuschüsse	– 6		
1. Baukostenzuschüsse		41.769.212,16	23.439
2. Sonstige Zuschüsse		<u>36.276,82</u>	<u>36</u>
		41.805.488,98	23.475
E. Rückstellungen	– 7		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		340.682.220,00	290.895
2. Steuerrückstellungen		765.722,37	12
3. Sonstige Rückstellungen		<u>85.963.941,01</u>	<u>55.396</u>
		427.411.883,38	346.303
F. Verbindlichkeiten	– 8		
1. Genussscheinkapital		140.000,00	0
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		238.616.469,30	140.596
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		45.163.496,79	29.509
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		1.609.420,05	1.424
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		15.558.374,33	11.685
6. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		12.716.660,89	12.670
7. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>50.366.012,90</u>	<u>45.819</u>
		364.170.434,26	241.703
G. Rechnungsabgrenzungsposten	– 9	2.587.184,84	2.571
H. Passive latente Steuern	– 10	42.779.487,14	0
		1.131.636.419,39	667.640

Konzern – Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018

	Anhang	2018 Euro	2017 TEuro
1. Umsatzerlöse	_ 11		
a) Brutto-Umsatzerlöse		681.670.610,09	538.375
b) Strom- und Energiesteuer		<u>-22.413.523,37</u>	<u>-17.908</u>
		659.257.086,72	520.467
2. Erhöhung/Verminderung (-) des Bestands an unfertigen Leistungen		-293.138,67	-1.064
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		8.719.968,28	6.202
4. Sonstige betriebliche Erträge	_ 12	29.052.361,60	18.136
5. Materialaufwand	_ 13		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		-215.566.782,82	-214.337
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		<u>-209.173.442,58</u>	<u>-115.121</u>
		-424.740.225,40	-329.458
6. Personalaufwand	_ 14		
a) Löhne und Gehälter		-94.164.746,71	-95.907
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-28.970.184,30	-16.990
		<u>-123.134.931,01</u>	<u>-112.897</u>
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-41.097.894,59	-23.478
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	_ 15	-85.479.569,57	-57.344
Betriebsergebnis		22.283.657,36	20.564
9. Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	_ 16	9.090.725,08	3.222
10. Erträge aus Beteiligungen	_ 17	4.872.293,32	4.585
11. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	_ 18	13.648,41	0
12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	_ 19	2.095.797,45	2.275
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	_ 20	700.692,90	515
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen	_ 21	-3.415.301,24	-2.941
15. Aufwendungen aus der Verlustübernahme		-203.070,06	-130
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	_ 22	-42.110.424,57	-29.510
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	_ 23	-661.673,31	-3.589
18. Ergebnis nach Steuern		-7.333.654,65	-5.009
19. Sonstige Steuern	_ 24	-1.526.772,38	-939
20. Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter		-8.897.107,08	0
21. Erträge aus der Ausgleichsverpflichtung		7.793.000,00	7.000
22. Konzernjahresfehlbetrag (Vorjahr: Konzernjahresüberschuss)		-9.964.534,11	1.052
23. Verlustvortrag		-84.525.845,18	-80.260
24. Nicht beherrschenden Anteilen zustehender Gewinn		-461.218,20	-1.518
25. Nicht beherrschenden Anteilen zustehender Verlust		3.188.440,27	0
26. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen		0,00	-3.800
27. Konzernbilanzverlust		-91.763.157,22	-84.526

Konzernanhang

Konsolidierungskreis und Konsolidierungsgrundsätze

In den Konsolidierungskreis sind neben der E.V.A. siebzehn Tochtergesellschaften gemäß Aufstellung des Anteilsbesitzes zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2018 einbezogen. Die folgenden Gesellschaften werden erstmalig in den Konzernabschluss einbezogen, da die Absicht der mehrheitlichen Weiterveräußerung fallen gelassen wurde:

- Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG (SA Giebelstadt), Aachen
- Solar Power Turnow West I GmbH & Co. KG (Turnow West I), Aachen
- Solar Power Turnow West II GmbH & Co. KG (Turnow West II), Aachen
- Solarpark Gödenroth GmbH & Co. KG (SP Gödenroth), Aachen
- Solarpark Ilbesheim GmbH & Co. KG (SP Ilbesheim), Aachen
- Windpark Laudert GmbH & Co. KG (WP Laudert), Aachen
- Windpark Riegenroth GmbH & Co. KG (WP Riegenroth), Aachen

Ein Wahlrecht nach § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB wurde in Bezug auf die Regionetz GmbH, Aachen, nicht ausgeübt.

Das dem Konzernergebnis zuzurechnende Jahresergebnis der folgenden Tochterunternehmen macht weniger als 3,5 Prozent aus und ist somit von untergeordneter Bedeutung. Ferner würde sich die Einbeziehung dieser Unternehmen nicht wesentlich auf die Konzern-Vermögens- und Finanzlage auswirken. Demgemäß wurden folgende Tochterunternehmen gemäß § 296 Abs. 2 HGB wegen untergeordneter Bedeutung für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht in den Konzernabschluss einbezogen:

- Unterstützungseinrichtung „Akreka“ GmbH (Akreka), Aachen
- ASEAG-Reisen GmbH (ARG), Aachen
- ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH (ESBUS), Eschweiler
- STAWAG Energie Komplementär GmbH (STAWAG Energie Komplementär), Aachen
- Solaranlage Giebelstadt II Verwaltungs GmbH (SA Giebelstadt Verwaltung), Aachen
- STAWAG Infrastruktur Simmerath Verwaltungs GmbH (Simmerath Verwaltung), Simmerath
- STAWAG Infrastruktur Monschau Verwaltungs GmbH (Monschau Verwaltung), Monschau
- Infrastruktur Turnow West GmbH & Co. KG (Infrastruktur Turnow), Aachen

Die im Folgenden aufgeführten Tochterunternehmen werden gemäß § 296 Abs. 1 Nr. 3 HGB nicht in den Konsolidierungskreis einbezogen, da die Anteile mehrheitlich zum Zwecke ihrer Weiterveräußerung gehalten werden:

- FOURMANAGEMENT GmbH (FOURMANAGEMENT), Düsseldorf
- Windpark Aachen-Nord GmbH & Co. KG (WP Aachen Nord), Aachen
- Windpark Fischbachhöhe GmbH & Co. KG (WP Fischbachhöhe), Aachen
- Windpark Monschau GmbH & Co. KG (WP Monschau), Aachen
- Windpark Münsterwald GmbH & Co. KG (WP Münsterwald), Aachen
- Windpark Simmerath GmbH & Co. KG (WP Simmerath), Aachen

Die Beteiligung an den Stadtwerken Lübeck wird als Beteiligung an assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode mit dem Buchwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert und dem anteiligen Eigenkapital des assoziierten Unternehmens entspricht dem enthaltenen Geschäfts- oder Firmenwert und dieser wird zum Bilanzstichtag letztmalig mit 2.811 TEuro abgeschrieben. Der Geschäfts-

oder Firmenwert wurde mit einer Laufzeit von fünf Jahren planmäßig linear abgeschrieben. Die Abschreibung wird unter Abschreibungen auf Finanzanlagen und die Änderung des Buchwertes unter Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen ausgewiesen.

Die Beteiligung an der regio iT wird ebenfalls als Beteiligung an assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode mit dem Buchwert angesetzt.

Die Beteiligung an der Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG), Roetgen, wird ab dem Geschäftsjahr 2018 erstmals als Beteiligung an assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode mit dem Buchwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert und dem anteiligen Eigenkapital des assoziierten Unternehmens entspricht dem enthaltenen Geschäfts- oder Firmenwert und beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 1.651 TEuro. Der Geschäfts- oder Firmenwert wird mit einer Laufzeit von zehn Jahren planmäßig linear abgeschrieben. Die Abschreibung wird unter Abschreibungen auf Finanzanlagen und die Änderung des Buchwertes unter Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen ausgewiesen.

Die übrigen wesentlichen Beteiligungen sind ebenfalls in der gesonderten Aufstellung des Anteilsbesitzes aufgeführt. Die dort genannten Gesellschaften sind für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns aufgrund ihres geringen Ergebnisbeitrags von untergeordneter Bedeutung und werden deshalb nicht als assoziierte Unternehmen behandelt, sondern als Beteiligungen bilanziert.

Die Kapitalkonsolidierungen erfolgten – bezogen auf die Unternehmen, die vor dem 1. Januar 2010 erworben wurden – entsprechend § 301 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 HGB a. F. (Buchwertmethode) zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung bzw. zum Zeitpunkt des Anteilserwerbs. Die aktiven und

passiven Unterschiedsbeträge aus den Erstkonsolidierungen wurden den anderen Gewinnrücklagen zugeordnet. Die Kapitalkonsolidierungen erfolgten – bezogen auf die Unternehmen, die nach dem 31. Dezember 2009 erworben bzw. einbezogen wurden – entsprechend § 301 Abs. 1 HGB (Neubewertungsmethode) zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung bzw. zum Zeitpunkt des Anteilserwerbs. Forderungen und Verbindlichkeiten, Umsätze, Erträge und Aufwendungen zwischen den konsolidierten Unternehmen wurden eliminiert.

Zwischengewinne innerhalb der Konzernunternehmen wurden – soweit von Bedeutung – eliminiert.

Form und Darstellung des Jahresabschlusses

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die selbst geschaffenen gewerblichen Schutzrechte und ähnlichen Rechte und Werte werden zu Herstellungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen, bewertet.

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen wurden planmäßig vorgenommen.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um lineare Abschreibungen bewertet. Die Herstellungskosten für selbst erstellte Anlagen enthalten neben den direkt zurechenbaren Kosten auch in angemessenem Umfang Gemeinkosten. Erhaltene Investitionszuschüsse werden von den Anschaffungswerten abgesetzt.

Erhaltene Baukostenzuschüsse für Hausanschlusskostenbeiträge wurden von 2003 bis 2008 bei dem Sachanlagevermögen in Abzug gebracht. Ab dem Jahr 2009 werden die Baukostenzuschüsse für Hausanschlusskostenbeiträge passiviert und entsprechend der Nutzungsdauer der zugrunde liegenden Wirtschaftsgüter erfolgswirksam aufgelöst. Die Baukostenzuschüsse für das vorgelagerte Netz werden mit einer Laufzeit von 20 Jahren aufgelöst.

Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, wurde die Gliederung des Sachanlagevermögens um die Position Fahrzeuge für Personenverkehr ergänzt. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen grundsätzlich entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Anlagegüter. Im Rahmen des Jahresabschlusses wurde eine Harmonisierung der Nutzungsdauern vorgenommen. Dabei wurden Bestandsanlagen, deren Nutzungsdauer durch amtliche AfA-Tabellen geprägt waren, den Nutzungsdauern nach StromNEV und GasNEV angeglichen. Die betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern betragen bei:

Immateriellen Vermögensgegenständen	3 - 10 Jahre
Gebäuden und Bauten	2 - 90 Jahre
Fahrzeugen für Personenverkehr	5 - 12 Jahre
Technischen Anlagen und Maschinen	1 - 45 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 - 25 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 250 Euro werden sofort als Aufwendungen behandelt. Zugänge zu den geringwertigen Anlagegütern im Wert zwischen 250 Euro und 800 Euro werden aktiviert und im laufenden Wirtschaftsjahr vollständig abgeschrieben.

Die Anteile an den nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen sind zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Beteiligungen sind mit Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Die enthaltenen Wertminderungen aus Vorjahren sind voraussichtlich von Dauer. Zinslose und niedrig verzinsliche Ausleihungen aus Arbeitgeberdarlehen werden mit 5,5 Prozent auf den Barwert abgezinst.

In den Vorräten sind die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe unter Beachtung des Niederstwertprinzips zu den durchschnittlichen Einstandspreisen oder zu niedrigeren Tageswerten bewertet. Die als Waren ausgewiesenen eingespeicherten Gasmengen sind zu Anschaffungskosten in gleitendem Durchschnitt oder zu niedrigeren realisierbaren Tageswerten bewertet. Unfertige Leistungen werden mit Herstellungskosten bewertet, die auch angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten und des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist, enthalten.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennwert oder – soweit erforderlich – zum Barwert bilanziert; erkennbare Ausfallrisiken werden durch angemessene Bewertungsabschläge berücksichtigt. In den Bereichen Energie- und Wasserversorgung sowie der Netzentgeltabrechnung kommt das rollierende Verfahren für die Abrechnung der Tarifkunden zum Einsatz. Damit bestehen aus der Hochrechnung Forderungen aus noch nicht abgerechneten Lieferungen, die mit erhaltenen Anzahlungen saldiert werden.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen im Umlaufvermögen werden zu ihren Anschaffungskosten ausgewiesen.

Liquide Mittel werden zum Nennwert angesetzt.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach der Projected-Unit-Credit-Methode unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze mit einem Zinsfuß von 3,21 Prozent p. a., einer erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerung von 2 bis 2,3 Prozent p. a., einer jährlichen Steigerung der Beitragsbemessungsgrundlage von 1,8 Prozent, einer jährlichen Rentenanpassung von 1 Prozent p. a. bis 1,75 Prozent p. a. auf Basis der „Richttafeln 2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Zudem wurden unternehmensindividuelle Fluktuationsannahmen unterstellt. Aufgrund des Wahlrechts gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wurden im Geschäftsjahr 546 TEuro (Restbetrag von 1/15 des zum 1. Januar 2010 ermittelten Unterschiedsbetrags) zu den Pensionsrückstellungen zugeführt. Eine verbleibende Unterdeckung zum 31. Dezember 2018 besteht nicht mehr. Auf Basis des 10-Jahres-Zinssatzes ergibt sich aus der Umstellung der Sterbetafeln im Vergleich „RT 2018 G“ zu „RT 2005 G“ ein Effekt in Höhe von 648 TEUR, der erfolgswirksam zugeführt wurde. Der in den Rückstellungszuführungen enthaltene Zinsanteil ist im Zinsaufwand ausgewiesen.

Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB beträgt 52.336 TEuro und ergibt sich aus dem Unterschied des Verpflichtungswerts zum 31. Dezember 2018 mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben bzw. zehn Geschäftsjahre.

Die langfristigen Rückstellungen werden nach § 253 Abs. 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst.

Bei den übrigen Rückstellungen wurde nach vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen angemessen und ausreichend Rechnung getragen. Die Rückstellungen sind grundsätzlich mit den Erfüllungsbeträgen passiviert.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Die latenten Steuern werden für zeitliche, sich in der Zukunft voraussichtlich umkehrende Differenzen zwischen handels- und steuerrechtlichen Bilanzansätzen gebildet, soweit dies nach § 274 und § 306 HGB zulässig ist. Die Berechnung der latenten Steuern erfolgte im Geschäftsjahr unter Verwendung eines Steuersatzes von 15,825 Prozent für Körperschaftsteuer und 16,625 Prozent für Gewerbesteuer. Aktive und passive latente Steuern werden miteinander saldiert.

Im Rahmen eines Umwandlungsvorgangs wurden das Vermögen und die Schulden der regiontemp GmbH (vormals regionetz GmbH) rückwirkend zum 1. Januar 2018 verschmolzen. Die erlangten Vermögensgegenstände wurden im Konzernabschluss zu einem beizulegenden Wert nach der Neubewertungsmethode bilanziert. Dieser beizulegende Wert liegt 134,2 Mio. Euro oberhalb der handelsrechtlichen Buchwerte. Der sich ergebende passivische Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung beträgt 26,9 Mio. Euro. Weiterhin resultieren aus der Hebung der stillen Reserven passive latente Steuern in Höhe von 43,6 Mio. Euro. Die Auflösung der gebildeten Passivposten erfolgt über eine Nutzungsdauer von 20 Jahren und korrespondiert mit den Abschreibungen, die sich aus der Hebung der stillen Reserve ergibt.

Konzern

Konzern-Anlagevermögen >>

Entwicklung des Konzern-Anlagevermögens

	Anschaffungs-/Herstellungskosten					Stand
	Stand 1.1.2018	Veränderung aus Erst- konsolidierung	Zugang	Abgang	Umbuchung	31.12.2018
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	11.678.882,25	0,00	0,00	0,00	-604.686,98	11.074.195,27
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	21.766.049,74	0,00	10.627.076,01 ¹⁾	737.283,28	812.049,88	32.467.892,35
3. Geschäfts- oder Firmenwert	0,00	0,00	1.015.242,86	0,00	0,00	1.015.242,86
4. Geleistete Anzahlungen	540.349,05	0,00	-207.062,71	00,00	61.835,20	395.121,54
	<u>33.985.281,04</u>	<u>0,00</u>	<u>11.435.256,16</u>	<u>737.283,28</u>	<u>269.198,10</u>	<u>44.952.452,02</u>
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	119.823.368,42	0,00	20.272.755,45	3.863.924,29	387.157,36	136.619.356,94
2. Fahrzeuge für Personenverkehr	46.445.128,50	0,00	-473.861,85 ²⁾	1.598.583,55	62.726,73	44.435.409,83
3. Technische Anlagen und Maschinen	748.812.229,95	113.152.353,39	662.196.339,25 ³⁾	8.566.157,79	8.336.985,67	1.523.931.750,47
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	42.460.937,70	0,00	14.929.530,41 ⁴⁾	1.274.076,34	313.959,07	56.430.350,84
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	12.252.713,03	0,00	22.847.868,73	5.837,49	-9.370.026,93	25.724.717,34
	<u>969.794.377,60</u>	<u>113.152.353,39</u>	<u>719.772.631,99</u>	<u>15.308.579,46</u>	<u>-269.198,10</u>	<u>1.787.141.585,42</u>
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	12.585.278,22	-10.767.722,47	640.920,00	310.824,29	6.705.650,00	8.853.301,46
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	33.333,31	0,00	0,00	16.666,67	0,00	16.666,64
3. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	47.796.480,73	0,00	13.345.097,80	5.134.199,87	6.711.067,17	62.718.445,83
4. Beteiligungen	103.772.992,08	0,00	6.588.547,24	534.804,40	-6.711.067,17	103.115.667,758
5. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	23.389.044,70	0,00	0,00	1.069.536,16	0,00	22.319.508,54
			13.064,42 A			
6. Sonstige Ausleihungen	5.666.514,73	0,00	407.513,46	168.275,09	0,00	5.918.817,52
			13.064,42 A			
	<u>193.243.643,77</u>	<u>-10.767.722,47</u>	<u>20.982.078,50</u>	<u>7.234.306,48</u>	<u>6.705.650,00</u>	<u>202.942.407,74</u>
			13.064,42 A			
	<u>1.197.023.302,41</u>	<u>102.384.630,92</u>	<u>752.189.966,65 ⁶⁾</u>	<u>23.280.169,22</u>	<u>6.705.650,00 ⁵⁾</u>	<u>2.035.036.445,18</u>

A=Aufzinsung

- 1) nach Abzug von 6.083,00 Euro Investitionszuschüssen
- 2) nach Abzug von 1.465.593,85 Euro Investitionszuschüssen
- 3) nach Abzug von 299.912,00 Euro Investitionszuschüssen
- 4) nach Abzug von 500.591,68 Euro Investitionszuschüssen
- 5) Umbuchung aus dem Umlaufvermögen
- 6) Zugänge inklusive Zugänge aus der Verschmelzung

Abschreibungen					Buchwerte		
Stand 1.1.2018	Zugang aus Erstkonsolidierung	Zugang	Abgang	Umbuchung	Stand 31.12.2018	Stand 1.1.2018	Stand 31.12.2018
Euro	Euro	Euro	Euro		Euro	Euro	Euro
8.875.596,15	0,00	973.648,00	0,00	0,00	9.849.244,15	2.803.286,10	1.224.951,12
18.221.433,61	0,00	5.685.470,80	596.381,28	0,00	23.310.523,13	3.544.616,13	9.157.369,22
0,00	0,00	72.521,86	0,00	0,00	72.521,86	0,00	942.721,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	540.349,05	395.121,54
<u>27.097.029,76</u>	<u>0,00</u>	<u>6.731.640,66</u>	<u>596.381,28</u>	<u>0,00</u>	33.232.289,14	<u>6.888.251,28</u>	11.720.162,88
75.382.271,08	0,00	13.260.015,52	2.674.112,95	0,00	85.968.173,65	44.441.097,34	50.651.183,29
30.495.813,50	0,00	2.197.663,88	1.598.583,55	0,00	31.094.893,83	15.949.315,00	13.340.516,00
503.214.557,95	31.212.277,39	391.359.188,84	7.756.841,72	500.000,00	918.529.182,46	245.597.672,00	605.402.568,01
32.406.963,70	0,00	13.762.635,12	1.040.859,99	0,00	45.128.738,83	10.053.974,00	11.301.612,01
500.000,00	0,00	0,00	0,00	-500.000,00	0,00	11.752.713,03	25.724.717,34
<u>641.999.606,23</u>	<u>31.212.277,39</u>	<u>420.579.503,36</u>	<u>13.070.398,21</u>	<u>0,00</u>	1.080.720.988,77	<u>327.794.771,37</u>	706.420.596,65
67.860,01	0,00	282.053,22	282.053,22	0,00	67.860,01	12.517.418,21	8.785.441,45
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	33.333,31	16.666,64
11.244.089,28	0,00	2.994.472,16	0,00	0,00	14.238.561,44	36.552.391,45	48.479.884,39
19.064.974,89	0,00	66.254,00	0,00	0,00	19.131.228,89	84.708.017,19	83.984.438,86
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	23.389.044,70	22.319.508,54
<u>5.156.676,00</u>	<u>0,00</u>	<u>124.560,10</u>	<u>15.739,07</u>	<u>0,00</u>	5.265.497,03	<u>509.838,73</u>	653.320,49
<u>35.533.600,18</u>	<u>0,00</u>	<u>3.467.339,48</u>	<u>297.792,29</u>	<u>0,00</u>	38.703.147,37	<u>157.710.043,59</u>	164.239.260,37
<u>704.630.236,17</u>	<u>31.212.277,39</u>	<u>430.778.483,50⁶⁾</u>	<u>13.964.571,78</u>	<u>0,00</u>	1.152.656.425,28	<u>492.393.066,24</u>	882.380.019,90

Erläuterungen zur Konzernbilanz

_1 Anlagevermögen

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens und der Abschreibungen ergeben sich aus dem Anlagenspiegel. Die Zugänge aus der Verschmelzung nach der Neubewertungsmethode teilen sich wie folgt auf:

Bilanzposition	Anschaffungskosten TEuro	Abschreibung TEuro
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.357	3.250
Sachanlagen	649.969	372.903
Finanzanlagen	402	125

_2 Umlaufvermögen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stammen im Wesentlichen aus Energie- und Wasserlieferungen und setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2018 TEuro	31.12.2017 TEuro
Forderungen aus noch nicht abgelesenen Verbrauch	133.906	88.995
Erhaltene Abschlagszahlungen	-103.011	-76.860
	30.895	12.135
Übrige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	57.259	35.324
Summe	88.154	47.459

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultieren mit 9.011 TEuro (Vorjahr: 1.897 TEuro) aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und mit 675 TEuro (Vorjahr: 50 TEuro) aus Gewinnansprüchen. Im Vorjahr waren noch 831 TEuro Forderungen aus Darlehen enthalten.

Bei den Forderungen gegen Beteiligungsunternehmen handelt es sich um 17.621 TEuro (Vorjahr: 10.565 TEuro) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, 6.663 TEuro (Vorjahr: 6.178 TEuro) Zinsforderungen, Darlehensforderungen 4.769 TEuro (Vorjahr: 69 TEuro) und Gewinnansprüche in Höhe von 1.977 TEuro (Vorjahr: 820 TEuro).

Die Forderungen gegen Gesellschafter richten sich gegen:

Gesellschafter	31.12.2018 TEuro	31.12.2017 TEuro
Stadt Aachen	15.498	15.010
StädteRegion Aachen	0	6
Summe	15.498	15.016

Die Forderungen gegen Gesellschafter resultierten im Wesentlichen aus einem Ertragszuschuss, der Betriebsführung im Bereich der Stadtentwässerung mit der Stadt Aachen, Lieferung von Energie und Wasser, Erstattung von Gewerbesteuern sowie sonstigen Dienstleistungen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen Kapitaldienstreservekonten aus der Projektfinanzierung der Wind- und Solaranlagen (3.858 TEuro) die über die Laufzeiten der dazugehörigen Darlehen verpfändet sind sowie Steuererstattungsansprüche aus Umsatzsteuer (2.760 TEuro) und Körperschaftsteuer (1.615 TEuro) die erst im Folgejahr fällig werden.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben mit 10.620 TEuro (Vorjahr: 5.554 TEuro) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr und betreffen im Wesentlichen die Forderungen gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und die sonstigen Vermögensgegenstände.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen im Umlaufvermögen beinhalten die folgenden Gesellschaften bzw. Geschäftsanteile:

Gesellschaft	Geschäftsanteil %
WP Monschau	100
WP Münsterwald	100
WP Aachen Nord	51
WP Fischbachhöhe	51
WP Simmerath	51

Es ist geplant, die oben genannten Geschäftsanteile in den folgenden Geschäftsjahren zu veräußern.

Die Guthaben bei Kreditinstituten waren überwiegend als Tages- oder Termingeld angelegt.

_3 Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungsposten enthalten Disagiobeträge in Höhe von 1 TEuro (Vorjahr: 1 TEuro).

_4 Eigenkapital

An dem gezeichneten Kapital sind unverändert die Stadt Aachen mit Stammeinlagen von insgesamt 14.049 TEuro und die Städte-Region Aachen mit einer Stammeinlage von 1 TEuro beteiligt. Die Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB beträgt, wie im Vorjahr, 43.753 TEuro.

Die Gewinnrücklagen ergeben sich als Saldo aus dem über die Beteiligungsbuchwerte hinausgehenden Mehrvermögen der Konzernunternehmen und einem eliminierten Zwischengewinn aus der Erstkonsolidierung der FACTUR. Aktive (971 TEuro) und passive (37.750 TEuro) Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung wurden miteinander verrechnet.

Die Anteile von Minderheitsgesellschaftern betreffen die Kapitalanteile der außenstehenden Gesellschafter.

Der Eigenkapitalspiegel nach § 297 Abs. 1 HGB unter Anwendung des DRS 22 liegt diesem Abschluss als gesonderte Anlage bei.

_5 Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung

Der Unterschiedsbetrag ergibt sich durch die Übernahme von Vermögensgegenständen nach der Erwerbsmethode und wird, beginnend mit dem 1. Januar 2018, über 20 Jahre aufgelöst.

_6 Zuschüsse

Bei den erhaltenen Baukostenzuschüssen für das vorgelagerte Netz und den Hausanschlusskostenbeiträgen betragen die planmäßigen Auflösungen zugunsten der Umsatzerlöse 4.986 TEuro (Vorjahr: 4.432 TEuro).

_7 Rückstellungen

Die Steuerrückstellungen betreffen Steuern vom Einkommen und vom Ertrag.

Die sonstigen Rückstellungen umfassen im Wesentlichen:

	TEuro
Drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	39.052
ungewisse Verpflichtungen aus dem Personalbereich	20.070
ausstehende Rechnungen	18.383
Abrechnungsverpflichtungen aus der Verbrauchsabrechnung	1.360
Aufbewahrung und Archivierung	774
unterlassene Instandhaltung	488
Prozesskostenrisiken	450
Sozialversicherungsbeiträge	159

_8 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten dienen im Wesentlichen der Finanzierung von Investitionen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen resultieren vornehmlich aus Energiebezug, Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren mit 1.062 TEuro (Vorjahr: 686 TEuro) hauptsächlich aus dem Cash-Pooling sowie aus Lieferungen und Leistungen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen mit 15.528 TEuro Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern betreffen mit 10.133 TEuro (Vorjahr: 10.086 TEuro) die Stadt Aachen und mit 2.584 TEuro (Vorjahr: 2.583 TEuro) die Städte-Region Aachen. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um verzinsliche Darlehensverpflichtungen in Höhe von 12.546 TEuro (Vorjahr: 12.546 TEuro).

Wesentliche sonstige Verbindlichkeiten betreffen mit 24.000 TEuro (Vorjahr: 24.000 TEuro) mehrere Darlehen der Stadt Aachen aus verschiedenen Stiftungen und Verbindlichkeiten aus Erdgas-, Lohn-, und Umsatzsteuern, Erstattungsverpflichtungen, Abgaben an die Aachener Verkehrsverbund GmbH, Aachen, (AVV) sowie Sozialversicherungsbeiträge.

Die Restlaufzeiten sämtlicher Verbindlichkeiten zeigt die nachfolgende Übersicht.

Konzernverbindlichkeiten	31.12.2018 gesamt TEuro	Restlaufzeiten			31.12.2017 gesamt TEuro	Restlaufzeiten		
		bis 1 Jahr TEuro	größer 1 Jahr TEuro	davon größer 5 Jahre TEuro		bis 1 Jahr TEuro	größer 1 Jahr TEuro	davon größer 5 Jahre TEuro
1. Genussscheinkapital	140	0	140	140	0	0	0	0
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	238.616 ¹⁾	33.213	205.403	135.102	140.596 ²⁾	32.099	108.497	73.601
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	45.164	45.164	0	0	29.509	29.509	0	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.609	1.609	0	0	1.424	1.424	0	0
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	15.558	15.558	0	0	11.685	11.685	0	0
6. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	12.717	171	12.546	12.546	12.670	124	12.546	12.546
7. Sonstige Verbindlichkeiten	50.366	26.218	24.148	24.000	45.819	21.601	24.218	24.000
davon aus Steuern	10.973	10.973	0	0	8.425	8.425	0	0
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	422	274	148	0	337	119	218	0
	364.170	121.933	242.237	171.788	241.703	96.442	145.261	110.147

- 1) Ausfallbürgschaften sowie Verlustübernahmeerklärung der Stadt Aachen in Höhe von 352 TEuro und Sicherungsübereignung mehrerer Windkraft- und Photovoltaikanlagen in Höhe von 65.712 TEuro
 2) Ausfallbürgschaften sowie Verlustübernahmeerklärung der Stadt Aachen in Höhe von 384 TEuro und Sicherungsübereignung einer Windkraft- und zweier Photovoltaikanlagen in Höhe von 1.458 TEuro

9 Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungsposten resultieren aus im Jahr 2018 für das Jahr 2019 vereinbarten Umsätzen.

_10 Passive latente Steuern

Die passiven latenten Steuern in Höhe von 42.822 TEuro wurden mit aktiven latenten Steuern aus unterschiedlichen Vermögensbewertungen aufgrund von Zwischengewinneliminierungen in Höhe von 43 TEuro verrechnet.

Das Wahlrecht zur Bilanzierung von latenten Steuern nach § 274 HGB wird nicht ausgeübt. Die latenten Steuern nach § 274 HGB kann man der folgenden Tabelle entnehmen:

Bilanz-Posten	Buchwerte				Latente Steuern	
	laut Handelsbilanz TEuro	laut Steuerbilanz TEuro	Differenz TEuro	Steuersatz	aktiv TEuro	passiv TEuro
Aktiva						
Immaterielle Vermögensgegenstände	123	79	-44	32,45 %	0	-14
Sachanlagen	468.974	470.360	1.386	32,45 %	859	-406
Finanzanlagen (Beteiligungen Kapitalgesellschaften, sonst.)	122.614	120.806	-1.808	32,45 %	690	-1.280
Finanzanlagen (Beteiligungen Personengesellschaften)	86.610	66.226	-20.384	15,83 %	1.759	-4.986
Forderungen	71.630	71.660	30	32,45 %	10	0
Vorräte	101	601	500	32,45 %	163	0
Wertpapiere UV (Beteiligungen Personengesellschaften)	21.682	25.517	3.835	15,83 %	615	-8
Rechnungsabgrenzungsposten	1.668	1.734	66	32,45 %	22	0
Summe Aktiva	773.402	756.983	-16.419		4.118	-6.694
Passiva						
Rückstellungen	426.096	240.052	186.044	32,45 %	60.875	-169
Verbindlichkeiten	242.340	242.331	9	32,45 %	3	0
Summe Passiva	668.436	482.383	186.053		60.878	-169
Aktivüberhang aus Differenz			169.634		58.133	

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

_11 Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse werden ausschließlich in Deutschland erzielt und verteilen sich wie folgt auf die Geschäftsbereiche:

	2018 TEuro	2017 TEuro
Stromversorgung	308.364	157.320
Gasversorgung	134.199	88.507
Wasserversorgung	34.228	42.945
Fernwärmeversorgung	20.351	25.647
Stadtentwässerung	18.037	35.252
	515.179	349.671
Energieerzeugung	41.887	20.321
Verkehr	68.142	65.980
IT-Dienstleistungen	0	54.193
Parkhausbewirtschaftung, Grundbesitzwirtschaft und sonstige Dienstleistungen	34.049	30.303
	659.257	520.468

_12 Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 10.676 TEuro (Vorjahr: 7.734 TEuro) und mit 710 TEuro (Vorjahr: 6.934 TEuro) Erträge aus Anlagenabgängen. Darüber hinaus sind Erträge aus sonstigen Zuschüssen in Höhe von 648 TEuro (Vorjahr: 784 TEuro) enthalten. Die sonstigen periodenfremden und neutralen Erträge belaufen sich auf 8.953 TEuro (Vorjahr: 319 TEuro).

_13 Materialaufwand

Im Materialaufwand sind vornehmlich die Kosten für Energie- und Wasserbezug sowie für Netznutzungsentgelte, für Busanmietung, für Treibstoffe, für Personalgestellung und für Systemaufwendungen enthalten.

_14 Personalaufwand

Die Personalaufwendungen beinhalten 11.742 TEuro für Altersversorgung (Vorjahr: -1.081 TEuro).

Die Anzahl der Beschäftigten bei den Konzernunternehmen betrug im Jahresdurchschnitt:

	2018	2017
Mitarbeiter in Vollzeit	1.379	1.437
Mitarbeiter in Teilzeit	206	236
Aushilfen	25	39
	1.610	1.712
Auszubildende	50	59
Gesamt	1.660	1.771

_15 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen vor allem Konzessionsabgaben in Höhe von 24.622 TEuro (Vorjahr: 15.374 TEuro), Aufwendungen für Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten in Höhe von 6.059 TEuro (Vorjahr: 8.094 TEuro), Marketingmaßnahmen von 3.368 TEuro (Vorjahr: 3.125 TEuro) und Versicherungsprämien von 2.954 TEuro (Vorjahr: 2.531 TEuro). Die periodenfremden Aufwendungen betragen 1.136 TEuro (Vorjahr: 913 TEuro).

_16 Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen

Die Erträge stammen von den SW Lübeck, der regio iT und erstmalig von der WAG.

_17 Erträge aus Beteiligungen

Die Erträge aus Beteiligungen resultieren mit 1.025 TEuro (Vorjahr: 1.460 TEuro) aus verbundenen Unternehmen

_18 Erträge aus Gewinnabführungsverträgen

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen resultieren wie im Vorjahr ausschließlich aus verbundenen Unternehmen.

_19 Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens

Erträge in Höhe von 1 TEuro (Vorjahr: 2 TEuro) stammen von verbundenen Unternehmen.

_20 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Es wurden Zinserträge mit verbundenen Unternehmen in Höhe von 17 TEuro (Vorjahr: 156 TEuro) erzielt.

_21 Abschreibungen auf Finanzanlagen

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen betreffen mit 2.811 TEuro (Vorjahr: 2.811 TEuro) die Abschreibung auf den Geschäfts- oder Firmenwert der SW Lübeck, mit 183 TEuro die Abschreibung auf den Geschäfts- oder Firmenwert der WAG und mit 73 TEuro Abschreibungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert der SP Giebelstadt. Bei den restlichen 348 TEuro (Vorjahr: 130 TEuro) handelt es sich um voraussichtlich dauernde Wertminderungen.

_22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

In den Zinsaufwendungen sind die Zinsanteile aus den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen in Höhe von 34.776 TEuro (Vorjahr: 24.634 TEuro) enthalten.

23 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen die Organträgerin E.V.A., die verbundenen, vollkonsolidierten Unternehmen außerhalb des Organkreises sowie die latenten Steuern aufgrund von Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz.

	E.V.A.	Regionetz	Projektgesellschaften	latente Steuern	gesamt	Vorjahr
	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro
laufendes Jahr						
Körperschaftsteuer / SolZ	718	1.657	0	-1.042	1.333	1.336
Gewerbeertragsteuer	1.194	0	519	-1.095	618	1.378
	<u>1.912</u>	<u>1.657</u>	<u>519</u>	<u>-2.137</u>	1.951	<u>2.714</u>
für Vorjahre						
Körperschaftsteuer / SolZ	-627	0	0	0	-627	1.043
Gewerbeertragsteuer	-662	0	0	0	-662	-168
	<u>-1.289</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	-1.289	<u>875</u>
	623	1.657	519	-2.137	662	3.589

24 Sonstige Steuern

Die sonstigen Steuern betreffen mit 1.546 TEuro (Vorjahr: 1.293 TEuro) Aufwand des Berichtsjahres und mit 20 TEuro (Vorjahr: 354 TEuro) Erträge aus Vorjahren.

Anteilsbesitz der E.V.A.

zum 31. Dezember 2018

	Eigenkapital TEuro	Beteiligung %	Ergebnis 2018 TEuro
Anteile an verbundenen Unternehmen (konsolidiert)			
Stadtwerke Aachen AG (STAWAG), Aachen	173 108	100,0	0 ³⁾
STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie), Aachen	80 764	100,0 ²⁾	0 ³⁾
Regionetz GmbH (vormals INFRAWEST GmbH) (Regionetz), Aachen	269 214	50,8 ²⁾	0 ³⁾¹⁵⁾
FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR), Aachen	467	100,0 ²⁾	0 ³⁾
Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG (ASEAG), Aachen	9 332	94,9	0 ³⁾
Aachener Parkhaus GmbH (APAG), Aachen	1 911	100,0 ¹⁾	0 ³⁾
STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG, Simmerath	3 408	100,0 ¹⁷⁾	-77
STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG, Monschau	3 548	100,0 ¹⁷⁾	-114
Energiewerke Waldbröl GmbH (Eww), Waldbröl	1 160	51,0 ²⁾	0 ³⁾
STAWAG Abwasser GmbH, Aachen	25	100,0 ¹⁷⁾	0 ³⁾
Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG (Giebelstadt), Aachen	7 443	80,0 ⁴⁾	1 046
Solar Power Turnow West I GmbH & Co. KG (Turnow West I), Aachen	2 153	59,9 ⁴⁾	513
Solar Power Turnow West II GmbH & Co. KG (Turnow West II), Aachen	1 909	59,9 ⁴⁾	620
Solarpark Gödenroth GmbH & Co. KG (SP Gödenroth), Aachen	609	100,0 ⁴⁾	67
Solarpark Ilbesheim GmbH & Co. KG (SP Ilbesheim), Aachen	1 351	100,0 ⁴⁾	293
Windpark Laudert GmbH & Co. KG (WP Laudert), Aachen	2 432	100,0 ⁴⁾	377
Windpark Riegenroth GmbH & Co. KG (Riegenroth), Aachen	6 315	59,0 ⁴⁾	615
Anteile an verbundenen Unternehmen (nicht konsolidiert)			
Windpark Simmerath GmbH & Co. KG (WP Simmerath), Aachen	10 858	100,0 ⁴⁾	1 420
Windpark Aachen-Nord GmbH & Co. KG (WP Aachen-Nord), Aachen	5 594 ⁵⁾	100,0 ⁴⁾	311 ⁵⁾
Windpark Fischbachhöhe GmbH & Co. KG (WP Fischbachhöhe), Aachen	2 369 ⁵⁾	100,0 ⁴⁾	-33 ⁵⁾
Windpark Monschau GmbH & Co. KG (WP Monschau), Aachen	6 392 ⁵⁾	100,0 ⁴⁾	78 ⁵⁾
Windpark Münsterwald GmbH & Co. KG (WP Münsterwald), Aachen	3 ⁵⁾	100,0 ⁴⁾	0 ⁵⁾
Infrastruktur Turnow West GmbH & Co. KG (Infrastruktur Turnow), Aachen	0 ¹⁰⁾	100,0 ⁶⁾	-31
STAWAG Infrastruktur Simmerath Verwaltungs GmbH, Simmerath	29 ⁵⁾	100,0 ¹⁷⁾	0 ⁵⁾
STAWAG Infrastruktur Monschau Verwaltungs GmbH, Monschau	29 ⁵⁾	100,0 ¹⁷⁾	0 ⁵⁾
FOURMANAGEMENT GmbH, Düsseldorf	1 028 ⁵⁾	50,2 ¹¹⁾	553 ⁵⁾
Unterstützungseinrichtung „Akreka“ GmbH (Akreka), Aachen	893 ⁷⁾	100,0 ¹⁾	0
ASEAG-Reisen GmbH (ARG), Aachen	223	100,0 ¹⁾	0 ³⁾
ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH (ESBUS), Eschweiler	26	100,0 ¹⁾	0 ³⁾
STAWAG Energie Komplementär GmbH (STAWAG Energie Komplementär), Aachen	115	100,0 ⁴⁾	23
Solaranlage Giebelstadt II Verwaltungs GmbH (SA Giebelstadt Verwaltung), Aachen	36 ⁵⁾	80,0 ⁴⁾	6 ⁵⁾

	Eigenkapital TEuro	Beteiligung %	Ergebnis 2018 TEuro
Wesentliche Beteiligungen			
regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT), Aachen	4 728	48,5	2 563
vote iT GmbH (vote iT), Aachen	478	86,0 ⁸⁾	398
cogniport Beratungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (cogniport), Monschau	40	100,0 ⁸⁾	-6
Trianel GmbH (Trianel), Aachen	85 442 ⁵⁾	12,0 ²⁾	1 504 ⁵⁾
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG (TGH), Aachen	0 ⁵⁾¹⁶⁾	16,9 ²⁾	-18 202 ⁵⁾
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG (TGE), Aachen	23 953 ⁵⁾	13,7 ²⁾	3 056 ⁵⁾
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG (TKL), Aachen	0 ⁵⁾¹⁴⁾	8,5 ²⁾	-52 000 ⁵⁾
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG (TWB), Aachen	285 438 ⁵⁾	4,8 ⁴⁾	-9 503 ⁵⁾
Stadtwerke Lübeck GmbH (Lübeck), Lübeck	125 764 ⁵⁾	25,1 ²⁾	0 ⁵⁾¹²⁾
STAWAG Solar GmbH (STAWAG Solar), Aachen	33 216 ⁵⁾	40,0 ⁴⁾	2 543 ⁵⁾
WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG), Roetgen	21 041 ⁵⁾	50,0 ²⁾	2 710 ⁵⁾
StadtWerke Rösrath – Energie GmbH (Rösrath), Rösrath	4 315 ⁵⁾	49,0 ²⁾	-331 ⁵⁾
enewa GmbH (enewa), Wachtberg	4 047 ⁵⁾	49,0 ²⁾	-149 ⁵⁾
Gemeindewerke Ruppichteröth GmbH, Ruppichteröth	3 127 ⁵⁾	49,0 ²⁾	24 ⁵⁾
Wilken Pro GmbH (Wilken Pro), Ulm	114 ⁵⁾	49,0 ¹¹⁾	-230 ⁵⁾
Solarpark Ronneburg GmbH & Co. KG (Ronneburg), Aachen	4 885	46,0 ⁴⁾	1 139
Windpark Beltheim II GmbH & Co. KG (Beltheim II), Aachen	4 960	49,9 ⁴⁾	561
Windpark Oberwesel II GmbH & Co. KG (Oberwesel II), Aachen	3 121 ⁹⁾	49,0 ⁴⁾	315 ⁹⁾
Windpark Oberwesel III GmbH & Co. KG (Oberwesel III), Aachen	3 070 ⁹⁾	49,0 ⁴⁾	284 ⁹⁾
ELWEA GmbH (ELWEA), Bottrop	785 ⁵⁾	49,0 ⁴⁾	-25 ⁵⁾
Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (Trave EE), Lübeck	3 205 ⁵⁾	50,0 ⁴⁾	-672 ⁵⁾
Windmüllerei Broderstorf IV GmbH & Co. KG, Lübeck	408 ⁵⁾	100,0 ¹³⁾	310 ⁵⁾
Trave Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (Trave EE Verwaltung), Lübeck	33 ⁵⁾	100,0 ¹³⁾	2 ⁵⁾
Trave Erneuerbare Energien Beteiligungs-Komplementär GmbH (Trave EE Beteiligung), Lübeck	31 ⁵⁾	100,0 ¹³⁾	2 ⁵⁾
NetAachen GmbH (NetAachen), Aachen	10 467 ⁵⁾	16,0 ²⁾	2 009 ⁵⁾
smartlab Innovationsgesellschaft mbH, Aachen	635 ⁵⁾	35,0 ²⁾	-252 ⁵⁾
Institut für Wasser- und Abwasseranalytik GmbH (IWA), Aachen	64 ⁵⁾	46,0 ²⁾	-3 ⁵⁾
Power Tower I Bruchteileigentümergeinschaft (Power Tower I BEG), Aachen	149 ⁵⁾	25,0 ²⁾	121 ⁵⁾
PSW Rönkhausen GmbH & Co. KG (PSW Rönkhausen), Hagen	10 913 ⁹⁾	50,0 ²⁾	213 ⁹⁾
Windpark Bühnsdorf GmbH & Co. KG (WP Bühnsdorf), Lübeck	0	100,0 ¹³⁾	0
Regio Nord Wind GmbH (Regio Nord), Hamburg	20 ⁵⁾	50,0 ¹³⁾	-2 ⁵⁾

1) Anteile werden gehalten über ASEAG
 2) Anteile werden gehalten über STAWAG
 3) nach Ergebnisabführung; ohne Bilanzgewinn
 4) Anteile werden gehalten über STAWAG Energie GmbH
 5) Wertansätze zum 31. Dezember 2017
 6) Anteile werden durch Turnow West I GmbH & Co. KG und Turnow West II GmbH & Co. KG gehalten
 7) Eigenkapital inklusive Deckungsrücklage
 8) Anteile werden gehalten über regio iT
 9) vorläufige Jahresabschlusszahlen

10) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 275 TEuro ausgewiesen
 11) Anteile werden gehalten über FACTUR Billing Solutions GmbH
 12) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 27.603 TEuro
 13) Anteile werden gehalten über Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG
 14) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 56.451 TEuro ausgewiesen.
 15) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 28.701 TEuro
 16) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 3.895 TEuro ausgewiesen.
 17) Anteile werden über Regionetz GmbH gehalten

Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr 2018 beliefen sich die Vergütungen der E.V.A.-Aufsichtsratsmitglieder auf 98 TEuro und die Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung einschließlich der Vergütung für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Tochterunternehmen auf 620 TEuro. Die Pensionsbezüge der früheren Mitglieder der Geschäftsführung für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Tochterunternehmen und deren Hinterbliebenen betragen 576 TEuro im Berichtsjahr. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Geschäftsführern und deren Hinterbliebenen waren insgesamt 6.760 TEuro zurückzustellen.

Im Berichtsjahr beliefen sich die Honorare gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB im Konzern auf 802 TEuro. Das Gesamthonorar gliedert sich in 221 TEuro Abschlussprüfungsleistungen, 63 TEuro sonstige Bestätigungsleistungen und 518 TEuro sonstige Leistungen.

Am Bilanzstichtag bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen neben dem Bestellobligo (12,6 Mio. Euro) aus erteilten Aufträgen im Wesentlichen aus IT-Dienstleistungen 154 Mio. Euro, kurz-, mittel- und langfristigen Lieferverträgen für den Bezug von Energie und von Wasser von ca. 90,8 Mio. Euro, aus einem langfristigen Konzessionsvertrag sowie aus Parkhauspachtverträgen (3,7 Mio. Euro) und Verträgen über Fahrzeuganmietungen (30,2 Mio. Euro p.a.; davon 1,3 Mio. Euro gegenüber verbundenen Unternehmen). Verpflichtungen aus Miet-, Leasing-, Wartungs- und Dienstleistungsverträgen (25,9 Mio. Euro) und sonstigen Dauerschuldverhältnissen sowie aus hinterlegten Sicherheiten bestehen in geschäftsüblichem Umfang und sind für die Beurteilung der Finanzlage insgesamt von untergeordneter Bedeutung.

Bürgschaften bestanden bei der STAWAG bis zur Höhe von 31,5 Mio. Euro (Vorjahr: 31,5 Mio. Euro) für Zahlungsverpflichtungen der Trianel aus Energiehandelsgeschäften. Auf Basis der geplanten Erträge der Trianel ist mit keiner Inanspruchnahme zu rechnen.

Die STAWAG hat sich im Rahmen einer Patronatserklärung verpflichtet, die smartlab so zu stellen, dass ein eingeforderter Eigenanteil in Höhe von 0,2 Mio. Euro geleistet werden kann. Auf Basis der Wirtschaftsplanung der smartlab ist mit keiner Inanspruchnahme zu rechnen.

Im Rahmen der Restrukturierung der TGH hat die STAWAG am 16. März 2015 einen Darlehensvertrag mit der TGH abgeschlossen. In diesem Darlehensvertrag verpflichtet sich die STAWAG der TGH ein Darlehen von bis zu 18,4 Mio. Euro zu gewähren. Die TGH hat bisher 11,5 Mio. Euro in Anspruch genommen. Somit kann die TGH noch bis zu 6,9 Mio. Euro aus diesem Darlehensvertrag abrufen. Die STAWAG geht in ihrer Planung davon aus, dass die TGH das volle Darlehen bis zum Jahr 2022 in Anspruch nimmt.

Zur Absicherung der Bankverbindlichkeiten der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG, Aachen, (TGE) hat die STAWAG laut Rahmenkreditlinie – wie im Vorjahr in Höhe von 135 Mio. Euro – ihre Geschäftsanteile einschließlich der Gewinnanteile an dieser Gesellschaft verpfändet.

Zur Absicherung der Bankverbindlichkeiten der TWB hat die STAWAG Energie ihre Kommanditanteile und alle gegenwärtigen und zukünftigen Forderungen gegenüber der TWB zu Gunsten der finanzierenden Bank verpfändet.

Zur Absicherung der Bankverbindlichkeiten der Turnow West I und Turnow West II hat die STAWAG Energie ihre Kommanditanteile zugunsten der finanzierenden Bank verpfändet.

Zur Absicherung der Bankverbindlichkeiten der SP Ronneburg hat die STAWAG Energie ihre Kommanditanteile, jetzige und zukünftige Gewinnbeteiligungen, Rückzahlungen von Nachschüssen und Entschädigungsforderungen zu Gunsten der finanzierenden Bank verpfändet.

Die TGE, die TWB, die Turnow West I, die Turnow West II und der SP Ronneburg haben bislang alle Raten fristgerecht an die Kreditinstitute zurückgezahlt, so dass davon auszugehen ist, dass die Gesellschaften die Verpflichtungen auch weiterhin vertragsgemäß erfüllen werden. Mit einer Inanspruchnahme ist folglich nicht zu rechnen.

Im Rahmen von Beteiligungserwerben wurden jährliche Ergebnisgarantien in der Versorgungssparte von bis zu 430 TEuro (Vorjahr: 430 TEuro) gegeben. Eine Inanspruchnahme wird abhängig vom Akquisitionserfolg der Gesellschaften sein. Wenn die Beteiligungsgesellschaften Ergebnisse in der garantierten Höhe nicht erreichen, erfolgt der Ausgleich durch eine Einlage ins Eigenkapital der Beteiligungsgesellschaft in Höhe der Differenz zwischen den tatsächlichen Ergebnissen und den garantierten Ergebnissen. Es ist davon auszugehen, dass die Beteiligungsgesellschaften Ergebnisse in der garantierten Höhe nicht in jedem Geschäftsjahr erreichen werden.

Derivative Finanzinstrumente

Von der ASEAG wurden im Geschäftsjahr Commodity-Swap-Geschäfte mit einem Nominalbetrag von 5.466.888 Euro zur Dieselpreisabsicherung der antizipierten Grundgeschäfte eingesetzt und entsprechende Bewertungseinheiten gebildet. Über einen Zeitraum von vier Jahren gleichen sich die Wertänderungen voraussichtlich vollständig aus, da Grund- und Sicherungsgeschäft die gleichen Nominalbeträge und Fristigkeiten haben und demselben Risiko ausgesetzt sind. Zur Abbildung der gebildeten Bewertungseinheiten wird die Einfrierungsmethode gewählt. Der beizulegende Zeitwert der Swap-Geschäfte beträgt zum Bilanzstichtag -175.835 Euro nach bankeneigenen, proprietären Bewertungsmodellen der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG, München und der HSBC Bank plc, London/GB. Aufgrund der gebildeten Bewertungseinheiten der Swaps mit den antizipierten Dieselbezügen, die auf Basis der geplanten Nutzwagen-Kilometer ermittelt wurden, sind keine Rückstellungen für drohende Verluste aus den Swap-Geschäften zu bilden. Weiter wurden trotz derzeitiger negativer Marktwerte keine Drohverlustrückstellungen nach § 249 (1) Satz 1 HGB für die antizipierten künftigen Beschaffungsgeschäfte bilanziert, da nach IDW RS HFA 4.25 in dem Saldierungsbereich schwebender Geschäfte auch über das schwebende Geschäft hinausgehende konkrete wirtschaftliche Vorteile berücksichtigt werden dürfen.

Des Weiteren wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr die folgenden derivativen Finanzinstrumente eingesetzt:

Nr.	Produkt	Bezeichnung	Nominalwert TEuro	Zeitwert TEuro	Laufzeit
1	SWAP	Zinsswap	7.917	-1.875	Juni 2028
2	SWAP	Zinsswap	3.942	-237	März 2024
3	SWAP	Zinsswap	10.500	-851	Juni 2029
4	SWAP	Zinsswap	3.942	-237	März 2024
5	SWAP	Zinsswap	4.463	-388	März 2029
6	SWAP	Zinsswap	7.000	-353	März 2024
7	SWAP	Zinsswap	4.376	-480	Dezember 2030
8	SWAP	Kohleforward	4.444	-276	März 2019
9	Forward	Stromforward	10.851	35	Juni 2019
10	Forward	EUA-Forward	3.030	393	Dezember 2019
11	Forward	Gas-Forward	4.895	16	März 2019

Im Rahmen der Aufnahme von variablen Darlehen wurden die unter den Nummern 1 bis 7 aufgeführten Sicherungsgeschäfte abgeschlossen. Die Darlehen (Grundgeschäfte) werden mit den Sicherungsgeschäften zusammengefasst. Die Angaben zu den Zeitwerten beruhen auf den Berechnungen des Kreditinstituts, das die Derivate ausgegeben hat. Die Ermittlung erfolgte anhand bankinterner Bewertungsmethoden. Die Derivate, die unter den Nummern 1 bis 6 aufgeführt werden, weisen neben Betragsidentität auch die gleiche Laufzeit auf und sind aufgrund der deckungsgleichen Beziehungen nicht bilanziert (Critical-Term-Match-Methode im Rahmen des Micro-Hedging). Es wurde die Einfrierungsmethode verwendet.

Mit den unter Nummer 8 aufgeführten Kohleswaps (Commodity-Swaps) hat die STAWAG das Recht erworben, eine Menge von 56.100 metrischen Tonnen (MT) Steinkohle im Geschäftsjahr 2019 zu einem im Voraus definierten Preis zu erwerben. Der Zeitwert zum Bilanzstichtag beruht auf einem internen Vergleich von Bezugs- und Marktpreisen. Der Zeitwert des Kohleswaps wurde in eine Drohverlustrückstellung einbezogen, die das Risiko aus den Kraftwerken abbildet.

Die STAWAG hat, aufgeführt unter Nummer 9, für das Jahr 2019 eine Menge von 195.060 MWh Strom zu einem im Voraus definierten Preis verkauft. Der Marktwert ergibt sich nach interner Gegenüberstellung von EEX-Forward-Kurs und Festpreis des Forwards am Bilanzstichtag.

Die STAWAG hat, aufgeführt unter Nummer 10, für das Jahr 2019 Emissionszertifikate für eine Menge von 137.000 Tonnen zu einem im Voraus definierten Preis gekauft. Der Marktwert ergibt sich nach interner Gegenüberstellung von Börsenkurs und Festpreis des Forwards am Bilanzstichtag.

Die STAWAG hat, aufgeführt unter Nummer 11, für das Jahr 2019 zu einem im Voraus definierten Preis 205.058 MWh Erdgas gekauft. Der Forward ist durch den Bestand im Gasspeicher besichert. Der Marktwert ergibt sich nach interner Gegenüberstellung von Festpreis des Forwards und der Bewertung des Gasbestands zum gleitenden Durchschnitt am Bilanzstichtag.

Die Energiebeschaffungs- und die Energieabsatzverträge (Strom und Gas) werden in Anwendung des § 254 HGB abweichend vom Grundsatz der Einzelbewertung zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Die Bilanzierung und die Bewertung erfolgen unter Beachtung der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer vom 30. September 2015 (IDW RS ÖFA 3). Es besteht ein angemessenes energiewirtschaftliches Steuerungssystem, aus dem die gebildeten Vertragsportfolios nach der Homogenität der Risiken abgeleitet wurden. Daran orientiert sich der Aufbau der Mengen-, der Preis- und der Ergebnisplanung der Portfolios. Die konkreten Beschaffungs- und Vermarktungsprozesse sowie deren Überwachung setzen die Vorgaben des Steuerungssystems um. Die durch den Abschluss von Verträgen mit Kunden zu liefernden Mengen an Strom oder an Gas werden durch das Portfoliomanagement je Kundenvertrag einzeln (Back-to-back) oder zusammengefasst beschafft. Das Portfoliomanagement strukturiert die Beschaffung und den Absatz der Energiemengen Strom oder Gas jeweils getrennt in Bücher (u.a. Vertriebsbuch, Beschaffungsbuch).

Das implementierte Risikomanagementsystem erfasst die aggregierten Positionen auf Basis von vorgegebenen Risikolimiten, die ebenso wie die zur Angebotskalkulation und zur Bewertung verwendeten Preiskurven täglich durch das Risikocontrolling überwacht werden. Die implementierte Deckungsbeitragsrechnung erfasst jedes gebildete Vertragsportfolio. Dabei werden interne Geschäfte zwischen den Vertragsportfolios zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen und in die jeweilige Deckungsbeitragsrechnung einbezogen. Zurechenbare Gemeinkosten werden angemessen berücksichtigt. Die Bewertungszeiträume bestehen aufgrund der rollierenden Durchführung der Sicherungstransaktionen für einen unbegrenzten Zeitraum. Aktuell sind Zeiträume bis zum Lieferjahr 2022 betroffen. Zur bilanziellen Abbildung der wirksamen Teile der Bewertungseinheiten wird die Einfrierungsmethode angewandt. Aufgrund der negativen Korrelation von Grund- und Sicherungsgeschäften wird es künftig zu gegenläufigen, sich nahezu vollständig ausgleichenden Marktwertentwicklungen kommen. Sollte der Saldo aller beizulegenden Zeitwerte einer Bewertungseinheit zum Stichtag negativ sein, so wird imparitatisch eine Rückstellung für drohende Verluste aus Bewertungseinheiten gebildet. Darüber hinausgehende Verlustüberhänge können nicht entstehen.

Nachtragsbericht

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge oder Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die das im vorliegenden Abschluss vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft wesentlich beeinflussen.

Aachen, den 7. Juni 2019

Energieversorgungs- und
Verkehrsgesellschaft
mit beschränkter Haftung Aachen

Die Geschäftsführung



Dr. Christian Becker



Michael Carmincke

Konzern-Kapitalflussrechnung

	2018	2017
	TEuro	TEuro
1. Konzernjahresfehlbetrag (Vorjahr: Konzernjahresüberschuss)	-9.964	1.052
2. +/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	44.513	26.419
3. +/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	48.961	-11.577
4. +/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-68.066	-9.255
5. -/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-40.183	-6.108
6. +/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	49.583	3.856
7. -/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-646	-5.794
8. +/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	41.410	28.996
9. - Sonstige Beteiligungserträge	-13.977	-9.226
10. +/- Ertragssteueraufwand/-ertrag	662	3.589
11. -/+ Ertragssteuerzahlungen	-2.056	-517
12. = Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	50.237	21.435
13. - Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-7.341	-6.242
14. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	2.721	2.577
15. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-73.530	-48.513
16. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	1.802	7.925
17. - Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-7.248	-8.915
18. + Erhaltene Zinsen	701	548
19. + Erhaltene Dividenden	11.970	9.226
20. = Cashflow aus Investitionstätigkeit	-70.925	-43.394
21. + Einzahlungen von Gesellschaftern des Mutterunternehmens	7.000	0
22. + Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	53.501	50.129
23. - Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-26.180	-35.896
24. + Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	2.942	-1.355
25. - Gezahlte Zinsen	-6.781	-4.162
26. - Gezahlte Gewinnausschüttung an andere Gesellschafter	-9.358	-1.518
27. = Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	21.124	7.198
28. = Zahlungswirksame Veränderungen der Finanzmittelfonds	436	-14.761
29. +/- Konsolidierungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	4.173	-23
30. + Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	36.972	51.756
31. = Finanzmittelfonds am Ende der Periode	41.581	36.972

Konzern-Eigenkapitalspiegel

	Eigenkapital des Mutterunternehmens					
	Rücklagen			Summe	Konzernjahres- fehlbetrag, der dem Mutter- unternehmen zuzurechnen ist	Summe
gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB	Gewinn- rücklagen andere Gewinn- rücklagen	Euro			
Stand am 31.12.2016	14.049.880,00	43.990.782,44	76.398.091,22	120.388.873,66	-80.260.021,67	54.178.731,99
Einstellung in die Gewinnrücklage	0,00	0,00	3.800.000,00	3.800.000,00	-3.800.000,00	0,00
Änderungen des Konsolidierungskreises	0,00	-237.782,44	-1.029.347,06	-1.267.129,50	0,00	-1.267.129,50
Konzern- Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00	-465.823,51	-465.823,51
Stand am 31.12.2017	14.049.880,00	43.753.000,00	79.168.744,16	122.921.744,16	-84.525.845,18	52.445.778,98
Änderungen des Konsolidierungskreises	0,00	0,00	1.348.687,87	1.348.687,87	0,00	1.348.687,87
Konzern-Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00	-7.237.312,04	-7.237.312,04
Stand am 31.12.2018	14.049.880,00	43.753.000,00	80.517.432,03	124.270.432,03	-91.763.157,22	46.557.154,81

Nicht beherrschende Anteile		Konzern-eigenkapital	
Nicht beherrschende Anteile vor Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung und Jahresergebnis	Auf nicht beherrschende Anteile entfallende Gewinne/Verluste	Summe	Summe
Euro	Euro	Euro	Euro
684.188,10	1.387.719,67	2.071.907,77	56.250.639,76
0,00	0,00	0,00	0,00
457.735,68	-2.905.837,04	-2.448.101,36	-3.715.230,86
0,00	1.518.117,37	1.518.117,37	1.052.293,86
1.141.923,78	0,00	1.141.923,78	53.587.702,76
182.315.074,28	0,00	182.315.074,28	183.663.762,15
0,00	-2.727.222,07	-2.727.222,07	-9.964.534,11
183.456.998,06	-2.727.222,07	180.729.775,99	227.286.930,80

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2018, der Konzern-Gewinn und Verlustrechnung, dem Konzerneigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2018 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungs-

mäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass

eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei

Bericht des Aufsichtsrats

insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Duisburg, den 7. Juni 2019

PKF FASSELLT SCHLAGE
Partnerschaft mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Rechtsanwälte



Jahn
Wirtschaftsprüfer



Pentschev
Wirtschaftsprüfer

(Der vorstehende Bestätigungsvermerk bezieht sich auf den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2018 (Konzernbilanzsumme EUR 1.131.636.419,39; Konzernjahresfehlbetrag EUR 9.964.534,11) und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen.)

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2018 sowie der Konzernlagebericht sind von der in der Gesellschafterversammlung am 29. Juni 2018 zum Abschlussprüfer bestellten PKF Fasselt Schlage Partnerschaft mbB, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Berlin, geprüft worden. Der Bestätigungsvermerk gemäß § 322 HGB zum Konzernabschluss und Konzernlagebericht wurde ohne Einschränkung erteilt.

Der Aufsichtsrat hat aufgrund regelmäßiger Berichte der Geschäftsführung sowie in seinen Sitzungen während des Geschäftsjahres durch Erörterungen über Lage und Entwicklung der Konzernunternehmen seiner gesetzlichen Prüfungs- und Überwachungspflicht entsprochen. Er hat von dem Ergebnis der Prüfung des Konzernabschlusses sowie des Konzernlageberichts durch den Abschlussprüfer zustimmend Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat hat den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2018 und den Konzernlagebericht geprüft und stellt ihn fest. Er empfiehlt der Gesellschafterversammlung den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht zu billigen.

Aachen, den 28. Juni 2019

Der Aufsichtsrat



Philipp
Vorsitzender

Impressum

E.V.A.

Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen
Neuköllner Straße 1
52068 Aachen

Gestaltung rachiq-design, Aachen

Foto Cover istock/master1305

Druck frank druck+medien GmbH&Co. KG, Aachen

